Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KOMMUNISTISCHE VOLKSZEITUNG

Nr. 1, Juli 1973 — ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW) — Preis: -, 50 DM

Breshnew bei Nixon

Der Besuch Breschnews in Washington markiert einen Höhepunkt in der schier unübersehbaren Kette von Gipfelgesprächen und diplomatischen Aktivitäten, die gegenwärtig zwischen allen bedeutenden Mächten entfaltet werden. Nixon besuchte Peking und Moskau. Er wird im Herbst nach Europa kommen, um in Paris, London, Rom und Bonn mit den Regierungen zu konferieren. Breschnew war in Paris, in Bonn, in Washington. Nach dem Washington-Besuch wird er erneut in Paris sein. Brandt war in Moskau, in Warschau, auf der Krim, in Washington, in Israel. Eine Reise in die CSSR steht bevor. Pompidou traf sich mit Nixon in Reykjavik, empfing Breschnew in Paris und wird demnächst nach Peking reisen. Der japanische Ministerpräsident Tanaka hat 27 Jahre nach Kriegsende einen Besuch in Peking abgestattet.

Diese Reisen der Regierungschefs und Staatsoberhäupter sind indes nur die Höhepunkte, die Schlagzeilenmacher im schnell anwachsenden Gewirr diplomatischer Aktivitäten. Kontakte auf den verschiedensten Ebenen, Konferenzen, Entsendung von Freundschaftsdelegationen, Ausstellungsvisiten – all dieses Beiwerk der internationalen Beziehungen nimmt gegenwärtig einen ungeahnten Aufschwung. Nach Jahrzehnten des Kalten Krieges hat es den Anschein, als würden die trennenden Gräben zugeschüttet, Handel und Wandel könnten aufblühen und eine Friedensepoche zöge herauf. Und in der Tat versäumt es auch keiner der reisenden und verhandelnden Politiker, sich als Friedensbringer und Entspannungsfreund ausrufen und für den Nobelpreis empfehlen zu lassen.

Warum die Diplomaten und Politiker der imperialistischen Länder bei jedem Schachzug, den sie machen, lebhaft mit der Friedenspalme wedeln, das bedarf weiter keiner Erklärung. Solange bürgerliche Regierungen Diplomatie betreiben und bürgerliche Politiker ihre Handlungen vor einer Öffentlichkeit rechtfertigen müssen, hat sich noch keiner von ihnen selbst als Kriegshetzer bezeichnet. – Eine andere, viel entscheidendere Frage ist die nach den Ursachen dafür, daß gerade in den letzten Jahren die diplomatischen Aktivitäten zwischen den Mächten so stark zugenommen haben und die weitere Frage, worauf all diese Aktivitäten schließlich hinauslaufen.

Von einem können wir mit Sicherheit ausgehen: Wenn heute Politiker wie Nixon und Brandt "Entspannungspolitik" betreiben – Männer, die in den fünfziger Jahren zu den entschiedensten Befürwortern einer aggressiven Politik gegenüber der Sowjetunion gehörten – so ist das nicht Ergebnis einer inneren Umkehr, sondern Ausdruck einer veränderten Situation, in der sich ihre Länder befinden. In der sprunghaften Zunahme diplomatischer Aktivitäten spiegelt sich die Tatsache, daß eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den großen imperialistischen Mächten vor sich gegangen ist. Mit dieser Veränderung der Kräfteverhältnisse sind zugleich die alten, nach dem 2. Weltkrieg entstandenen, politischen und militärischen Bündnissysteme unter Druck geraten.

Diese Bündnissysteme beruhten samt und sonders auf der absoluten Vorherrschaft der USA im westlichen Lager einschließlich der unterentwickelten Länder, und auf der Tatsache, daß diesem westlichen kapitalisti-

(Fortsetzung S.10)





"Gehen wir in die Stadt und gucken uns die Preise an", sagten die Vulkan-Arbeiter. Sie führten eine Demonstration nach Bremen-Vegesack durch.

Gegen die Preistreiberei den Lohnkampf organisieren

Zu Beginn dieses Jahres noch haben die DGB-Gewerkschaften Tarife zwischen 8,5 % und 9,5 % abgeschlossen. Die SPD-Politiker, die in den Gewerkschaften fraktionsmäßig zusammenarbeiten, haben diese Abschlüsse als "Stabilitätsbeitrag" bezeichnet und versucht, die Arbeitermassen von der Notwendigkeit eines solchen "Stabilitätsopfers" zu überzeugen. Nachdem die Gewerkschaftsspezialisten von der SPD zunächst überall verbreitet hatten, die Abschlüsse wären eigentlich gar nicht so schlecht, begannen sie im Frühling weinerliche Stellungnahmen in der Presse abzusetzen. Unser (?) Stabilitätsopfer dankt uns keiner. Die Unternehmer lassen jede "Preisdisziplin" vermissen, sagt Loderer von der IGM plötzlich. Offenbar versucht die Gewerkschaftsspitze jetzt den Eindruck zu erwecken, daß man von den Kapitalisten hereingelegt worden ist. Die Löcher, die der Tarifabschluß in die Kassen der Arbeiterhaushalte gerissen hat, wollen sie mit Krokodilstränen füllen. Bekanntlich kann man sich aber für Tränen nichts kaufen, und deswegen verfängt das Gerede dieser Loderer bei den Arbeitern nicht.

Wer wird aber auch im Ernst glauben, daß die SPD-Politiker in der Gewerkschaft nicht gewußt haben, was jedermann weiß: Die Kapitalisten nehmen die Preise, die der Markt hergibt. Von den Kapitalisten "Verantwortungsbewußtsein und Preisdisziplin" zu verlangen heißt von ihnen zu verlangen, daß sie aufhören, Kapitalisten zu sein. Jedenfalls, was den Arbeitern als "Verzicht und Opfer" abgezwungen wurde, befindet sich jetzt in den Taschen der Kapitalisten.

Man muß nicht tief in die Wirtschaftswissenschaften eindringen, um zu verstehen: Wer von den Kapitalisten verlangt, sie sollten weniger üble Kapitalisten sein, die Preise nicht gar so hoch treiben, die Arbeitshetze nicht allzusehr steigern, weniger Überstunden aus den Arbeitern herauspressen und ein bißchen mehr Lohn freiwillig geben, wer aus solchen Vorstellungen heraus die Taktik für den Lohnkampf bestimmt, der schafft genau die Lage, die wir jetzt haben. Die Kapitalisten steigern die Preise so hoch es der Markt erlaubt, sie steigern die Bandgeschwindigkeiten und heben die Akkordsätze, bis die Arbeiter die Brocken hinwerfen, sie verlangen Überstunden wie kaum zuvor und können sie wegen des niedrigen Lohnes auch erzwingen, kurz, sie machen Superprofite und geben freiwillig keinen Pfennig heraus, sondern zahlen erst, wenn man sie zwingt.

An diesen einfachen Wahrheiten versuchen sich die Sozialdemokraten vorbeizuschmuggeln und errichten dagegen höchst komplizierte Theorien, von sozialer Symmetrie, Sozialpartnerschaft. Wenn man aber diese Theorien beim Ergebnis packt, dann sieht man heute: Die Politik der Sozialpartnerschaft, der kleinen Schritte, ist eine Politik, die die Arbeiterklasse den Projekten der Kapitalisten unterwirft. Die kleinen Schritte erweisen sich als große Griffe in die Tasche der Arbeiter. Was gegenwärtig "Fortschritte" macht, ist die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse, das ist der Lohnabbau bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsintensität. In einer solchen Situation sich auf die Papierkritik an den Sozialdemokraten beschränken, das hieße deren Geschäft mit betreiben. Notwendig ist es, diese Kritik und die Klarheit, die aus dieser Kritik gewonnen werden kann, hineinzutragen in die Fabrik und mit der Bewegung der Arbeitermassen, die gegen den Lohnabbau kämpfen wollen, zu verbinden.

Seit Beginn dieses Jahres ist die Kette selbständiger Kämpfe gegen den Lohnabbau nicht gerissen. Inzwischen hat es in einer großen Zahl von Metallbetrieben, aber auch in anderen Branchen, Arbeitsniederlegungen gegeben. Über die Richtigkeit und Notwendigkeit von Streiks zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird in fast allen Metallbetrieben gesprochen. Unter dem Druck der Belegschaften finden in den meisten Betrieben Verhandlungen über innerbetriebliche Lohnerhöhungen statt.

Wenn man den Kampf gegen den Lohnabbau organisieren will, dann muß man an diesen gegenwärtigen Auseinandersetzungen und Kämpfen

Fortsetzung Seite 2

Die Währungskrise geht weiter

ERNEUTE WÄHRUNGSKRISE/AUFWERTUNG DER DM UM 5% /WELTWEITE TEUERUNG

Das Benzin ist bei uns das teuerste in Europa. Während aber die DM für uns durch die Teuerung nur noch knapp die halbe Kaufkraft besitzt, ist ihr Wert gegenüber den Währungen des Auslands gestiegen. 4,20 DM mußte man einst für einen Dollar hinlegen, heute nur noch 2,50 DM.

Die jüngste Aufwertung der DM um 5,5 % ist zugleich die erste Krise des neugeschaffenen europäischen Währungsverbunds, nur zwei Monate nach seiner Gründung. Der europäische Währungsblock, an dem Italien von vorneherein nicht mitmachte, und der geschaffen wurde, um den inflationären Dollarzustrom abzuwehren, ist selbst nicht fest. Spekulantengelder in der Höhe von 2 Milliarden DM aus den europäischen Ländern mußte die Bundesbank innerhalb weniger Tage vor der neuerlichen Aufwertung aufkaufen. In den Wirtschaftsblättern des Großkapitals wird offen gesagt, daß man fürchte, daß es mit dem europäischen Währungsverbund schon bald so gehen werde, wie mit dem System, das bis vor kurzem auf dem Dollar als Leitwährung beruhte und das mit der Krise des Dollars zusammenbrach. Weitere Zerreißproben stünden bevor.

Die ständigen Währungskrisen sind nur der äußere Ausdruck der zunehmenden Konkurrenz der großen imperialistischen Monopole auf dem Weltmarkt. Die Aufwertung, die den Export erschwert, weil der Erlös in ausländischer Währung nun um 5,5 % geringer ist, erleichtert zugleich den Kapitalexport der westdeutschen Großkapitalisten. Die riesigen Profite, die den Arbeitern in Westdeutschland abgepresst wurden, werden in zunehmender Höhe im Ausland angelegt. Jetzt will sogar VW ein Produktionswerk in den USA aufbauen, wodurch hier Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet werden.

Gleichzeitig erhöht sich die Zahl der Konkurse und Firmenzusammenschlüsse in der Bundesrepublik. Die westdeutsche Arbeiterklasse hat nichts davon, wenn sich die Position der westdeutschen Monopole auf den Weltmärkten verstärkt, denn sie trägt wie die Arbeiter in den anderen imperialistischen Ländern die Lasten des ruinösen Konkurrenzkmapfes.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt derzeit 8,6 %. Ständige Inflation und Teuerung verursachen ein ständiges Sinken der Reallöhne.

–bb–

AUS DEM INHALT

(Fortsetzung von S.1)

GEGEN LOHNABBAU

anpacken. In diesen Kämpfen und Auseinandersetzungen, und nur in ihnen, kann man den Hebel finden, mit dem die Lage an der Lohnfront geändert werden kann. Den Kampf gegen den Lohnabbau organisieren, das heißt gegenwärtig, die selbständigen Kämpfe organisieren.

Große Arbeitermassen sind es, die gegenwärtig gegen die Verschlechterung ihrer Lage zur Waffe des Streiks greifen wollen und auch greifen. Worin liegt die Bedeutung dieser Kämpfe, was kann man aus diesen Kämpfen lernen?

Alle diese Kämpfe müssen in einer für die Arbeiter schwierigen taktischen Situation geführt werden. Zwar herrscht gegenwärtig Hochkonjunktur, zwar machen die Kapitalisten Superprofite. Aber die Kapitalisten sind auf dem Weltmarkt in schwere Auseinandersetzungen verstrickt. Sie führen dort gegeneinander einen Handels- und Konkurrenzkrieg, der ungeheure Summen verschlingt. Um auf dem Weltmarkt zu bestehen, pressen die Kapitalisten im eigenen Land den letzten Tropfen Schweiß aus den Arbeitern und benutzen alle Mittel, um die Ausbeutung zu steigern.

In einer solchen Lage den Kampf nicht aufzunehmen, die Kapitalisten bei ihrem Geschäft der Schweißauspressung gewähren zu lassen, das heißt, die Kapitalisten zu weiteren und noch schärferen Angriffen auf die Arbeiterklasse förmlich einzuladen. Mehr noch, in dem Maße, wie es der Kapitalistenklasse in einem Land gelingt, der Arbeiterbewegung Niederlagen beizufügen und die Ausbeutung zu verschärfen, in dem Maße erzwingt die Konkurrenz auf dem Weltmarkt weitere und schärfere Angriffe auf die Arbeiterklasse der anderen Länder, entwickelt sich der freie Wettbewerb der Kapitalisten der verschiedenen Staaten, treten die Kapitalisten der verschiedenen Staaten in ein Wettrennen der Ausbeutung ihrer Arbeiter ein.

Den Kampf gegen den Lohnabbau aufnehmen, das ist das unabweisbare Gebot der Stunde. Kämpft man jetzt nicht, wird man später den Kampf aus einer noch unvergleichlich schlechteren Position heraus aufnehmen müssen.

Für die Lage im Lohnkampf ist es jedoch nicht von erstrangiger Bedeutung, ob die Kapitalisten das Geld sozusagen haben oder nicht. Entscheidend ist vielmehr die Geschlossenheit und Kampfkraft der Arbeiter. Wodurch ist aber die Geschlossenheit und Kampfkraft der Arbeiter bestimmt? Ganz ohne Zweifel durch den Grad ihrer Organisierung, ganz ohne Zweifel hängt im Kampf alles davon ab, daß die erzielten gemeinsamen Absichten auch umgesetzt werden können in die Tat.

Gerade da aber gibt es heute die größten Schwierigkeiten. Die betrieblichen Vertretungskörperschaften sind meist von starken Mehrheitsfraktionen der SPD besetzt, die Vertrauensleutekörper oftmals ganz verrottet, gelegentlich sogar mehrheitlich bestochen. Nur selten gelingt es, in diesen Körperschaften eindeutige und klare Beschlüsse für den Kampf herbeizuführen. Um überhaupt in den Kampf gegen die Kapitalisten einzutreten, müssen die Arbeiter oft genug als erste Hürde ihre eigenen Vertreter überwinden. Meist läuft es so, daß unter dem Druck der "Unruhe" der Belegschaft Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Kapitalisten aufgenommen werden. In aller Regel um Forderungen, die die Belegschaft schon spalten. Oft kommt es vor, daß gerade kämpferische Kollegen sagen: Für eine solche Bettelforderung streike ich nicht. Diese Kollegen muß man unbedingt davon überzeugen, daß es nötig ist, gerade in einer solchen Situation zu kämpfen, daß es gerade in einer solchen Situation außerordentlich gefährlich ist, den falschen Leuten die Initiative zu überlassen, daß es den Übermut der Kapitalisten herausfordern heißt, wenn man solche Verhandlungen regungslos über sich ergehen läßt. In einer solchen Situation die Betriebsrats- und Gewerkschaftsfürsten schalten und walten zu lassen, das ist ganz unmöglich und wird dazu führen, daß diese ihre falschen Ansichten fortwährend beibehalten und den Belegschaften aufzwingen werden.

Weil viele Kollegen solche Argumente verstehen, kommt es dann oft zum Streik, und es ist ein Krieg an zwei Fronten, der da geführt werden muß. Ein solcher Kampf stellt außerordentlich hohe Anforderungen an das taktische Geschick der Arbeiter, er verlangt eine große politische Reife.

Diese politische Reife und dieses taktische Geschick beweisen die Arbeiter, indem sie in ihrem Kampf die breiteste Demokratie entwickeln. Wenn es gelungen ist, eine Streikversammlung herzustellen, wenn man die Maschinen verlassen hat und sich auf dem Fabrikhof versammelt, dann hat man mit der Fabrikgesetzgebung, die die Diskussion der Arbeiter verhindert, die es den Kapitalisten erlaubt, denjenigen hinauszuwerfen, der den "Arbeitsfrieden" stört, gebrochen. Dann kann man frei erörtern, wie die Interessen liegen und wie man sie gegen die Kapitalisten durchkämpfen muß.

Die Kapitalisten aber, die sich den in Bewegung geratenen Arbeitern gegenübersehen, geraten dann in große Furcht und sind, gerade deswegen, besonders gefährlich. Gerade weil die Kapitalisten sehen, wie es den Arbeitern gelingt, die Einheit herzustellen und geschlossen in den Kampf zu ziehen, erfaßt sie eine tiefe Furcht und deswegen werden sie alles tun, um diese Einheit der Arbeiter zu zerstören.

Heute aber, wo es die Partei der Arbeiterklasse noch nicht wieder gibt und wo sich die betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungskörperschaften überwiegend in der Hand von Reformisten und Revisionisten befinden, bieten sich den Kapitalisten ausgezeichnete Möglichkeiten, den Streik zu spalten und zu zerschlagen. Sie spielen den Betriebsrat gegen den Vertrauensleutekörper, Betriebsrat und Vertrauensleutekörper zusammen gegen die Belegschaft aus, aus Streikbrechern machen sie "arbeitswillige Abteilungen", mit Lügen, Verdrehungen, Entstellungen versuchen sie, den Kampfwillen der Arbeiter an einzelnen Stellen zu durchbrechen und den Streik aufzurollen.

Dagegen gibt es heute nur ein Mittel, die breite Demokratie, die große Debatte, die die Arbeiter in Gang setzen, indem sie die Maschinen verlassen und sich versammeln, muß während des ganzen Kampfes gehalten werden! Während des Streiks zusammenbleiben, jede Maßnahme der eigenen Vertretungskörperschaften diskutieren und dazu Beschlüsse fassen, von Anfang an darauf bestehen, daß das Ergebnis der Streikversammlung vorgelegt wird, das ist die richtige Taktik in diesen selbständigen Kämpfen. So kann auch verhindert werden, daß die Kapitalisten und ihre direkten Handlanger sich an einzelne oder kleine Gruppen wenden und diese so unter Druck setzen, daß sie ihre Kollegen aufgeben, so kann verhindert werden, daß die Kollegen den Lügen der Kapitalisten Glauben schenken, weil es ja zu allen Fragen Augenzeugen gibt.


Die Arbeiter von John Deere führen eine Streikversammlung durch

Die Kraft der Arbeiter liegt in ihrer Zahl und der Fähigkeit, sich zusammenzuschließen um ein einheitliches Ziel. Diese Eigenschaft gegen die Kapitalisten in die Waagschale zu werfen, das ist das Mittel der Arbeiter im Kampf. Diese Kraft sichtbar zu machen, das ist eine taktische Regel, die man unbedingt befolgen muß.

Dann aber gerät Luft in die verstaubten Vertrauenskörper, die fortschrittlichen Vertrauensleute werden sichtbar. Man erkennt plötzlich und ganz unwiderleglich, wer auf der Seite der Belegschaft steht, und wessen Tätigkeit den Kapitalisten nützt und den Arbeitern schadet.

In diesen selbständigen Kämpfen bilden sich weiter, und das ist von großer Bedeutung, neue Kräfte heraus. Sehr gut sehen die Belegschaften, welche Kollegen unermüdlich an der Festigung des Streiks arbeiten, sehr gut sehen sie, welche Kollegen dem Geschwätz der Kapitalisten entgegentreten können. Genau kann man in diesen Kämpfen unterscheiden, wer geeignet ist, die Belegschaften zu führen und wer bloß ein Schwätzer ist. Die neugewonnenen Kräfte herauszufinden und zu beseitigen, ist ein Hauptanliegen der Kapitalisten. Sie werden stets versuchen, solche Kollegen aus der Fabrik zu werfen. Von Anfang an muß man sich gegen diese Absicht verwahren und keinen Zweifel daran lassen, daß die Belegschaft Maßregelungen nicht dulden wird.

In den selbständigen Kämpfen gewinnen die Belegschaften an Reife und Kampferfahrung, gewinnen sie an Selbstvertrauen. In diesen Kämpfen erweist sich, daß man in die Auseinandersetzungen gehen kann, indem man sich strikt an den eigenen Interessen ausrichtet, zeigt sich, daß die Einheit der Arbeiter nur herzustellen ist auf der Grundlage der wirklichen Verhältnisse, des Klassenkampfes.

Das Beispiel dieser Kämpfe fürchten die Kapitalisten, fürchten auch die Sozialdemokraten, fürchtet die ganze bürgerliche Gesellschaft. Deshalb gibt es heute keine genaue Streikberichterstattung. Gerade, weil das Beispiel ihrer Kollegen, die die Fesseln der Klassenversöhnler zerrissen haben, und sei es auch nur für kurze Zeit, mit großer Kraft auf alle Arbeiter wirkt, werden die Kämpfe so lang es geht totgeschwiegen. Muß die bürgerliche Presse dann berichten, so geschieht das in verstümmelter, verdrehter und oft direkt gelogener Weise. Eine genaue, umfassende Berichterstattung dem gegenüberzusetzen, das ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe der Kommunisten. In jedem dieser Kämpfe kommt es darauf an, die Solidarität aller Arbeiter mit den Streikenden sichtbar zu machen. Für die Streikenden ist es ein brennendes Problem, zu erfahren, wie sieht es bei uns im Zweigwerk aus, wissen die überhaupt, was läuft? Wer es gesehen hat, mit welcher Begeisterung die Streikenden Solidaritätsadressen aus anderen Betrieben aufnehmen, wer es erlebt hat, wie es die Diskussion um den Lohnkampf im eigenen Betrieb vorwärtsbringt, wenn man ein Grußwort an die Streikenden verabschiedet und einen Geldbetrag sammelt, der kann gut verstehen, warum die Sozialdemokraten und alle bürgerlichen Kräfte eine Streikberichterstattung nicht durchführen. Die Solidarität der Arbeiter ist ihre Stärke, wer die Stärke der Arbeiter fürchtet, der muß ihre Solidarität untergraben und schwächen. Totschweigen oder Lügen, das ist ein Mittel, um diese Solidarität zu verhindern.

Berichten, informieren, das ist eine Aufgabe, das ist ein erstes Mittel, um die Solidarität der Arbeiter herzustellen, das ist eine Aufgabe im Kampf gegen den Lohnabbau.

Gegenwärtig, wo die Arbeiter anrennen müssen gegen die Folgen der letzten Tarifverträge, muß alles Gewicht darauf gelegt werden, welche Bedeutung die selbständigen Kämpfe auch und gerade auf dieser Ebene haben. Gerade weil die Arbeiter durch diese Verträge gefesselt sind, weil es durch diese Verträge verhindert wird, daß die Arbeiter ihre Kraft geschlossen gegen die Kapitalisten in die Waagschale werfen, gerade weil diese Verträge mit ihrer langen Laufzeit und dem Zwang zum Tariffrieden die Kämpfe der Arbeiter zerstückeln bis hinunter oft genug auf Abteilungsebene, muß gezeigt werden, daß die gewaltigen Anstrengungen, die großen Opfer, die die Belegschaften im Kampf auf sich nehmen, nur zweckvoll sind, wenn man es anpackt, die Zeit der Klassenversöhnler zu beenden. Den Tendenzen, die Gewerkschaften den Klassenversöhnlern zu überlassen, die Gewerkschaftsbücher hinzuwerfen, muß man entschieden entgegentreten, indem man die Eroberung der Gewerkschaften durch die Arbeiter auf die Tagesordnung setzt und organisiert.

Jetzt im Herbst wird die Gewerkschaftsführung mit Überlegungen beginnen, wie es aufs Neue gelingen kann, Tarifverträge abzuschließen, die die Arbeiter binden und den Interessen der Kapitalisten Spielraum und Entwicklungsmöglichkeiten geben. Die in den selbständigen Kämpfen neu erwachten Kräfte, die neu gewonnenen Erfahrungen können und müssen eingesetzt werden, um dies zu verhindern. Der Bruch, den die Arbeiter mit der sozialdemokratischen Führung auf der Ebene des Betriebes vollziehen, muß ausgedehnt werden auf die Ebene der Tarifauseinandersetzungen. Schon jetzt kommt es darauf an, die betrieblichen Kämpfe von Anfang an zu verbinden mit der Forderung nach überbetrieblichen Tarifvereinbarungen. Aus dieser Bewegung heraus kann es gelingen, den Tarifkampf so vorzubereiten, daß die Arbeitermassen mit geschlossener Kraft gegen die Kapitalisten antreten können.

–Martin Fochler–

HARVESTER
SOLIDARITÄT GEGEN ENTLASSUNGEN

Die Reaktion der Harvester-Kapitalisten auf den Streik bei Harvester erfolgte spät, aber kräftig. Der Streik, der um eine innerbetriebliche Lohnerhöhung geführt wurde, begann am 24. Mai und dauerte eine Woche. An dem Streik nahmen alle 600 Harvester-Kollegen teil; die rund 200 Angestellten streikten nicht mit. Erzielt wurde eine Lohnerhöhung von 18 Pfennig (35.– DM).

Nun sollten sechs Kollegen, davon vier Vertrauensleute, entlassen werden, um als abschreckende Maßnahme die Belegschaft von weiteren Lohnkämpfen abzuhalten. Bezeichnend war, daß von dieser Maßnahme gerade die fortschrittlichsten Kollegen getroffen wurden.

Zuerst wurden am Morgen des 5. Juni an die betreffenden Kollegen Hausverbote verteilt, da erstens der Betriebsrat noch nicht gehört worden war und man auf alle Fälle die Kollegen aus dem Betrieb haben wollte. Wie zu erwarten, kamen dann am Nachmittag die Anträge auf fristlose Kündigung zum Betriebsrat. Als diese Vorgänge im Betrieb bekannt wurden, entstand große Unruhe, und die Stimmen in der Belegschaft, die sagten: "Das geht gegen uns alle, das dürfen wir uns nicht gefallen lassen" oder: "Wenn wir uns das gefallen lassen, kann im Betrieb keiner mehr das Maul aufmachen," wurden immer lauter. So wurden die Kapitalisten, die bereits im Streik die Solidarität der Kollegen gespürt hatten, und der Betriebsrat gewarnt, die angedrohten Kündigungen wahrzumachen.

Am Donnerstag Nachmittag, nach langen Beratungen, fällte der Betriebsrat schließlich seine Entscheidung. Er lehnte die Kündigungen ab. Nun lag die Entscheidung bei den Kapitalisten. Jedoch aus Angst vor der erneut erwachten Solidarität zogen sie die Kündigungsanträge zurück.

So konnten die Kollegen am Freitag, dem 8. Juni, wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Dieser Sieg der Solidarität der Belegschaft wurde im Betrieb mit großer Genugtuung aufgenommen.

JUGENDVERTRETER FRISTLOS ENTLASSEN

Mannheim. In den letzten Tagen erfolgten in Mannheim in vier Fällen Maßregelungen und politische Entlassungen fortschrittlicher Jugendvertreter, drei davon bei BBC, eine im Großkraftwerk Mannheim.

Bei BBC hatten am 20. 6. 1973 die Lehrlinge für Fahrgeldrückerstattung und Teuerungszulage gestreikt. Auf diesen Kampf der BBC-Lehrlinge reagierten die BBC-Kapitalisten mit massiven Einschüchterungsversuchen. Ein Erpresserbrief an viele Lehrlinge und deren Eltern drohte die fristlose Kündigung an. Kurz danach wurden Maßnahmen gegen die Jugendvertretung, die die Forderungen der Lehrlinge unterstützt hatte, eingeleitet: Eine Jugendvertreterin stimmte unter Druck ihrer Entlassung zu, zwei andere einer Versetzung in ein anderes Werk, womit sie ihr Amt als Jugendvertreter niederlegten.

Im Großkraftwerk Mannheim wurde dem Jugendsprecher gekündigt, weil er sich stets konsequent für die Interessen der Lehrlinge eingesetzt hatte. Unter anderem hatte er sich entschieden gegen die Einführung der Stufenausbildung gestellt, weil sie für die Lehrlinge Spaltung und Verschlechterung der Ausbildungssituation bedeutet.

Sein Rauswurf war von langer Hand, eingeleitet durch einen "strengen Verweis" vor einigen Wochen, vorbereitet worden.

Diese politischen Entlassungen werden nicht kampflos hingenommen werden. – Die Solidarität und der Widerstand der Kollegen gegen diese Angriffe auf die politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz wächst und soll auch in einer Demonstration gegen die politischen Entlassungen in Mannheim seinen Ausdruck finden.

Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz!
Voller Kündigungsschutz für Jugendvertreter und Vertrauensleute!



Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Für die Redaktion verantwortlich: Wilfried Maier
Post und Vertrieb über: Verlag Kommunismus und Klassenkampf (VKK) c/o Ernst Ehlert, 68 Mannheim, Obere Clignetstraße 25
Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18.– DM
Förderabonnement: 24 Nummern 20.– DM und mehr
Abonnement–Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto: Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18

Mit Erscheinen der Kommunistischen Volkszeitung werden folgende Zeitungen ihr überregionales Erscheinen einstellen: "Wahrheit" des ehemaligen KB Bremen, "Klassenkampf" des ehem. BKA Freiburg, "Kommunistische Arbeiterzeitung" des ehem. KB Göttingen, "Arbeiter-Zeitung" der ehem. KG (NRF) Mannheim/Heidelberg, "Rote Fahne" des ehem. KB Osnabrück, "Klassenkampf" des ehem. KB Wolfsburg. Die Abonnements-Verpflichtungen dieser Zeitungen werden übernommen. Die Redaktion bittet aber darum, die Restbeträge zu spenden.

STREIKBERICHTE

Bremer Vulkan: 5000 Kollegen eine Woche im Streik

Vom 14. bis 22. Juni 1973 streikten auf der Bremer Vulkan-Werft die cirka 5 000 Arbeiter für mehr Lohn. Sie forderten 70 Mark netto und einen 13. Monatslohn. Während des gesamten Streiks handelten die Vulkanarbeiter einig und geschlossen, so daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung zu üblen Manövern greifen mußte, um den Streik abzuwürgen. Das Ergebnis beträgt nur etwa ein Sechstel der ursprünglichen Forderung.
Dieser Streik war die Antwort der Vulkanarbeiter auf die sich ständig verschärfende Arbeitshetze und auf die steigenden Unfallzahlen (7 Tote und viele Schwerverletzte seit Oktober 1972). Der Streik wurde beschlossen in einer Zeit, in der sich die Lage der Arbeiter ständig verschlechtert: die Preise für Lebensmittel lagen im Monat Mai 1973 cirka 11 % höher als im Vorjahr, Kartoffeln sogar 90 %. Hinzukommen höhere Steuern, höhere Gebühren und der 8,5 %–Lohnraubabschluß vom Anfang des Jahres. Indessen sackten die Kapitalisten, der Unterstützung der SPD/FDP–Bundesregierung gewiß, Gewinne wie nie zuvor ein.

So auch beim Bremer Vulkan. Der Bremer Vulkan, an dem Thyssen-Bornemisza mit 90 % der Aktien beteiligt ist, schüttete seinen Aktionären für 1972 20 % Dividende aus. Gleichzeitig investierten und investieren die Vulkan-Kapitalisten ungeheuer. So wurde das neue Baudock gebaut, das im jetzigen Zustand Schiffe bis 400 000 Tonnen bauen kann. Ein Bockkran wurde aufgestellt (Tragfähigkeit 45 Tonnen) und eine neue Halle für den Bau von Großsektionen wurde ebenfalls aufgebaut.

Während die Kapitalisten vor der Tarifrunde über die "schlechte" Lage der Werft jammerten, gaben sie nach Beendigung der Tarifrunde bekannt, daß sie fette Aufträge, unter anderem sieben Großtanker zu 320 000 TDW sowie verschiedene Container-Schiffe, abgeschlossen haben, so daß der Schiffbau bis 1976 voll ausgelastet ist.

Dieser Widerspruch – die ständig steigenden Profite der Kapitalisten auf der einen Seite und die ständig steigenden Preise und sinkenden Löhne bei Verschärfung der Arbeitshetze auf der anderen Seite – ist seit Jahren die Ursache für die verschiedenen Demonstrationen, Streiks und Branchenstreiks der Vulkanarbeiter. Schon 1969 demonstrierten die Vulkanesen mit einem Zug durch Bremen-Vegesack ihre Kampfentschlossenheit. Ebenso standen sie 1970/71 auf der Straße, um ihrer Lohnforderung Nachdruck zu verleihen. In verschiedenen Branchenstreiks, so zum Beispiel Kranfahrer, Schweißer, Werkstoffprüfer und Gerüstbauer, kämpften die Kollegen erfolgreich für mehr Lohn oder für Verbesserung der Arbeitssicherheit.



Die Vulkan-Arbeiter stimmen für Streik!

Bei sämtlichen Kämpfen traten die Schweißer als konsequentester Teil der Vulkan–Arbeiter hervor. So stellten sie in ihrer Branchenversammlung am 8. 6. 73 die Forderung auf:

50 DM netto für alle!

Darüberhinaus forderten sie die Vertrauensleute auf, sofort eine außerordentliche Betriebsversammlung einzuberufen, um auf dieser die weiteren Kampfschritte zu diskutieren.
Nachdem in den anderen Branchen ebenfalls Versammlungen abgehalten und Forderungen aufgestellt worden waren, beschlossen die Kollegen, bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen die Überstunden zu verweigern. Die Mehrzahl der Belegschaft verließ nach der Branchenversammlung am 8. 6. die Werft, um durch diesen Warnstreik ihre Kampfentschlossenheit zu bekräftigen. Am Pfingstsamstag wurde so gut wie gar nicht gearbeitet.

Am Dienstag, dem 12. 6. beschlossen die Vertrauensleute eine einheitliche Forderung von 70 DM netto und einen dreizehnten Monatslohn.
Auf den am Mittag stattfindenden Branchenversammlungen wurde diese Forderung von allen Arbeitern angenommen. Erneut wurde beschlossen, die Überstunden zu verweigern. Die Schweißer forderten noch einmal mit Nachdruck die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung.

Nachdem die Verhandlungen ergebnislos verliefen, wurde für Donnerstag eine außerordentliche Betriebsversammlung einberufen. Auf dieser Betriebsversammlung versuchten der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Kirchhof und der Beauftragte des IGM–Kreisvorstands, Weinkauf, den klar zu erwartenden Streikbeschluß von vorneherein abzuwürgen. Der Betriebsratsvorsitzende bezeichnete die Versammlung als rein "informative". Er erklärte nach seiner Rede die Versammlung für geschlossen.
Keiner der Kollegen kümmerte sich jedoch um diese Erklärung. Fortschrittliche Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte, führten die Versammlung weiter. Mit dem Ruf: "Ich gehe jetzt nach Vegesack Preise angucken, wer kommt mit? " stellte ein Kollege schließlich klar, was zu tun sei. Rund 5 000 Vulkan-Arbeiter demonstrierten kampfentschlossen durch Vegesack, an der Spitze des Zuges: die ausländischen Kollegen.

Auch die in der Produktion tätigen Lehrlinge beteiligten sich an dieser Demonstration. Sie wurden jedoch aufgrund ihrer Zersplitterung von den Ausbildern einzeln aus dem Zug geholt. In der Lehrwerkstatt wurden sie bewacht wie Sträflinge, so daß es aus diesem Grund, aber auch deshalb, weil keiner der Lehrlinge entschlossen gegen die Haltung der Ausbilder Stellung bezog, nicht möglich war, die Kampfentschlossenheit und den Willen, mitzustreiken, in die Tat umzusetzen.

Nach der Demonstration wurde nach kurzer Diskussion, in der sich die sozialdemokratischen Betriebsräte und die Gewerkschaftsführung neutral verhielten, beschlossen, nach dem Mittagessen die Betriebsversammlung fortzusetzen.
Die Führung des Kampfes und die Vorbereitung des Streiks lag in dieser Situation voll in den Händen der Vulkanarbeiter.
Am Nachmittag wurde dann einstimmig beschlossen, für die aufgestellte Forderung plus Bezahlung der Streikzeit vorläufig bis Montag in den Streik zu treten. Sofort nach dem Beschluß gingen die Kollegen nach Hause. Der Betriebsrat verhandelte fünf Stunden mit der Geschäftsleitung, erzielte jedoch kein Ergebnis.

Die Mehrheit des Vertrauensleutekörpers stand am Freitag Streikposten. Es erschien jedoch außer den Fremdfirmen kaum ein Kollege. Aber auch die Kollegen von den Fremdfirmen arbeiteten nicht. Sie hielten Versammlungen im Betrieb ab, was zur Folge hatte, daß fast alle Kollegen der Fremdfirmen abgezogen und anderweitig eingesetzt wurden. Die Arbeiter der Fremdfirmen erzählten den Kollegen zum Beispiel auf der AG Weser vom Streik der Vulkanarbeiter. Dies trug dazu bei, daß die Arbeiter auf der AG Weser erneute ihre Forderungen aufstellten.

Am Montagmorgen versammelten sich die Kollegen ab 5.00 Uhr vor den Toren. Keiner ging ins Werk. Die Hetze und Drohungen der Geschäftsleitung hatten dazu beigetragen, die Solidarität der Vulkanarbeiter zu verstärken. Die Vertrauensleute informierten die Kollegen durch ein Flugblatt über den Stand der Verhandlungen und forderten sie auf, sich auf der Wiese vor dem Tor zu versammeln. Dort sollte eine Diskussion über das weitere Vorgehen stattfinden. Die Kollegen waren kampfentschlossen. Man hörte keine Meinung, die für die Wiederaufnahme der Arbeit eintrat, außer den Direktoren, von denen sich zwei in die Menge wagten, überall zur Arbeit aufforderten und schmählich abblitzten.

Einige sozialdemokratische Betriebsräte versuchten zu diesem Zeitpunkt schon, die Bewegung zu spalten. Sie verhinderten am Morgen teilweise die Verteilung unserer Betriebszeitung "RUDER", indem sie einigen Verteilern die Flugblätter entrissen. Dies wurde auf der Vertrauensleutesitzung von einigen Kollegen scharf kritisiert und als "Straßenraub" bezeichnet. Auf der Versammlung erklärten die SPD-Betriebsräte den Streik als spontane, innerbetriebliche Sache und versuchten, den Kollegen als Begründung ihrer These, als Ursache des Streiks das schlechte "Lohnniveau auf dem Bremer Vulkan im Gegensatz zu anderen Betrieben" zu verkaufen.

Sie ermöglichten es sogar der Geschäftsleitung, zu den Kollegen zu sprechen. Diese erklärte den Streik unter lauten Pfiffen der Kollegen für "illegal". Als konsequente Vertrauensleute und Kollegen, unter ihnen Kommunisten, zur Weiterführung des Streiks aufriefen und eine Abstimmung durch die Kollegen auch über alle eventuell vorliegenden Ergebnisse verlangten, stimmten alle Vulkan-Arbeiter dafür. Es wurde von den 5 000 Kollegen beschlossen, jeden morgen eine Streikversammlung durchzuführen. Durch diese Beschlußfassung war der Streik fest in den Händen der Vulkan-Arbeiter. Die klassenversöhnlerischen Elemente unter den Betriebsräten wurden dadurch gezwungen, den Streik weiterzuführen, wenn sie ihn nicht ganz aus den Händen verlieren wollten.

Wir Kommunisten wußten jedoch, daß die Belegschaft ihre Kraft erkannt hatte. Das zeigte sich auf jeder Streikversammlung: Immer waren rund 4 000 bis 5 000 Kollegen anwesend!
Einen wichtigen Hebel für die weitere erfolgreiche Durchführung des Streiks hatten wir durchgesetzt:

die tägliche Beschlußfassung der Kollegen über den Streik und jeden weiteren Schritt.

Wir wußten, daß im Vertrauensleutekörper noch in der Mehrzahl schwankende und zum Teil streikunerfahrene Kollegen sitzen, die noch stark mit der Politik der Sozialdemokratie verbunden sind. Es kam deshalb darauf an, die Streikversammlungen auszunutzen und dort bindende Aufträge für die Vertrauensleute durchzusetzen.

Ein wichtiger Hebel für die erfolgreiche Führung dieses Streiks wären Streiks in anderen Bremer Betrieben gewesen.
Unsere Taktik lief deshalb darauf hinaus, auf der Streikversammlung am Dienstag über ein Solidaritätstelegramm zu der am gleichen Tage stattfindenden Betriebsversammlung der Klöckner-Stahlwerke abstimmen zu lassen. Die klassenversöhnlerischen Betriebsräte um Kirchhof versuchten, dies mit allen Mitteln zu verhindern. Dennoch gelang es, eine Abstimmung herbeizuführen, die mit überwältigender Mehrheit gegen drei Stimmen für die Solidaritätsadresse war.

Nachdem bekanntgegeben wurde, daß die Geschäftsleitung jetzt zu Gesprächen bereit war und die Versammlung geschlossen wurde, stand eine Delegation von knapp 20 Kollegen bereit, die die Adresse den Klöckner-Kollegen überbringen sollte. Die SPD-Betriebsratsclique um Kirchhof und einige Abwiegler in der Vertrauensleutekörperleitung gaben jedoch nicht auf, den Beschluß der Kollegen zu hintergehen. Sie versuchten, die Übergabe der Adresse zu verhindern. Als sie sahen, daß ihnen das nicht gelang, erklärten sie, daß die Mehrheit der Vertrauenskörperleitung dem zweiten Satz der Grußadresse nicht zustimmen könne.
Die Grußadresse lautete sinngemäß: Wir stehen solidarisch mit Euch und unterstützen voll Eure Forderung. Wir wissen aber, daß wir unsere Forderungen nur mit Druck, das heißt mit Streik, durchsetzen können.
Die Delegation teilte dies einem Klöckner-Betriebsrat mit, der den zweiten Satz mit einem entsprechenden Einschub verlas. Die gesamte Adresse wurde mit riesigem Beifall von den Klöckner-Kollegen aufgenommen.

Am Mittwoch morgen traten diejenigen sozialdemokratischen Betriebsräte, die sonst Meister der Abwiegelungstaktik waren, ungemein wortradikal auf.
Sie bekannten sich jetzt offen zum Streik, fast jeder dieser "Arbeitervertreter" schloß seine Rede mit dem Satz: "Ich halte durch, und wenn ich von der Wohlfahrt leben soll!"

Woher und warum dieser plötzliche Wortradikalismus? Es gibt eine einfache Erklärung: die Gewerkschaftsführung hatte den Bezirksbevollmächtigten des Tarifbezirks Unterweser und Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten der SPD, Heinz Scholz, als "Vermittler" zur Verfügung gestellt. Heinz Scholz vermittelte jedoch in "eigener Verantwortung", nicht als Vertreter des DGB bzw. der IGM.
Man kann sich also an zwei Fingern abzählen, welche Gespräche zwischen der Geschäftsleitung, Gewerkschaftsführung und der Gruppe um den SPD-Betriebsratsvorsitzenden Kirchhof stattgefunden hatten.

Nachdem die markigen Reden der klassenversöhnlerischen Betriebsräte beendet waren, sprachen sich noch einmal die konsequenten Kollegen und Vertrauensleute dafür aus, die Kampfbereitschaft durch einen erneuten Marsch durch Bremen–Vegesack zu demonstrieren.
Ca. 4 000 Kollegen nahmen an dieser Demonstration teil. Während die klassenversöhnlerischen Betriebsräte und einige Vertrauensleute den Lautsprecherwagen in Beschlag nahmen und die Bremen-Norder Geschäftswelt um Solidarität anbettelten, jedoch kaum die Forderungen der Arbeiter propagierten, bildeten sich um die vorhandenen Megaphone Sprechchöre, die die Forderungen der Belegschaft ausriefen!

Mit solchen Parolen wie:

Einigkeit macht stark, wir fordern 70 Mark!

zwangen die Kollegen die Sprecher im Wagen, endlich ihre Forderungen zu propagieren.

Die Gruppe um Kirchhof scheute sich nicht, die Angestellten im Hauptbüro von den Kollegen abzuspalten, indem sie vor dem Hauptbüro die Angestellten als "Feiglinge" und als "unwürdig, später das hart erkämpfte Geld anzunehmen", bezeichneten.

Ein großer Teil der Kollegen fiel auf diese Hysterie herein. Die fortschrittlichen Kollegen und Kommunisten riefen jedoch:
"Arbeiter – Angestellte, eine Kampffront"
Es ist nicht zuletzt ihnen zu verdanken, wenn am selben Tag über 50 % der Angestellten in den Streik traten, trotz ihrer Zersplitterung und mangelnden Organisation.

Auch die Lehrlinge führten in den Pausen Versammlungen durch. Die Sprechstunde der Jugendvertretung wurde zur reinsten Kundgebung. 15 junge Kollegen konnten von einem Jugendvertreter innerhalb einer Stunde gewerkschaftlich organisiert werden!

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

DER OFFENE VERRAT BEGINNT SICH ABZUZEICHNEN

Nachdem Heinz Scholz, Hamburg, angekommen war, wurde am Donnerstag Morgen auch schon gleich Hand in Hand mit den sozialdemokratischen Arbeiterverrätern im Betriebsrat um Kirchhof die Belegschaft um ihren wichtigsten Hebel gebracht: Da die Gewerkschaftsführung wußte, daß die Einheit und Kampfentschlossenheit der Kollegen nicht zu brechen war, konnte sich Scholz ausrechnen, daß die Kollegen, wenn sie selbst abstimmen, niemals einem mickrigen Ergebnis zustimmen würden. Also mußte die Abstimmung über alle Fragen durch die Belegschaft verhindert werden.

Um den Schein der Demokratie zu wahren, beschloß die Mehrheit der Verhandlungskommission den Vertrauensleutekörper über das Ergebnis abstimmen zu lassen. Mit dem Argument: "Die Vertrauensleute sind gewählte Vertreter der Kollegen" gelang es ihnen, den Vertrauensleutekörper als beschlußfassendes Organ und abstimmungsberechtigt einzusetzen.

Scholz trat diktatorisch auf und teilte mit, daß er sofort als Vermittler zurücktreten würde, wenn die Belegschaft über ein eventuelles Ergebnis abstimmen würde. So schafften es die Klassenversöhnler, ihre arbeiterfeindlichen Machenschaften gegen den Willen der Vulkan-Arbeiter durchzusetzen. Obwohl Kollegen unter großem Beifall auf der Betriebsversammlung vor dem Tor gegen dieses Vorhaben sprachen, gelang es nicht, eine Abstimmung durch die Belegschaft zu erreichen.

Die Vorbereitungen für den entscheidenden Schlag gegen die Belegschaft waren somit abgeschlossen. Jetzt kam es für die Sozialdemokraten um Scholz und Kirchhof darauf an, den Vertrauensleutekörper, in dem mit großer Mehrheit Kollegen sitzen, die ehrlich die Interessen der Belegschaft vertreten wollen, für ihre schmutzigen Geschäfte einzuspannen.

Nachdem in aller Schnelle ein Ergebnis ausgehandelt wurde, das nur etwa ein Sechstel der ursprünglichen Forderung bedeutet und zu dessen Errechnung man einige Stunden benötigt, wurde erst einmal das Fernsehen von dem Ergebnis unterrichtet. Mit den Worten: "Ihr habt jetzt die Verantwortung vor tausenden von Familien, wenn ihr jetzt nicht zustimmt, bekommt ihr gar nichts", wurde der Vertrauensleutekörper unter Druck gesetzt und von der Kampfentschlossenheit der Kollegen abgelenkt. 150 Vertrauensleute stimmten für die Annahme des Ergebnisses, 3 enthielten sich der Stimme, 3 stimmten dagegen.

Am deutlichsten für die Kollegen wurde der Verrat am Freitag Morgen. Heinz Scholz war vorsorglich gar nicht erschienen. Nachdem wir im "RUDER" das unheimlich komplizierte Ausrechnungswerk entschlüsselten und den Kollegen mitteilten, was so über den Daumen das Ergebnis tatsächlich ausmacht, wurde unter gellenden Pfiffen und Mißfallenskundgebungen die Annahme des Ergebnisses durch Kirchhof verlesen. Anschließend wurde jede Diskussion brutal unterdrückt. Die SDP-Leibgarde drängte die konsequenten Kollegen vom Mikrofon weg. Laute Musik ertönte aus den Lautsprechern. Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe forderten die Kollegen auf, an die Arbeit zu gehen. Nur widerwillig fügte sich ein Teil der Belegschaft. Auf der Wiese bildeten sich überall Diskussionsgruppen. Es herrschte eine gespannte Atmosphäre unter den Kollegen, sie waren empört über das Ergebnis und die Vorgehensweise einiger Sozialdemokraten, vor allem über Kirchhof und Co. Nach einer guten Stunde waren fast alle Kollegen im Betrieb. Durch diese sozialdemokratische Politik wurden die Vulkanarbeiter um die Früchte ihres einheitlich und geschlossen geführten Kampfes betrogen.

DIE AUSWIRKUNGEN DES STREIKS AUF DIE BELEGSCHAFT

Wer aber nun denken würde, daß sich breite Resignation innerhalb der Belegschaft ausbreitet, hat sich getäuscht! Zu klar hat die Belegschaft erkannt, daß das Ergebnis nicht ihrer Kampfkraft entspricht.

Die Vulkan-Arbeiter hatten gesehen, daß ihre Kampffront geschlossen gestanden hatte. Sie haben aber auch begriffen, wer die Schuld daran trägt, daß ihr Teilsieg nicht ein großartiger Triumph geworden ist. Ihre Wut auf die sozialdemokratischen Abwiegler um Kirchhof ist größer geworden. Wenn auch nur ein geringer Teil der Belegschaft durch dieses Beispiel erkannt hat, daß es sich hier nicht um einige "schlimme" Sozialdemokraten, sondern um eine generelle Linie der Klassenversöhnung handelt, so hat doch die Masse der Kollegen einen Schritt vorwärts getan.

Das zeigt sich an der solidarischen Kritik gegenüber den Vertrauensleuten, die bereit waren, auf den folgenden Branchenversammlungen ihre Fehler zuzugeben und darüber zu diskutieren, wie man sie in Zukunft vermeidet. Das zeigt aber auch die klare Absage an solche "Kollegen", die das Ergebnis immer noch als Erfolg verkaufen wollen, wie Kirchhof und Co.

Der Betriebszelle stellt sich jetzt die Aufgabe, die Erfahrungen der Vulkanarbeiter, die sie in diesem Streik gemacht haben, zu verarbeiten und die Kollegen, die sich in diesem Streik hervorgetan haben, für eine kommunistische Arbeit zu gewinnen.

Betriebszelle Bremer Vulkan.

KLÖCKNER BREMEN

Streik zerschlagen

Die Kollegen der Klöckner-Hütte Bremen streikten vom 25. bis zum 27. Juni 1973 für eine innerbetriebliche Zulage von 30 Pfennig. Schon seit einigen Wochen hatte es in der Belegschaft gegärt. Der Streik wurde durch einen rücksichtslosen Terror der Geschäftsleitung und durch die fehlende Organisierung des Streiks schließlich zerschlagen, ohne daß die Kollegen ihre Forderung durchsetzen konnten.

Im Mai dieses Jahres wurde das Investitionsprogramm abgeschlossen, das sich über eine Milliarde DM allein für die Hütte Bremen belief. Neue Anlagen wurden in Betrieb genommen, darunter eine Stranguß-Anlage, ein Hochofen, der der zweitgrößte der BRD ist mit einer Tagesproduktion von 7 000 Tonnen Roheisen, und eine Warmbreitbandstraße.

Die Inbetriebnahme dieser Anlagen fiel zusammen mit der Stahlkonjunktur und steigender Nachfrage auf dem Weltmarkt. Die Auftragsbücher sind so voll, daß es sich Klöckner sogar leisten konnte, seine Vorzugsrabatte für bestimmte Kunden zu streichen. Die Gewinnaussichten sind dementsprechend.

Ganz anders die Lage der Kollegen. Durch die Ausweitung der Produktionsanlagen wurde eine Reihe neuer Kollegen eingestellt, aber weniger als eigentlich notwendig sind, so daß das Werk unterbesetzt ist. Der Betrieb kann daher nur durch Überstunden aufrechterhalten werden. So betrug die Zahl der Überstunden im April 81 000! Das ist die bisherige Spitze. In vielen Teilen des Werkes ist praktisch die 60-Stunden-Woche wieder eingeführt. Es gibt nicht wenige Kollegen, die 80 Überstunden im Monat und mehr geleistet haben.

All das geht einher mit einer ungeheuren Arbeitsintensivierung. Die Produktion wird laufend gesteigert. Der Ruf der Geschäftsleitung: Tonnen! Tonnen! Tonnen! sitzt den Kollegen im Nacken.

Auf der Lohnseite schlägt sich das alles aber natürlich nicht nieder. Der 8,5 %-Abschluß ist längst von den Preissteigerungen aufgefressen. Nach der Tarifrunde wurde eine innerbetriebliche Zulage von 5 Pfennig und eine Prämie von bis zu 6 Pfennig ausgehandelt, wobei die Prämie von den Kollegen nicht nachgeprüft werden kann. Und keiner weiß, ob sie nun wirklich gezahlt wird. Dazu kommen 280 DM Übergangszahlung für den Manteltarifvertrag, der den Kollegen gemeinsam von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung als "Teuerungszulage" verkauft wurde. Kein Wunder, daß die Unruhe unter den Kollegen ständig gestiegen ist.

Die Vertrauensleute im Kaltwalzwerk erhoben deshalb von neuem die Forderung, die bereits zu Beginn des Jahres gestellt worden war, nach 60 Pfennig. In einer geheimen Abstimmung beschloß dagegen der Betriebsrat, eine Forderung von 30 Pfennig aufzustellen.

Am 19. 6. 1973 fanden bei Klöckner Betriebsversammlungen statt, die ganz im Zeichen der Lohnforderungen standen. Viele Kollegen aus dem Kaltwalzwerk trugen ihre 60-Pfennig-Forderung vor und erklärten, daß die 30 Pfennig des Betriebsrats viel zu niedrig seien. Sie bekamen viel Beifall. Die Vulkanarbeiter, die gerade im Streik standen, hatten den Kollegen eine Resolution übersandt, in der sie die Forderungen der Klöckner-Arbeiter unterstützten und den Streik als einziges Mittel zur Durchsetzung der Forderungen hervorhoben. Der DKP-Betriebsratsvorsitzende Röpke verhinderte jedoch eine Abstimmung über die Forderungshöhe, so daß keine gemeinsame einheitliche Forderung beschlossen werden konnte, die auch die Kampfkraft der Kollegen ausgedrückt hatte.



Streikposten vor dem Bremer Klöckner-Werk

Am 21. 6. teilte der Betriebsrat der Belegschaft mit, daß sich das Direktorium geweigert hätte, über die 30 Pfennig zu verhandeln. Daraufhin kam es im Kaltwalzwerk zu einem Teilstreik. Die Kollegen demonstrierten durchs Werk und riefen: 60 Pfennig! 60 Pfennig! Ein Teil der Kollegen streikte bis zum Beginn der Nachtschicht, um die neue Schicht vom Streik zu unterrichten. Am Freitag, dem 22. 6. wurde der neue Lohnrahmentarif bekannt, über den zweieinhalb Jahre verhandelt wurde. Er bringt Lohnerhöhungen von 2 bis 44 Pfennig. Die höchste Lohnerhöhung von 44 Pfennig erhalten nur ein paar Dutzend Kollegen der Lohngruppe 10. Zwei Drittel der Belegschaft von insgesamt 6 000 bekommen aber nur 3 Pfennig mehr in der Stunde! Die Empörung der Kollegen war einhellig. Am Samstag fanden Warnstreiks in allen Werken statt.

Am Montag, dem 25. 6., schmeißen um 11.30 Uhr die Kollegen des LD-Werkes die Brocken hin. Wieder rufen die Kollegen: 60 Pfennig! 60 Pfennig! Spontan werden Pappschilder mit der Forderung gemalt und mitgetragen. In der Spätschicht stellen die Arbeiter des Kaltwalzwerkes, des einen Warmwalzwerkes und des Hochofens die Arbeit ein. Gemeinsam ziehen sie vor das Direktoriumsgebäude. Das Direktorium, das sich zunächst taub stellte, fordert die Kollegen auf, eine Delegation zu wählen, mit der es verhandeln will. Das wird von den Kollegen aber abgelehnt, weil sie die Gefahr sehen, daß bestimmte Kollegen als "Rädelsführer" später entlassen werden könnten. Der Betriebsrat verhandelt. Ergebnis: Nichts! Stattdessen die üblichen Redewendungen wie: Die Dividenden werden seit Jahren aus der Substanz gezahlt; man könne kaum noch aus dem Keller gucken; schlechte Ertragslage.

Abends nach der Pause um 18.15 Uhr steht die ganze Hütte still!

Die Frühschicht führt am Dienstag den Streik weiter. Einige Kollegen besetzen den Rollgang im Warmwalzwerk II, um die Zufuhr von Brammen für die Warmbreitbandstraße zu stoppen.

Bereits jetzt zeigt sich, daß sich bisher noch keine Geschlossenheit der Aktion herstellen ließ. Viele Kollegen laufen vereinzelt im Werk herum oder gehen nach Hause, niemand hat einen genauen Überblick. Es hat bisher auch noch keine Streikversammlung stattgefunden, auf der bindende Beschlüsse gefaßt worden wären.

Um 12 Uhr findet eine Versammlung einiger Vertrauensleute statt. Auf ihr versucht die DKP, ihre 30 Pfennig-Forderung durchzusetzen, indem sie aus der Abstimmung einen Vertrauensbeweis für den Betriebsrat macht: Wer steht hinter dem Betriebsrat? Etwa 40 Vertrauensleute stimmen daher für 30 Pfennig, fünf dagegen.

Am Nachmittag distanziert sich die IG Metall vom Streik, erklärt sich aber bereit, wie beim Bremer Vulkan zu "vermitteln". Darüberhinaus fordert sie die Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Um 14 Uhr, beim Wechsel zur Spätschicht, werden die Werkstore von den Kollegen besetzt. Niemand wird mehr hereingelassen.

Die Geschäftsleitung beginnt indessen, ihren Gegenschlag vorzubereiten. Sie weigert sich strikt, überhaupt zu verhandeln. "Es ist nichts mehr drin!" lautet ihre Devise. Sie kündigt einem Mitglied der Vertrauenskörperleitung fristlos mit der Begründung, er habe zum Streik aufgewiegelt, die Treuepflicht gebrochen und einen Hausfriedensbruch im Kaltwalzwerk begangen. Der Betriebsrat lehnt die Kündigung ab.

Der Streik wird am Mittwoch Morgen weitergeführt. Am Vormittag treffen sich rund 200 Vertrauensleute, die sich noch einmal für eine 30-Pfennig-Forderung aussprechen. Damit ist es den fortschrittlichen Kollegen nicht gelungen, die weitergehende Forderung von 60 Pfennig durchzusetzen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer betonen immer wieder, daß der Vertrauensleutekörper den Streik nicht organisieren dürfe, weil sonst die IG Metall regresspflichtig gemacht werde. So kommt es, daß nach der einstimmig gefaßten Resolution, daß die Kündigung vom Vortage sofort zurückgenommen werden müsse, die Vertrauensleute sofort auseinander gehen, während manche Arbeiter bereits bis zu 40 Stunden in der Hitze Streikposten gestanden haben.

Immer deutlicher treten die Schwächen des Streiks zutage: die ungenügenden Streikposten — an jedem Tor stehen nur einige Kollegen herum statt, wie im September 1969, zu Hunderten; die fehlende Ablösung der Streikposten; das Verlassen auf die spontane Solidarität und die mangelnde Organisierung. Die Masse der Kollegen ist sich unklar über die Lage auf der Hütte. Sie wissen nicht, ob noch gestreikt wird, und wer noch streikt. Alle Versuche, noch am Donnerstag Morgen eine Streikversammlung zu organisieren, scheitern. Damit gibt es keine Möglichkeit mehr, den Streik zusammenzufassen.

Alles das bietet der Geschäftsleitung die Grundlage, ihre Taktik der Verwirrung und der Drohung erfolgreich anzuwenden. Sie schicken an die Kollegen Drohbriefe und geben Falschmeldungen über die Lage in der Hütte aus. Mittwoch Mittag erscheinen Weißhelme (Ingenieure) an den Toren und überrumpeln die übermüdeten Streikposten. Sie drohen mit fristloser Entlassung. Auf diese Weise gelingt es ihnen, etwa 80 bis 100 Mann ins Werk zu bringen. Zwei Abteilungen, die Flämmerei und die Beizerei, arbeiten wieder in der Spätschicht. Das Direktorium streut das Gerücht aus, daß bereits 75 % des Werkes wieder arbeiten. Sie verschickt einen weiteren Drohbrief, in dem sie die Kollegen auffordert, bis Samstag 6.00 Uhr morgens wieder zur Arbeit zu erscheinen, andernfalls würden sie fristlos entlassen.

Zur Nachtschicht wird diese Taktik ausgeweitet. Die ankommenden Busse mit den Klöckner-Arbeitern werden ins Werk gelotst. Vorne am Tor stehen leitende Angestellte und Weißhelme und winken die Busse ins Werk. Am Ende der Autoschlange fahren zwei Peterwagen, die über Lautsprecher immer wieder durchgeben: "Weiterfahren! Weiterfahren!" Die Mehrheit der Kollegen fährt ein. Zur Frühschicht am Donnerstag läuft die Produktion wieder normal an. Der Streik ist zerschlagen.

—M.Tilgner—

WEITERE LOHNSTREIKS IN BREMEN

Bei VFW Lemwerder führten die Kollegen am 25.5.73 einen einstündigen Warnstreik durch. Der Streik entstand, nachdem bekannt geworden war, daß die vom Gesamtbetriebsrat aufgestellte Forderung nach 5 %iger Teuerungszulage von der Geschäftsleitung abgelehnt worden war. Auf Streikversammlungen stellten die Kollegen ein Ultimatum an Geschäftsführung und Betriebsrat, bis zum 30.5. ein annehmbares Ergebnis vorzulegen. Das Ergebnis lautete: Erhöhung der Stundenlöhne um 15 Pfennig, Erhöhung des Weihnachtsgeldes von 30 auf 40 %, Zahlung des Bonus (225 DM) zu Beginn des Urlaubs statt wie bisher zu Weihnachten. Viele Kollegen hielten das Ergebnis für zu niedrig.

Bei **Nordmende** fand am 27.6.73 ein anderthalbstündiger Warnstreik statt. Ursache war die Ablehnung der Geschäftsleitung, über die Forderung nach 250 DM zusätzlichem Urlaubsgeld zu verhandeln. 50 bis 60 Kollegen sammelten sich nach einer Hitzepause und zogen durchs Werk. Nach kurzer Zeit standen 800 Kollegen im Streik. 2/3 der Produktion ruhte, nur Schwarzweiß produzierte weiter, weil es die Abteilungsleiter verstanden, die streikenden Kollegen fernzuhalten. Auf einer Streikversammlung wurde die Forderung von 250 DM wiederholt und eine sofortige Betriebsversammlung verlangt, die dann auch am nächsten Tag stattfand. Firmenchef Mende unterbreitete ein völlig lächerliches Angebot: 230 DM auf ein Konto, an das die Kollegen erst nach fünf Jahren rankommen sollten! Die Empörung der Kollegen drohte sich wieder zu einem Streik zuzuspitzen. Daraufhin wurde die Zahlung von 225 DM brutto in drei Raten zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat vereinbart.

Die Geschäftsleitung von **Engelhardt & Förster** zahlt "freiwillig" eine innerbetriebliche Zulage von 42-62 Pfennig, nachdem die Kollegen über einen Warnstreik diskutiert hatten.

„Opel schenkt uns nichts!"

OPEL BOCHUM: BERICHT VON EINER BETRIEBSVERSAMMLUNG

Die Belegschaftsversammlung begann in gewohnter Form. Tanzmusik von James Last, Begrüßung der Kollegen und Ehrung der Toten. Den zweiten und dritten Punkt der Tagesordnung stellten die Berichte des Betriebsrats und der wirtschaftliche Lagebericht der Firma dar. Ein Betriebsrat erläuterte hierbei die Bilanz der Firma. Seine Ausführungen waren jedoch so gehalten, daß der größte Teil davon für die Kollegen unverständlich und undurchsichtig blieb. Die wilden Umrechnungen, die Flut von Zahlen und die Fachbegriffe machten den Bericht vielleicht für Steuer– oder Finanzexperten verständlich, nicht jedoch für die Kollegen, für die er bestimmt sein sollte.

Dennoch erkannten die Kollegen an den in die Hunderte Millionen gehenden Gewinnbeträgen (Reingewinn 357 Millionen DM), Rücklagen (über 750 Millionen DM), Investitionen (über 320 Millionen DM) und an der Umsatzhöhe (6,5 Milliarden DM), daß das Jahr 1972 mehr als "gut" verlaufen war. Die Adam Opel AG liegt an der Spitze der westdeutschen Autoproduktion, vom Lohnniveau her jedoch nicht. Die Durchschnittslöhne liegen 15 Pfennig unter Mercedes und sogar 35 Pfennig unter denen von VW. Auch der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz liegt einige Prozent unter dem der Gesamtindustrie (19,5 %).

Diese Situation spiegelte sich auch in fast allen Beiträgen der Kollegen wieder. Der erste Kollege kommentierte die Bilanz folgendermaßen:

"... Seite 6 – Rekorde, Seite 7 – Rekorde, Seite 8 – Rekorde ... Lohnangleich an VW – Nein, 1 Tag bezahlter Sonderurlaub – Nein, Bezahlung der Pausen – Nein, Verbesserung der Luftverhältnisse – Nein, Einführung einer weiteren Bandpause von 10 Minuten – Nein ..."

Er beendete seine Rede mit dem Satz: "Für bessere Lebensbedingungen betteln wir nicht, dafür kämpfen wir."

Der nächste Kollege "gratulierte" den höheren und leitenden Angestellten für den ihnen gewährten bezahlten Sonderurlaub. Angesichts der dauernden Sonderschichten (jeden Samstag) hatte der Betriebsrat einen (!) Tag bezahlten Sonderurlaub gefordert, was von der Firmenleitung abgelehnt wurde. Stattdessen erhielten die Obermeister einen Tag bezahlten Sonderurlaub und die leitenden Angestellten sogar drei Tage. Daß angesichts der Überstundenschinderei und der unmenschlichen Arbeitsbedingungen gerade den Herren Urlaub gegeben wird, die sowieso in sauberen, klimatisierten und ruhigen Räumen sitzen, war eine offene Provokation der Kollegen.

Der Kollege stellte daraufhin erneut die Forderung nach einem Tag bezahlten Sonderurlaub für alle, was die Kollegen ebenso wie die Rede des ersten Kollegen mit starkem Applaus bedachten. Auch auf den "13. Monatslohn" ging der Kollege noch ein. In diesem Jahr werden zum ersten Mal 100 % des Lohns als Weihnachtsgeld gezahlt. Aber ... mit folgenden Einschränkungen: Nur die Kollegen, die mehr als 4 Jahre bei Opel beschäftigt sind, erhalten 100 %, die anderen erhalten abgestufte Festbeträge. Der Errechnung des jeweiligen Weihnachtsgeldes wird eine monatliche Stundenzahl von 173 1/3 Stunden zugrunde gelegt.

Dieser zweite Punkt löst bei den Kollegen heftigen Protest aus, da in diesem Jahr alle Kollegen mindestens 184 Pflichtstunden monatlich im Betrieb waren.

Verschiedene Kollegen wiesen also darauf hin, daß der 13. Monatslohn solange kein 13. Monatslohn sei, wie ihm nicht mindestens 184 Stunden zugrunde gelegt werden. Als einige Betriebsräte diese Betriebsvereinbarung trotzdem als Erfolg hinstellten und besonders die Erhöhung der Höchstgrenze auf 2 750 DM hochlobten, wurden sie von den Kollegen kräftig ausgebuht. Denn kaum ein Kollege erreichte bisher die alte Höchstgrenze und für die Kollegen ist diese Weihnachtsgelderhöhung eine Erhöhung von ca. 150 DM, wobei immer noch 100 DM bis 150 DM durch Unternehmerbetrug am 13. Monatseinkommen fehlen. Die Erhöhung der Höchstgrenze brachte hingegen der kleinen Gruppe von Meistern und Obermeistern eine Erhöhung von 800 DM ein, eine weitere Belobigung für ihre Erfolge bei der Steigerung der Arbeitshetze.

Einen weiteren Höhepunkt fand die Belegschaftsversammlung beim Thema der Luft- und Arbeitsverhältnisse. Gerade bei der großen Hitze der letzten Wochen wurde klar, welches Interesse die Firma an den Problemen der Kollegen hat. Temperaturen von über 40 Grad in den Hallen, ölgetränkte, stickige Luft verschlimmerte die Lage an den Bändern und Automaten noch. Die Vertrauensleute sprachen bei der Geschäftsleitung vor, da das Lüftungssystem, der "Miefquirl", keine Verbesserung brachte. Sie forderten alle zwei Stunden eine Extrapause von einer Viertelstunde und den Bau eines besseren Lüftungssystems, das die alte Luft absaugt und frische gekühlte oder im Winter erwärmte Luft wieder hineinbläst. Alle Forderungen wurden unter Berufung auf den Manteltarifvertrag (!) abgelehnt. Stattdessen boten die Kapitalisten den Kollegen die doppelte Menge Tee an.

Daß die Kollegen gruppenweise beim Sani erschienen und einige mit dem Krankenwagen nach Hause gebracht werden mußten, störte sie wenig. Der Unmut der Kollegen und ihre Wut zeigte sich auch hier auf der Belegschaftsversammlung, als ein Vertrauensmann meinte: "Eine Horde Rhesusaffen ist ja tropisches Klima gewöhnt, aber in dieser öligen Luft würden auch sie eingehen."

Wie reagierte die Geschäftsführung und der Betriebsrat auf die Forderungen der Kollegen? – Schweigen.

Auf dieser Belegschaftsversammlung wurde nicht über Streik und Kampfmaßnahmen diskutiert, aber trotzdem zeigt sich die Bereitschaft der Kollegen, für die Verbesserung ihrer Situation zu kämpfen. Die Kollegen erkannten die Unvereinbarkeit der Interessen der Unternehmer und deren Handlanger mit ihren Interessen.

Immer wieder hörte man: "Opel schenkt uns nichts." Und immer mehr Kollegen erkannten auch die Notwendigkeit eines starken, kämpferischen Betriebsrates, der offen vor die Kollegen tritt und sich keinen breiten Arsch ansitzt. Die Kollegen haben gelernt, nicht mehr alle mit sozialen Sprüchen verkleideten Maßnahmen zu glauben. Was ihnen fehlt, ist ein entschlossener Vertrauensleutekörper und ein starker Betriebsrat. Was ihnen fehlt, ist eine kommunistische Zelle, die mit ihrer Arbeit an den Erfahrungen der Kollegen ansetzt, die Ursachen und wahren Hintergründe für diese Mißstände erklärt und die Kampfbereitschaft der Kollegen zusammenfaßt und ihre Kämpfe anleitet.

–C.W.–
(Maschinenschlosser, 4 Jahre bei Opel)

STREIK BEI KRUPP

Am 15. 6. streikten bei Krupp Essen 1 000 Arbeiter für innerbetriebliche Lohnerhöhung von 70 DM. Diese Forderung wurde von den Kollegen in einzelnen Abteilungen aufgestellt und sollte durch den Betriebsrat mit den Krupp–Kapitalisten ausgehandelt werden. Da sich der Betriebsrat nicht zur Durchsetzung dieser Forderung einsetzte und die Krupp-Kapitalisten wagten, 30 DM anzubieten, versuchten die Kollegen, den Kampf gegen den Lohnraub zu führen, indem sie der Hinhaltetaktik der gewerkschaftlichen Interessenvertreter ihre Kampfmaßnahmen entgegensetzten.

Der Kampf begann bei Krupp-Widia. Hier legten 500 Kollegen die Arbeit nieder, malten Schilder mit Parolen gegen den verstärkten Lohnraub (verschärfte Arbeitshetze, gestiegene Preise und Mieten der Werkswohnungen, Hinweis auf die Profite der Krupp-Kapitalisten).

Von Widia aus zogen die Arbeiter zur KMS (Krupp'sche–Metallschmiede–Werke) und dann an der Lehrlingswerkstatt vorbei zur Hauptverwaltung. Der Zug der Streikenden wuchs auf 1 000 Mann an, auch Lehrlinge reihten sich ein. Vor der Hauptverwaltung ließen sich die Kollegen auf der Straße nieder, diskutierten über die Forderungen und weitere Kampfmaßnahmen. Dabei wurde für etwa 15 Minuten auch der Verkehr blockiert. Grüne Polizei versuchte, die Kollegen von der Straße zu schleifen und nahm auch einen Kollegen für einige Stunden fest. Die-Polizei machte auf die Streikenden keinen Eindruck, so daß Krupp den IGM-Bevollmächtigten Völker an die Front schickte, der den Kollegen einredete, die Kampfmaßnahmen seien doch gar nicht notwendig, der Vorstand habe doch bereits zugesagt, auf den direkt bevorstehenden drei Betriebsversammlungen zu den Lohnfragen Stellung zu nehmen. Die Kollegen ließen sich wieder ins Werk schicken.

Das Ergebnis war: Bei der Betriebsversammlung tauchte Vorstandsvorsitzender Mommsen selbst auf. Er redete über "stabilitätskonforme Vorschläge" und teilte mit, daß die Gewinne natürlich etwas gestiegen seien und Krupp grundsätzlich auch bereit sei, mehr als 30 DM zu zahlen. Jedoch sei dies einerseits gefährdend für die Gesamtstabilität, und zum andern könne Krupp nicht unabhängig von den Leitlinien der Regierung und den anderen Unternehmern die Löhne erhöhen. Erst müsse man Rücksprache nehmen. Konkrete Angebote wurden von den Krupp-Kapitalisten natürlich nicht gemacht. Allein betriebsinterne vermögenswirksame Leistungen wurden angeboten. Durch Pfiffe und Buhrufe nahmen die Kollegen zu diesem Angebot Stellung. Sie fordern weiter die sofortige Lohnerhöhung. Doch der Streik ist vorläufig zu Ende.

–R.W.–

FRANKFURT:

Klimsch: Teuerungszulage durchgesetzt.

Anfang Juni streikten die Kollegen in der Maschinenhalle bei Klimsch für eine Teuerungszulage. Sie verließen für kurze Zeit ihre Arbeitsplätze und setzten sich in die Kantine. Danach war die Geschäftsleitung mit einem Mal bereit, eine Lohnzulage zu zahlen. Die Klimsch-Kollegen erhalten:

- im Juli und August je 100,- DM
- im September, Oktober und November je 50,- DM
- im Dezember (wie schon in den letzten Jahren) einen 13. Monatslohn
- ab Januar 74 eine Zulage von 30,- DM im Monat, die allerdings auf den neuen Tarifvertrag angerechnet wird.

Bei Adler (Triumph) streikten am Freitag, den 15.Juni die Kollegen des Werks II und einzelne Abteilungen des Werks I für eine Teuerungszulage von 300,- DM.

Am Dienstag war dann in der Frankfurter Rundschau zu lesen, daß der Betriebsrat die Forderung nach einem Teuerungszuschlag in eine Treueprämie umgewandelt hatte. Dafür haben aber die Adler-Kollegen nicht gestreikt. Sie haben deshalb gestreikt, weil sie sich die Preistreiberei der Kapitalisten nicht länger gefallen lassen wollen und nicht deshalb, weil sie den Adler-Kapitalisten besonders "treu" waren.

Bei Honeywell in Dörnigheim bei Hanau demonstrierten am 5.Juni rund 1 000 Arbeiter und Angestellte für ihre Forderung nach 60 Pfennig Teuerungszulage. Die Verhandlungen des Betriebsrats mit der Geschäftsleitung waren vorher ergebnislos verlaufen. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, blockierten die Streikenden für 15 Minuten die Bundesstraße 8/40.

Bei Messer Griesheim legten am 8.6. im Werk Hanauer Landstraße rund 1 000 Kollegen für eine Stunde spontan die Arbeit nieder. Sie fordern eine übertarifliche Zulage.

BUDERUS'SCHE EISENWERKE WETZLAR

Durch den Streik der Frühschicht holten sich 2 Abteilungen der EISENWERKE eine Lohnerhöhung von 60 Pfennig pro Stunde. Dieser Streik war die richtige Antwort auf das provokatorische Angebot der Geschäftsleitung an die Former, die Lohnerhöhung mit einer Kürzung der Vorgabezeiten zu verbinden. Als beide Abteilungen die Arbeit niederlegten, gab die Geschäftsleitung sofort nach, um einer Streikbewegung in allen Abteilungen vorzubeugen. Aus demselben Grund hatte sie schon vorher der Höhereinstufung der Staplerfahrer zugestimmt, als diese ihre Forderung nach 7,50 DM Stundenlohn (das sind mindestens 70 Pfennig mehr) mit einem Boykott der Überstunden verbanden.

Felten und Guillaume

2 500 Kollegen legten am 29.Mai für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Sie forderten 70 Pfennig mehr für alle und zogen zum Direktionsgebäude.

REUTLINGEN:

Die IG-Metall rief am 20.Juni zu einer Kundgebung auf. Während der Arbeitszeit verließen ab 14.30 Uhr die Metaller die Betriebe, 7 000 waren auf der Kundgebung. Die Neueinstufungen nach dem neuen Tarifvertrag werden von den Unternehmern seit Monaten hinausgezögert. Aber nicht allein die Verzögerung der Neueinstufungen war der Grund für die große Teilnehmerzahl an der Kundgebung:

Insgesamt über 2 000 Kollegen traten Anfang Juni in Reutlingen und Umgebung für eine tariflich abgesicherte Teuerungszulage in den Streik. Schon vorher waren in der Reutlinger Firma Wafios 800 Kollegen in den Streik getreten.

ERFÜLLUNGSGEHILFE DKP

Zum Verhalten der DKP in den Streiks erklärte der DKP-Betriebsrat Jäger von Daimler-Benz Mannheim: "Aufgabe der Kommunisten ist es vor allem, in den Betrieben für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Beschlüsse zu sorgen." Das heißt, die DKP will Erfüllungsgehilfe der Vorstände sein, egal, welche Beschlüsse sie fassen.

Vor Ergebnis abgewürgt

STREIK BEI AEG–OLDENBURG

Am Dienstag, 19.6., wurden die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung über 70 DM und 13.Monatslohn von der Geschäftsleitung mit der Begründung abgebrochen: die Ertragslage sei nicht zufriedenstellend (!). Daraufhin traten die Kollegen am nächsten Tag in einen Warnstreik mit dem Erfolg, daß die Geschäftsleitung die Verhandlungen wieder aufnahm. Es wurde zugesagt, das Verhandlungsergebnis am Freitag bekanntzugeben. Entgegen der Ankündigung wurde am Freitag Morgen nichts bekanntgegeben. Daraufhin marschierten nach dem Frühstück zuerst cirka 1 000 Menschen nach vorn, obwohl dies einige Vertrauensleute mit Parolen wie "Nicht streiken, das schadet den Verhandlungen" verhindern wollten.

Als schließlich der Betriebsrat bekanntgab, daß die Geschäftsleitung zum Verhandlungsergebnis sprechen wollte, marschierte ein Teil der streikenden Kollegen noch einmal durch die Hallen und forderte die zurückgebliebenen zum Mitkommen auf. Dem schlossen sich die meisten an, obwohl die Geschäftsleitung zu spalten versuchte, indem sie denen, die am Band blieben, die Weiterbezahlung des Lohns versprach.

Auf der Streikversammlung erzählte der Vertreter der Geschäftsleitung, Lesch, daß in Oldenburg nichts entschieden werden könne, weil die AEG ein Konzern sei. Dann forderte er zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Doch die Belegschaft ließ sich nicht beirren. Sie blieb zusammen und streikte bis zur Betriebsversammlung am Nachmittag weiter.

Auf der Betriebsversammlung sprach zuerst der Betriebsratsvorsitzende Thiet über die Verhandlungen. Dabei kam heraus, daß er ohne Befragung der Belegschaft einen Kompromißvorschlag gemacht hatte (einmalige Zahlung von 70 Mark für Juni, um weitere Zeit zu Verhandlungen zu gewinnen, so seine Begründung), obwohl die Geschäftsleitung Verhandlungen ablehnte. Für die weiteren Verhandlungen schlug der Betriebsrat die Ebene der Konzernleitung und des Gesamtbetriebsrats vor. Er fand wenig Resonanz bei den Kollegen.

Der Ortsbevollmächtigte der IG Metall sprach gegen Streik und für Verhandlungen. Die Geschäftsleitung drohte mit der Gefahr für die Arbeitsplätze. Entscheiden könne außerdem nur der Konzern. Zwei Kollegen griffen diese provokatorischen Äußerungen an.

Nach der Betriebsversammlung war die Stimmung für Streik am Montag. Trotzdem stand die Streikfront nicht fest. Die Angestellten, die Lehrlinge und die gesamte zweite Schicht waren bisher nicht in den Streik einbezogen worden.

Übers Wochenende wurde von der Vertrauensleuteversammlung ein Streikplan aufgestellt. Ab Montag sollte bis einschließlich Donnerstag jeweils eine Stunde gestreikt werden. Falls bis dann noch nichts klar sei, war für Freitag Vollstreik geplant.

Dieser Plan wurde am Montagmorgen befolgt. Für eine Stunde gingen diesmal alle nach vorn.

Am Dienstag kam schließlich der Durchbruch. Entgegen dem Plan der Vertrauensleuteversammlung, für zwei Stunden zu streiken, traten die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Vollstreik. Die Forderung nach einem Vollstreik ging vom Werkzeugbau aus. Von dort marschierten die Kollegen nach dem Frühstück durch die Hallen und trugen selbstgefertigte Schilder mit Parolen wie "Einigkeit macht stark" und "Alle Räder stehen still, wenn die AEG nicht zahlen will!". Die Stimmung war sehr gut, und alle Kollegen und Kolleginnen folgten den Aufrufen und gingen mit nach vorn. Nachdem der Betriebsratsvorsitzende ein Schreiben der Geschäftsleitung vorgelesen hatte, indem stand, daß Verhandlungen erst am 14.Juli zwei Tage vor dem Betriebsurlaub stattfinden, sprach ein Kollege und sagte, was die Meinung der Belegschaft war: Jetzt reicht's, wir machen den Laden dicht! Weitere Kollegen sprachen, und allgemein herrschte die Meinung vor: Stunden zu streiken, das bringt nichts. Damit war der Plan der Vertrauensleuteversammlung über den Haufen geworfen. Die Vertrauensleutekörperleitung schlug nun vor, voll zu streiken. Aber alle sollten zuhause bleiben, bis sie von der Presse benachrichtigt würden. Dagegen kam der Vorschlag, Massenstreikposten zu stehen und während des Streiks zusammenzubleiben. Diese richtige Forderung wurde aber mit der Begründung abgewiegelt, daß der Streik nicht legal sei, und man deswegen nicht Streikposten stehen dürfe. Tut man es doch, müsse man mit Schadenersatzklagen des Konzerns rechnen. Damit konnte sich die VLK-Leitung durchsetzen.

Auch am Donnerstag streikten die Kolleginnen und Kollegen weiter.

Aber der Betriebsrat, der auf einen billigen Kompromiß aus war, hatte nun die Streikleitung voll in der Hand, nachdem alle Kollegen zu Hause waren. Zusammen mit dem Vertrauensleutekörper rief er für Freitag eine Betriebsversammlung in eine Gaststätte ein, von der allerdings nur 200 der 3 000 Kollegen rechtzeitig erfahren haben. Es ist klar, daß bei den 200 die guten Freunde des Betriebsrats die Überzahl hatten. Sie faßten einen Beschluß, daß am Montag wieder gearbeitet wurde, damit die weiteren Verhandlungen nicht gestört würden.

KARMANN / OSNABRÜCK

Streik im Werkzeugbau

Nachdem am 4. und 7. Mai 1973 die ausländischen Kollegen für fünf Wochen zusammenhängenden Urlaub gestreikt hatten, legten am Donnerstag, den 7.Juni 1973 ca. 850 Arbeiter im Werkzeugbau die Arbeit nieder.
Bereits am 23. und 24.April 1973 wurde im Werk Rheine für 1,- DM mehr je Schicht gestreikt. Während des Ausländerstreiks wurde erstmalig die Forderung nach 1,- DM je Stunde für alle gestellt. Zur Durchsetzung dieser Forderung weigerten sich die deutschen Kollegen zunächst, Überstunden, Samstags- und Sonntagsarbeit zu schieben. Sie machten aber sehr schnell die Erfahrung, daß diese Maßnahmen nichts vorwärts bringen.
Am 7.Juni beschlossen die Arbeiter im Werkzeugbau, nach der Frühstückspause um 9.15 Uhr einen halbstündigen Warnstreik. Der Streik überschritt jedoch schnell die halbe Stunde und wurde auch noch von der Spätschicht ab 14.00 Uhr fortgesetzt. Gegen 16.00 Uhr fand im Hof eine Diskussion mit den BR-Vorsitzenden Nardmann und Weber (2. Bevollmächtigter der IGM und Oberbürgermeister) statt. Nach kurzer Diskussion verläßt Weber die Kollegen und kehrt gegen 17.30 Uhr zurück. Er berichtet, daß Betriebsrat und Geschäftsleitung vereinbart haben, ab 1.7.73 die analytische Arbeitsplatzbewertung durchzuführen, und stellt das als Erfolg der Kollegen hin. Aber darüber hat der BR schon seit zwei Jahren verhandelt. Auch das Ergebnis ist alles andere als ein Erfolg. Arbeitsdirektor Bär gab das in einem Rundfunk-Interview auch selber zu, als er eingestand, daß die analytische Arbeitsplatzbewertung nur für "mehrere" Arbeitsplätze eine Erhöhung bedeutet. Und diese Erhöhung für wenige Kollegen wird auch höchstens 30 Pfennig betragen.
Am 8.Juni nimmt die Frühschicht die Arbeit nicht wieder auf. Noch zweimal bringen Delegierte der Arbeiter die Forderungen bei der Geschäftsleitung vor. Beim zweiten Mal wird ganz offen gedroht: Wer arbeiten will, kann an die Arbeit gehen – "wer nicht arbeitet, muß sofort den Betrieb verlassen oder mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch rechnen. Außerdem werden alle mit Kündigung bedroht, die die Arbeit nicht wieder aufnehmen.
Weder Vertrauensleute noch Betriebsräte haben gegen diese Drohungen Stellung genommen. Einige Vertrauensleute forderten sogar die Kollegen auf, an die Arbeit zu gehen. Daraufhin stimmten die Kollegen ab: Mit rund 50 Stimmen Mehrheit entschieden sie sich für die Wiederaufnahme der Arbeit. Ab 12.00 Uhr lief die Arbeit wieder. Die Spätschicht, der dieser Beschluß mitgeteilt wurde, schloß sich an.
Der Vertrauenskörper hat während des Streiks nichts offiziell von sich hören lassen und keinerlei Stellungnahme abgegeben. Nur einzelne Vertrauensleute unterstützten aktiv den Kampf.
Zudem ist es den Kollegen im Werkzeugbau nicht gelungen, die Arbeiter der anderen Abteilungen in den Streik einzubeziehen. Am Donnerstag nachmittag erschienen Arbeiter aus anderen Abteilungen im Werkzeugbau und boten an, mitzustreiken, wenn der Kampf im Werkzeugbau weitergeht. Die Kollegen verwiesen jedoch auf die zahlenmäßig stärkere Frühschicht, die am nächsten Morgen über die Fortsetzung des Streiks entscheiden sollte. Die Kollegen zogen daher unverrichteter Dinge wieder ab.
Der wesentliche Mangel in diesem Streik, in dem auch die Ursache für den Abbruch liegt, war die fehlende einheitliche Forderung. Die Kollegen führten lediglich eine Abstimmung darüber durch, ob gestreikt wird. Nicht aber einigten sie sich auf eine gemeinsame Forderung. So konnte es dazu kommen, daß drei Forderungen vertreten wurden: 1. Von einigen Kollegen wurde die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung verlangt, die ein paar Arbeitern etwa 30 Pfennig bringt. 2. Eine große Zahl forderte 1,- DM je Stunde. 3. Desweiteren wurde noch eine Forderung nach Einstufung in die nächsthöhere Lohngruppe vertreten (etwa 50 bis 70 Pfennig).
Als die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung offiziell bekannt gemacht wurde, brachen bereits eine Reihe von Arbeitern aus der Streikfront aus. Dazu kamen noch einige schwankende und unentschlossene Kollegen, denen durch die handfesten Drohungen der Geschäftsleitung der letzte Anstoß gegeben wurde, sich für den Abbruch des Streiks auszusprechen. Dies erklärt das Abstimmungsergebnis für die Wiederaufnahme der Arbeit.
Während des Streiks bildeten die Kollegen keine geschlossene Gruppe, sondern splitterten sich in kleine Grüppchen auf. Es wurde versäumt, Delegationen in andere Betriebsteile zu entsenden. Die Drohungen und Einschüchterungen der Geschäftsleitung hatten daher erheblich stärkere Wirkung als bei Bestehen einer geschlossenen Streikfront.
Der Fehler im Verhalten der Betriebszelle lag darin, nicht auf diese Dinge hingewiesen zu haben, und auch den Vertrauensleuten einen Weg zu zeigen. Stattdessen brachten wir am zweiten Streiktag einen "Bohrer" (Betriebszeitung) heraus, der nur allgemeine Sprüche enthielt und die Kollegen in keiner Weise konkrete Schritte aufzeigte. Anstatt den Kampf vorwärts zu treiben, liefen wir hinterher. Dies ist ein ganz erheblicher und wesentlicher Fehler, der umso schwerer wiegt, da wir betrieblich durchaus in der Lage gewesen wären, die richtigen Schritte aufzuzeigen. Wir haben daher allen Grund zu einer scharfen Selbstkritik.

Betriebszelle Karmann Osnabrück des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (gek.)

Bericht vom VW-Streik

Vom 10. April bis 16. April kämpften die Arbeiter und Angestellten aller sechs inländischen VW-Werke (Wolfsburg, Hannover, Kassel, Braunschweig, Emden, Salzgitter) gegen die Versuche der neuen Geschäftsleitung, die "Erfolgsprämie" zu kürzen. Diese ersten selbständigen Streiks aller VW-Werke mit einer Gesamtbelegschaft von ca. 110 000 wurden von der bürgerlichen Presse fast vollständig totgeschwiegen, und auch die kommunistische Presse hat bisher nur unvollständig berichtet.

Am 10. April hatten im Werk Kassel 4 000 Arbeiter für zwei Stunden gestreikt. Am 11. April waren es in Kassel noch einmal 7 000 Arbeiter. In Emden wird die Arbeit auf die Nachricht vom Streik in Kassel ebenfalls am 11. für zwei Stunden niedergelegt. In Hannover und Salzgitter kommt es am gleichen Tag zu Kurzstreiks in einzelnen Abteilungen.
Am 12. April greifen die 53 000 Kollegen vom Hauptwerk in Wolfsburg in den Kampf ein.

AUCH IM WERK MUSS DER FUNKE ÜBERSPRINGEN

Der Streik bricht gerade in der Abteilung aus, in der die Arbeitsbedingungen für eine Diskussion untereinander günstig sind und wo die Kollegen schon ein wenig Kampferfahrung aus spontanen Arbeitsniederlegungen während der Metalltarifrunde 1972/73 besitzen. In der Halle 17 versammeln sich die Dreher vor dem Betriebsratsbüro und erwarten nun, daß der Betriebsrat ihnen Anweisungen gibt. Sie wollen streiken, nur wissen sie noch nicht wie. Der Betriebsrat beschwichtigt die Kollegen und diese wissen auch schon nicht mehr, was sie tun sollen. Einige gehen an ihren Arbeitsplatz zurück, arbeiten aber nicht mehr.
In dieser Situation macht ein Kollege in der Halle 17 den entscheidenden Vorschlag, in die Kabelabteilung (Halle 18) zu gehen und die dort arbeitenden Kolleginnen abzuholen. Dieser Schritt ist der wichtigste Schritt, den die Kollegen am ersten Streiktag gemacht haben. Damit ist es zum ersten Mal gelungen, daß ein Streik einer Halle auf eine andere übertragen wurde. Der Boden, auf dem dieser Streik erwachsen konnte, war in jeder Halle gegeben, doch der Funke des Streiks springt nicht automatisch über, sondern Halle für Halle werden die zum Teil wartenden Kollegen abgeholt, bevor es dann geschlossen zum Verwaltungshochhaus geht.
Am nächsten Tag wiederholt sich in der Frühschicht dieser Vorgang. Nach zwei Stunden streikt wiederum das ganze Werk.
Trotz Drohung und Einschüchterung durch die Meister beteiligt sich auch ein Teil der Lehrlinge am Streik. In der Frühstückspause formierte sich ein Zug von einigen Hundert Lehrlingen. Dieser Demonstrationszug zog nun realtiv ziellos durchs Werk und sammelte die letzten vereinzelt noch arbeitenden Kollegen noch ein. Der Zug schwoll auf mehr als 1 000 Kollegen an. Doch die anderen streikenden Arbeiter hat er wegen der Größe und Unübersichtlichkeit des Werkes nie gefunden.
Viele Vertrauensleute haben den Kampf der VW-Arbeiter mit vorangetrieben. Sie wurden aber während des Streiks immer wieder zu Sitzungen zusammengerufen, von wo sie dann völlig umgekrempelt wiederkamen und den Kollegen erklärten, daß es jetzt nicht mehr notwendig sei, zu streiken usw. Ebenso gab die IG Metall öfter als sonst Flugblätter heraus, in denen aufgefordert wurde, Besonnenheit und Ruhe zu bewahren. Hier weigerten sich jedoch teilweise die Vertrauensleute, die Flugblätter überhaupt zu verteilen.
Um die Kampffront zu spalten, bediente sich die Geschäftsleitung der üblichen Tricks wie Entlassungsdrohungen.

- Bewußt werden Falschmeldungen ausgestreut, so wird berichtet, daß die italienischen Kollegen Autos und Mulis (!) umgestürzt hätten, Sitze zerschnitten hätten usw. Die Erfahrungen aus anderen selbständigen Streiks zeigen uns, daß hier ein entscheidender Hebel ist, um die Kampffront zu spalten.
- Um das Übergreifen des Streiks von Halle zu Halle zu verhindern, haben zum Beispiel Meister am Montag die Schalter der großen Rolltore der Halle 1 a unbrauchbar machen lassen, um zu verhindern, daß die aus der Halle 17 kommenden Arbeiter in die Halle 1 a gelangen.
- Haupthebel der Bourgeoisie zur Zerschlagung der Kampffront waren die Klassenversöhnler der Gewerkschaftsführung. Das politische Bewußtsein der meisten Kollegen ist noch stark von reformistischen Illusionen geprägt. Diese Illusionen kamen in vielen Gesprächen mit Kollegen zum Ausdruck, die der Überzeugung waren, daß nun erst mal verhandelt werden müßte. Sie waren der Meinung, daß die Verhandlungen nun ein Ergebnis in ihrem Interesse bringen würden.

Das Ergebnis war schließlich ein Kompromiss. Die Kürzung der Prämie wurde abgewehrt, aber ein voller 13. Monatslohn wurde erst für die nächsten Jahre versprochen.

WELCHE LEHREN KONNTEN WIR WEITER ZIEHEN?

Die Zelle hat versucht, mit "Zündkerzen"-extras die Einheit der Kampffront zu stützen. Während des Streiks liegt die wesentliche Arbeit bei den Kadern im Betrieb, die durch Diskussionen mit Kollegen oder auf kurzfristigen Versammlungen die Einheit mit herstellen müssen.

Hierbei ist uns in der ersten Begeisterung über den Streik mancher Fehler unterlaufen, zum Beispiel in der Frage der Falschmeldungen. Wir haben diese Gerüchte, die systematisch verbreitet wurden, gehört, aber nie auch nur daran gedacht, jemand könnte so etwas ernst nehmen. Für uns, die wir am Streik aktiv beteiligt waren, war einfach klar, daß diese Gerüchte nicht stimmten. Aber man darf die Gefahr dieser systematischen Gerüchtekocherei nicht unterschätzen, zumal die riesige Ausdehnung des Werksgeländes verhindert, daß alle Kollegen alles selbst sehen können.

Betriebszelle VW (gek.)

JOHN DEERE MANNHEIM:

Entlassungen bis auf zwei zurückgenommen

Nach der brutalen Zerschlagung des Streiks bei John Deere durch Schlägertrupps und Greifkommandos der John Deere–Kapitalisten wurden 12 Kollegen fristlos entlassen. Unter den Entlassenen waren 8 Vertrauensleute und ein Jugendvertreter. Inzwischen sind bis auf zwei ausländische Kollegen alle wieder im Betrieb. Über die restlichen zwei Kündigungen finden Arbeitsgerichtsverfahren statt. Die Rücknahme fast aller Kündigungen ist ein Erfolg der Solidaritätsbewegung in den Mannheimer Betrieben und des Drucks der Öffentlichkeit, die aufgrund der breiten Entlarvung der Terrormethoden der John Deere-Kapitalisten zustandekam. Aus vielen Betrieben gingen Solidaritätsresolutionen ein, die von uns organisierte Spendensammlung erbrachte fast 4 000 DM. Die Gewerkschaftsführung war aufgrund des Drucks gezwungen, sich für die Wiedereinstellung der Entlassenen einzusetzen.

Die entlassenen Vertrauensleute, deren Kündigungen zurückgenommen wurden, erhielten alle einen strengen Verweis mit der Androhung, bei der kleinsten Verletzung von Sicherheitsvorschriften, der Arbeitsordnungen oder wenn sie nicht "sinnvoll mit dem Unternehmen zusammenarbeiten" wieder rausgeschmissen zu werden. Die Streikzeit wurde nur wenigen Kollegen bezahlt, um die Kollegen untereinander zu spalten. Das Produktionstempo wird mit allen Mitteln heraufzuschrauben versucht – allerdings ohne viel Erfolg, denn die Kollegen lassen es sich nicht gefallen. Die Lehrlinge, die im Streik besonders geschlossen mitgekämpft haben, haben Lohnabzüge bekommen, gestaffelt danach, wie aktiv sie im Streik dabei waren, von 4 DM bis über 40 DM.

Es gelingt den John Deere–Kapitalisten aber trotz aller Bemühungen nicht, die Widerstandskraft so zu brechen, wie sie es wollen. In vielen Abteilungen gärt es immer noch. Und im ganzen Betrieb steht eines fest: Wenn es das nächste Mal knallt, dann wissen wir Bescheid, wie der Streik laufen muß. Wir haben eine Menge gelernt!

BERICHTERSTATTUNG DER LINKSOPPORTUNISTEN

Der Streik bei John Deere durfte in den Blättern der Sektierergruppen natürlich nicht fehlen.

Ungetrübt von irgendeiner Ahnung über den Streik bastelt sich zum Beispiel die Gruppe Rote Fahne (KPD) in ihrem Zentralorgan vom 6. Juni 1973 einen Streikbericht zusammen, den sie ausschließlich aus Informationen der Betriebsflugblätter der KG (NRF) für John Deere bezieht, und mit einigen reißerischen Phantasie-Stories garniert, zum Beispiel daß die Provokateure mit Waffen ausgerüstet gewesen seien, oder daß das Gerücht ausgestreut worden sei, ein Kollege sei nackt durchs Werk gejagt worden. Von der Gewerkschaft behauptet die Rote Fahne, sie hätte sich zu Anfang an die Spitze des Streiks gesetzt, obwohl der Streik von Anfang an von der Gewerkschaftsführung sabotiert wurde. Aber die Unkenntnis über die wirklichen Vorgänge hindert die Rote Fahne nicht, eine aufgeblasene Kritik am John Deere Kollektiv zu führen. Laut Rote Fahne hat sich das Kollektiv gegenüber Gewerkschaft und Betriebsrat opportunistisch verhalten, weil es nicht für die Wahl einer "revolutionären Streikführung" gesorgt hat. Hätten sich die Zeitungsschreiber nur ein wenig informiert, hätten sie erfahren, daß es in der Tat eine Streikführung gab. Allerdings keine, die großspurig als "revolutionäre Streikführung" ausgerufen worden wäre, sondern eine, die sich zu Beginn des Streiks herausgebildet hat, den Streik organisierte und von den Kollegen als Streikführung anerkannt wurde. Daß es unter bestimmten Bedingungen notwendig sein kann, eine Streikführung nicht offiziell zu wählen, geht den Schematikern von der Roten Fahne nicht in den Kopf. Sie kennen offensichtlich nur eine Taktik, unabhängig von den Bedingungen: voll Rohr – wenn's sein muß ins offene Messer der Bourgeoisie.

Noch dicker bringt es der Rote Morgen. Da stimmt aber wirklich fast kein Satz. Das fängt damit an, daß die Zahl der vom Werkschutz abgeführten Kollegen gleich verdoppelt wird. Dann wird behauptet, daß die Ausländer bei John Deere die tarifliche Überstundenzulage nicht bezahlt bekämen, was ebenfalls nicht stimmt. Die John Deere–Kapitalisten arbeiten mit anderen Auspreßmethoden. Das Ergebnis der Solidaritätssammlung wird schließlich von knapp 4 000 auf 12 000 DM hochgejubelt. Eine Übertreibung nach der anderen – getreu ihrer Devise: Der größte Schreihals muß auch der beste Revolutionär sein.

Aber vom Streik selbst hat der Rote Morgen keinen trüben Dunst. Laut Roter Morgen soll der Streik im Motorbau und Maschinenbau losgegangen sein. Es gibt aber weder einen Motorbau noch Maschinenbau bei John Deere. Es wird von der drohenden Produktionslahmlegung im holländischen John Deere–Zweigwerk geredet – aber in ganz Holland gibt es kein einziges Zweigwerk von John Deere. Dann heißt es, die Gewerkschaft habe zusammen mit der Werksleitung die Versammlung einberufen, die den Auftakt und Sammelpunkt bildete für den Einsatz der Schlägertrupps. Das war allerdings die Geschäftsleitung allein. Der Gewerkschaft das mit unterzujubeln, damit sie besser "entlarvt" wird, solche Methoden entlarven leider eher den Roten Morgen. Kommunisten haben keinen Grund, etwas hinzuzulügen, denn die kapitalistischen Verhältnisse sind übel genug und brauchen nicht übertrieben zu werden, um den Massen die Notwendigkeit der Revolution klar zu machen. Außerdem ist es gerade die schärfste Waffe der Kommunisten gegenüber den Demagogien der Bourgeoisie, die Wahrheit an den Tag zu bringen.

Daß der Rote Morgen dann schließlich, noch die Geschichte erfindet, daß einige türkische Kollegen beim Streik einen Spitzel zusammengeschlagen hätten, kann nicht mehr verwundern. Solche Aktionen gefallen dem Roten Morgen so gut, daß er sie einfach erfindet. Die Krönung des ganzen sind dann die Kritik und die Ratschläge des Roten Morgen für den nächsten Streik. Zum Beispiel: Streikposten aufstellen und Streikkasse bilden. Großartige Vorschläge! Streikposten aufzustellen, wenn man im Betrieb den Streik organisiert und gerade dafür kämpfen muß, daß die Kollegen nicht aus dem Betrieb raus nach Hause gehen! Oder im Streik eine Streikkasse zu bilden, wo doch zu diesem Zeitpunkt sowieso keiner mehr was ausbezahlt bekommt!

Die Realität paßt einfach nichts ins Parteikonzept dieser Zaungäste bei den Kämpfen der Arbeiterklasse.

"Lärm, Bruder, Lärm, das ist die Losung vieler revolutionär gesinnter Leute, die vom Wirbel der Ereignisse mitgerissen werden und weder theoretische noch soziale Stützen haben." (W.I.Lenin)

–John Deere–Kollektiv–

„Wir meckern nicht-wir handeln!"

VOLKSBEWEGUNG GEGEN BOMBENABWURFPLATZ

Unter den überall aufbrechenden Kämpfen der Arbeiterklasse und vieler Teile des Volkes trägt die Bewegung gegen den Bombenabwurfplatz 'Nordhorn-Range' eigentümliche und besondere Züge:
Seit Jahren wehren sich im südlichen Emsland große Teile der gesamten Bevölkerung gegen den immer unerträglicher werdenden Lärmterror übender NATO-Düsenjäger. In den letzten Monaten und Wochen hat sich der Protest der Bevölkerung immer weiter verschärft. Auch die überregionale Presse berichtete von zehntausenden demonstrierender Menschen und spektakulären Aktionen, wie: großflächig blockiertem Verkehr, von der Bevölkerung besetzten militärischen Übungsplätzen und harten Auseinandersetzungen zwischen den vom Düsenlärm terrorisierten Einwohnern und Polizeiarmeen. Was sind die Hintergründe dieser breiten Bewegung? Welche Interessen und Fronten finden in diesen Kämpfen ihren Ausdruck?

Ausgangspunkt der Bewegung ist der kleine Ort Klausheide einige Kilometer östlich der Textilstadt Nordhorn. Unmittelbar am Rand dieser Siedlung, die vor allem von Arbeitern aus Nordhorn und einigen Bauern bewohnt wird, liegt 'Nordhorn-Range' – ein Bombenabwurfplatz der NATO, auf dem seit 25 Jahren Bombenwurf und Zielschiessen im Tiefflug trainiert wird. Bis Anfang der 60er Jahre flogen dort nur wenige Flugzeuge – fast ausschließlich Propellermaschinen. Da das Land billig war, bauten sich deshalb dort viele Arbeiter ein Haus. Rasch änderte sich aber die Situation: Mit der Umrüstung der NATO wurde 'Nordhorn-Range' Düsenjäger-Übungsplatz; immer mehr westeuropäische Luftwaffen benutzten das Gelände. Schließlich heulten von morgens acht bis abends fünf Uhr und häufig auch nachts bis nach Mitternacht unablässig Flugzeugstaffeln im Tiefstflug (30 m !) über das Gebiet, um Übungsbomben auf ein Zielfeld abzuwerfen.

Der infernalische Lärm der Bomber läßt die Fensterscheiben klirren, erstickt jedes Gespräch, behindert den Schulunterricht, macht jede Entspannung und ruhigen Schlaf unmöglich. Schwere nervöse Störungen bei Kindern, die sich vor Ohrenschmerz die Haare ausreissen, Kopfschmerz und totale Überreiztheit aller Menschen – nicht nur in Klausheide, sondern auch in den umliegenden Ortschaften und in Nordhorn – sind seit Jahren die Folge. Der Mangel an Nachtruhe gibt den Werktätigen keine Möglichkeit, ihre Arbeitskraft wiederherzustellen. Der ständige Lärm zerstört jede Kommunikation und zerrüttet das Familienleben.

Mitte 1971 reagierten die Klausheider erstmals massiv, nachdem verschiedene Eingaben an staatliche Stellen keine Wirkung gezeigt hatten: Sie gründeten eine "Notgemeinschaft 'Nordhorn-Range'", besetzten den Abwurfplatz und verbarrikadierten die Zufahrten zum Übungsgelände. Der einzige Erfolg war, daß der Flugbeginn auf neun Uhr morgens verlegt wurde, und das unverbindliche Versprechen, daß nach einem Ersatz- oder "Entlastungs"- Gelände gesucht würde. Der spontane Protest war damit zunächst beruhigt, die Menschen vertrauten auf die staatlichen Instanzen und die Versprechen der "Volksvertreter" in Landtag und Bundestag.

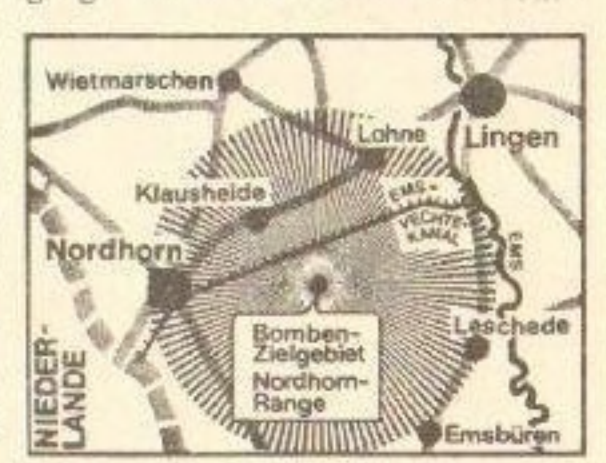
Die Suche nach einem "Entlastungsgebiet" erwies sich allerdings als schwierig. Der Plan, das Teufelsmoor bei Bremen zu nutzen, wurde auf den spontanen Protest der dortigen Bevölkerung hin fallengelassen. Also plante das Verteidigungsministerium im Geheimen und entschied, das Westermoor in Ostfriesland zum weiteren Abwurfplatz zu machen. Als der Plan durch Indiskretion im März 1973 offenbar wurde, als eine Zeitung veröffentlichte, welche Gebiete nun vom Düsenjägerlärm überzogen würden, brach ein Sturm des Protestes aus. Aus den Erfahrungen von Klausheide und am Teufelsmoor hatte die Bevölkerung gelernt, daß nur eine breite Kampffront aller Betroffenen diesen Plan würde vereiteln können. Wie die Pilze schossen Bürgerinitiativen hervor, die den Kampf aufnahmen. In ihnen vereinigten sich Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen, und Schüler, Beamte,Bürgermeister und Unternehmer gegen "den Staat": gegen die Verwaltungsspitze, die Bundesministerien und die Landesregierung.

Unter der gemeinsamen Parole "Gegen den Düsenjägerlärm" kämpften alle Schichten des Volkes mit der lokalen Bourgeoisie **in einer Kampffront vereint** für ihr Recht auf menschenwürdiges Leben, kämpften die Lokalpolitiker um ihr Ansehen als Volksvertreter, kämpften die Kaufleute um die Erhaltung des Fremdenverkehrs, die Unternehmer gegen die Abwanderung von Arbeitskräften und für den weiteren Ausbau der Industrie im Emsland, kämpften die Bauern gegen die Einschränkung ihrer "Unabhängigkeit" durch den Staatsapparat. Die spontane Bewegung der Bevölkerung riß die lokale Bourgeoisie und ihre lokal- und regionalpolitischen Agenten mit: Wer nicht offen gegen den Abwurfplatz Westermoor auftrat, war ein Gegner der Bevölkerung. Tiefes Mißtrauen brach gegen die gewählten "Volksvertreter" in den zentralen Organen des bürgerlichen Parlamentarismus, Landtag und Bundestag, auf. In einer großformatigen 'BEKANNTMACHUNG' liessen Ende Mai sechs Bürger in der Zeitung drucken:
"Als aufmerksame Staatsbürger haben wir die mangelnde Initiative der von uns mitgewählten Volksvertreter zu beklagen. Die Bürgerinitiative gegen den Bombenabwurfplatz besteht zum größten Teil aus steuerzahlenden, ernstzunehmenden Bürgern, die auch bei der nächsten Wahl wissen, wer die berechtigten Interessen der heimatverbundenen Bevölkerung wirklich vertritt. Der heutige Stand der Dinge läßt wohl den Schluß zu, daß wir sowohl dem zuständigen Bundestags– als auch Landtagsabgeordneten unser zutiefst empfundenes Mißtrauen aussprechen!" (General-Anzeiger, 26.5.73)

Statt auf die "ordnungsgemäßen" Wege parlamentarischer Demokratie zu vertrauen, verließen sich die Menschen auf ihre eigene Kraft: Ende Mai wurde der unbefristete Schulstreik in Papenburg ausgerufen, zahlreiche andere Schulen traten in befristete Streiks, Lehrer und Eltern unterstützten diese Streiks und die Besetzung des Regierungsgebäudes in Aurich durch angereiste Schüler. Am 30. Mai blockierten morgens 5 000 Jugendliche, nachmittags 6 000 Arbeiter und Angestellte der Fabriken und Werften die wesentlichen Kreuzungen in Papenburg; in den folgenden Tagen legten Bauern und Werktätige mit ihren Traktoren und Autos im ganzen Gebiet den Verkehr lahm. Blockaden der Straßenkreuzungen und langsamfahrende Traktorkolonnen sorgten eine Woche lang für den Zusammenbruch des Fernverkehrs.
Die Landesregierung unternahm alle Versuche, diese Aktionen zu diffamieren und abzuwiegeln. Schulleitern und Lehrern wurden Disziplinarmaßnahmen angedroht, die Aktionen der Bevölkerung zum "Rechtsbruch" erklärt und von "radikalen Elementen" gesprochen; ein "ordnungsgemäßes Anhörungsverfahren" wurde angekündigt und die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung des Planes in Aussicht gestellt: Die Bevölkerung antwortete mit "Wir meckern nicht, wir handeln!". Diese Entschlossenheit führte zum Sieg. Für den 6. Juni war eine Großkundgebung mit dem niedersächsischen Innenminister Lehners in Papenburg angekündigt: 30-40 000 Demonstranten wurden erwartet. Der Minister kam nicht, er fuhr am Vorabend nach Bonn und machte dort klar, daß ein Abwurfplatz Westermoor nicht durchzusetzen ist. Am Nachmittag des 6. Juni wird dieses Ergebnis bekanntgegeben: zwei Stunden später besetzen die Bewohner von Klausheide und anliegenden Ortschaften den Abwurfplatz 'Nordhorn-Range'.

Der Kampf der Klausheider Bevölkerung ist konzentriert auf das Ziel, die unerträgliche Lärmbelästigung um jeden Preis zu lindern. So gut sie aus eigener Erfahrung wissen, daß die Bevölkerung in Papenburg und am Westermoor einen gerechten Kampf gegen einen Abwurfplatz Westermoor führt, so sehr hängen die Klausenheider an dem Gedanken, daß 'Nordhorn-Range' entlastet werden muß. Der Erfolg der Bevölkerung am Westermoor wird zwar begrüßt, auf der anderen Seite zerstört er aber die Hoffnungen auf Minderung des Lärmterrors in Nordhorn. Die Kämpfe im Raum Klausheide/Nordhorn, die nun aufbrechen, gewinnen deshalb von vorneherein radikalere Züge, denn die Menschen fühlen, daß sie nun ganz auf sich gestellt sind. Gleichzeitig treten in der Kampffront die Widersprüche zwischen den verschiedenen Interessen der beteiligten Fraktionen deutlicher hervor.

Der Kampf gegen die Belästigungen durch 'Nordhorn-Range' wurde zunächst innerhalb der Formen geführt, welche der bürgerliche Staat bereit hält: Petitionen an Landtag und Bundestag, Erklärungen der Lokalpolitiker, Einwirken auf die Parteien waren seine ersten Mittel. Diese Formen hat der Kampf mittlerweile durchbrochen, indem die Bevölkerung zur Selbsthilfe griff, Demonstrationen durchführte, den Übungsplatz besetzte, Straßen blockierte, sich mit der Polizei schlug. Es bereitet sich darin die Erkenntnis vor, daß die parlamentarische Demokratie zur Durchsetzung der Volksinteressen nicht taugt. Treffend heißt es in der Erklärung einer anderen Bürgerinitiative in Nordhorn: "Angesichts des Funktionswandels der politischen Parteien, die nicht mehr den Willen der Bürger repräsentieren und vertreten, sondern in Verflechtung mit der Verwaltung erst dann reagieren, wenn sich der politische Wille der Bürger außerhalb der Parteien formuliert und organisiert, mißt die Bürgerinitiative ihrer und anderer gleichgearteten Bewegungen wachsende und entscheidende politische Bedeutung zu. In solchen Interessensgemeinschaften kann der Bürger konkret erfahren, was die Begriffe Demokratie und Politik bedeuten: Er lernt, seine eigenen Interessen und Bedürfnisse selbst in die Hand zu nehmen und Selbstbestimmung zu üben." (Grafschafter Nachrichten 16.6.73)



Lärmzone des Bombenzielgebietes

Sehr spontan erkannte die Bevölkerung von Klausheide und Umgebung diesen Zusammenhang. Hunderte besetzten das Abwurfgelände und verhinderten den Flugverkehr. Als über 1 000 Bereitschaftspolizisten sie vertrieben und mit Hubschraubern, Wasserwerfern und Tränengas den Zutritt zum Abwurfplatz sicherten, radikalisierte sich die Bevölkerung sofort: In der ganzen Region wurden Bäume gefällt und damit die Straßen blockiert. Wieder ruhte der Fernverkehr tagelang.


Arbeiter, Schüler, Hausfrauen, Rentner blockieren eine Straße bei Nordhorn

DIE ROLLE DER LOKALEN BOURGEOIS

Zum Teil wurden diese Aktionen noch von der "Notgemeinschaft" – als offizieller Interessenvertretung – initiiert und getragen, denn das Interesse an der Beseitigung des unerträglichen Lärms haben alle davon betroffenen Klassen und Gruppen gemeinsam. Je mehr jedoch die Bevölkerung zu selbständigen Aktionen schritt, desto deutlicher trat die Brüchigkeit des Bündnisses zutage, desto mehr ging die "Notgemeinschaft" dazu über, den Kampf abzuwiegeln, um ihn wieder auf "bürgerliche Geleise" zu schieben. Von einem Instrument im Kampf der **gesamten** Bevölkerung wurde diese Bürgerinitiative immer mehr Instrument der Bourgeois-Fraktion innerhalb der Kampffront. Vertreter dieser Fraktion – der Industrie Nordhorns – besetzen den Vorstand und bestimmen die offizielle Taktik der "Notgemeinschaft". Die Industriellen Nordhorns sind an der Beseitigung des Bombenabwurfplatzes sehr interessiert; nicht nur damit "gnädige Frau Direktor ruhig schlafen kann", sondern vor allem, weil der räumlichen Ausdehnung der Nordhorner Industrie scharfe Begrenzungen auferlegt sind: Der Möglichkeit, sich nach Westen in ein Waldgebiet auszudehnen, stemmt sich eine Bürgerinitiative entgegen, die den "Povelschen Tann" als Erholungsgebiet erhalten will. So bleibt als zukünftiger Standort nur das Land am Abwurfplatz und der Platz selbst. Da die Bodenpreise in der Umgebung Klausheides durch den Lärm sehr niedrig sind, haben Spekulanten in der Hoffnung auf die Beseitigung von 'Nordhorn-Range' und den Bau einer Autobahn bereits Land aufgekauft, das sie mit riesigem Profit losschlagen können, wenn das Übungsgelände abgeschafft wird.

So unterstützt die Lokalbourgeoisie einerseits alle, auch massive Aktionen gegen 'Nordhorn-Range' – der Verband der Textilindustrie Nordhorns spendete als einer der ersten mehrere 1 000 DM für die "Notgemeinschaft" –, andererseits versucht sie, das Engagement der Bevölkerung im Kampf nicht die Grenzen überschreiten zu lassen, die später die Interessen der Unternehmer selbst beeinträchtigen könnten. Deshalb verurteilt jetzt die "Notgemeinschaft" ebenso wie die Parteien (CDU,SPD und DKP) die "Ausschreitungen" der Bevölkerung und orientiert gänzlich auf weitere Verhandlungen. Mit einer am 23.6. durchgeführten Kundgebung soll der Kampf abgebrochen werden.

BÜRGERINITIATIVEN UND PROLETARISCHER KLASSENKAMPF

Der Kampf der Bevölkerung von Klausheide und Umgebung gegen den Bombenabwurfplatz 'Nordhorn-Range' hat inzwischen die mannigfachsten Deutungen erfahren. Die "Rote Fahne" und der "Rote Morgen" zeigen sich vor allem fasziniert von den militanten Kampfformen, die von der Bevölkerung gewählt wurden. Und in der Tat ist es eine wichtige Erscheinung, wenn Bewohner einer Region bereit sind, ihre unmittelbaren Interessen gegen die Staatsgewalt mit allen Mitteln durchzusetzen. Daß die Bewohner von Klausheide und Umgebung **heute** dazu bereit sind, ist ohne Frage ein Zeichen des erwachenden Widerstandsgeistes und der wachsenden Kampfbereitschaft in der westdeutschen Bevölkerung insgesamt.

Mit dem Hinweis auf die militanten Formen ist aber über die klassenmäßige Bedeutung dieses besonderen Kampfes noch nichts gesagt. Die muß jedoch untersucht werden, wenn etwas über die Perspektive dieses Kampfes gesagt werden soll. Der "Rote Morgen" erklärt den "heftigen Kampf der Nordhorner und Klausheider" kurzerhand zum "Kampf gegen den Militarismus" – weil er sich gegen einen Bombenabwurfplatz richtet. Das ist etwa von derselben Logik, als wenn jemand daherkäme und z. B. den Kampf einer Bürgerinitiative für die Verlegung eines Schlachthofes als Sieg des vegetarischen Gedankens hinstellte. Natürlich bereiten die Aktionen der Klausheider objektiv dem westdeutschen Militarismus Schwierigkeiten, aber das liegt subjektiv gar nicht in der Absicht der Klausheider. Ihr Kampf richtet sich gegen die mörderische Lärmbelästigung und an diesem Kampf hat die **gesamte** Bevölkerung – einschließlich der lokalen Bourgeoisie – ein Interesse. Weil es sich hier objektiv um das Sonderproblem einer bestimmten Region handelt, darum kann sich in Hinblick auf

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

dieses Sonderproblem eine gewisse Gemeinsamkeit im Kampf gegen die staatliche Zentralgewalt sogar mit der örtlichen Bourgeoisie herstellen. Die Scheidung in einander feindlich gegenüberstehenden Klassen ist hier nicht - wie im Streik etwa - eine Voraussetzung des Kampfes. Sie muß vielmehr sein Ergebnis sein. Denn die bürgerlichen Lokalpolitiker und die am Ort ansässige Bourgeoisie können den Kampf gegen die zerstörerischen Eingriffe des Staates in die Region nicht konsequent führen: Die bürgerlichen Lokalpolitiker würden sich damit die Karriereaussichten in ihren Parteien verderben. Für die örtlichen Unternehmer ist der Staat bei aller Wut über eine seiner Maßnahmen doch nach wie vor ihr geschäftsführender Ausschuß, demgegenüber man wohl opponieren nicht aber rebellieren darf. Und ihre Opposition gegen die staatliche Maßnahme wird sich schließlich damit zufrieden geben, einen Ausgleich für Konkurrenznachteile zu erhalten, die durch den Bombenabwurfplatz entstanden sind.

Kompromißlos zum Kampf gezwungen sind demgegenüber alle diejenigen, die weder einfach den Ort verlassen können, noch sich in ihrer Freizeit in ruhige Ferienhäuser zurückziehen können: die Arbeiter und Angestellten, die kleinen Ladenbesitzer und die Bauern, – zumal dann, wenn sie durch ein eigenes Häuschen an den Ort gebunden sind.



Der Kampf, den vor allem diese Bevölkerungsgruppen gegen den Bombenabwurfplatz und die unerträgliche Lärmbelästigung führen, ist nicht unmittelbar ein Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes. Vielmehr treten in diesem Kampf, dessen unmittelbare Perspektive nicht weiter reicht als bis zur Beseitigung des Lärms, die Eigenschaften der verschiedenen Klassen erst deutlich zutage.

Der Kampf der Klausheider hat diese Verlaufsform gemeinsam mit all den zahlreichen Bürgerinitiativen, die sich im Zusammenhang von Stadtsanierungen, Schulproblemen, Umweltfragen usw. entwickeln. Aufgenommen werden diese Kämpfe jeweils von den betroffenen Bewohnern – häufig zunächst unter Führung von Geschäftsleuten, kleinen Unternehmern, Beamten. Erst im Verlauf der Auseinandersetzung selbst machen die hineingezogenen Arbeiter und Angestellten ihre Erfahrungen mit den Bourgeois und mit dem bürgerlichen Staat, gegen den sich ihre Aktionen richten.

Die Kommunisten unterstützen diese Kämpfe. Sie versuchen sie so zu führen, daß in ihnen die Klassenerkenntnis des Proletariats über die Notwendigkeit des unerbittlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie wächst. Das ist nur möglich, wenn mit aller Entschiedenheit für eine möglichst günstige Lösung des unmittelbaren Problems gekämpft wird, an dem der Widerstand der Bevölkerung sich entzündet hat. Nur in diesem Kampf kann sich die Trennung vollziehen zwischen Arbeitern und beteiligten Bourgeois. Der entschiedene Kampf für das jeweilige Nahziel hat indes nicht nur die Bedeutung, daß in ihm die Eigenschaften der verschiedenen Klassen erfahrbar werden. Vielmehr verbessert auch die tatsächliche Lösung des anstehenden Problems die Bedingungen für den Klassenkampf. Im Fall Klausheide liegt das auf der Hand: Solange dort der unerträgliche Lärm die Bewohner terrorisiert, wird jeder spontane Widerstand immer wieder die Arbeiter und Angestellten in die Front der "heimatverbundenen" Klausheider" gegen die staatliche Zentralgewalt treiben. Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird überlagert von einem überaus dringlichen, aber nur regionalen, besonderen Problem.

Dieser Umstand wird in allen Volkskämpfen, die sich nicht unmittelbar aus dem wirtschaftlichen Kampf zwischen Kapitalist und Arbeiter ergeben, mehr oder weniger stark vorhanden sein. Die meisten von ihnen werden sich an Sonderproblemen entzünden, an Ungerechtigkeiten für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Und an ihrem Anfang wird die Klassenscheidung noch nicht vollzogen sein. Diese Kämpfe unter der Führung des Proletariats zu vereinen und gegen die Staatsgewalt zu führen, das ist eine wesentliche Aufgabe des demokratischen Kampfes, dessen Kern in der Gegenüberstellung von Volk und bürgerlichem Staat besteht.

G.P.,D.V.

Kommunistischer Bund Westdeutschland gegründet

BERICHT ÜBER DIE GRÜNDUNGSKONFERENZ DES KBW

Die Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland fand zwischen dem 8.6. und dem 12.6. in Bremen statt. Auf ihr waren der Bund Kommunistischer Arbeiter Freiburg mit 4, der Kommunistische Bund Bremen mit 14, der Kommunistische Bund Göttingen mit 4, der Kommunistische Bund Osnabrück mit 2, der Kommunistische Bund Wolfsburg mit 2 und die Kommunistische Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg mit 8 stimmberechtigten Delegierten vertreten. Ohne Stimmrecht waren anwesend die Mitglieder der Programmkommission. Aus weiteren 18 örtlichen bzw. regionalen kommunistischen Organisationen waren über 30 Gastdelegierte anwesend, die volles Rede- und Antragsrecht, aber kein Stimmrecht hatten. Auf der Konferenz wurden das Programm und das Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland beraten und beschlossen, sowie zwei wichtige taktische Resolutionen zur allgemeinen Lage und zur Arbeit in den Gewerkschaften verabschiedet. Die Gründungskonferenz war durch örtliche Delegiertenversammlungen vorbereitet worden,auf denen die Programmdiskussion in den einzelnen Organisationen zusammengefaßt worden war. Aufgrund der Ergebnisse dieser örtlichen Delegiertenkonferenzen hatte die Programmkommission einen weiteren Programmentwurf erarbeitet, der sich im wesentlichen jedoch auf den ursprünglichen Entwurf in NRF 1-2/73 stützte. Dieser neue Entwurf lag der Gründungskonferenz vor. In einer dreitägigen Diskussion wurde er Abschnitt für Abschnitt diskutiert, verändert und abgestimmt, bevor nach einer weiteren Lesung der Entwurf im ganzen verabschiedet wurde. Obwohl die Auseinandersetzung sehr lebhaft war, zeigten sich in der Programmdiskussion außer in der Westberlin-Frage keine prinzipiellen Differenzen zwischen oder in den verschiedenen Delegationen. Das jetzige Programm ist gegenüber dem ursprünglichen Entwurf gestrafft worden.

Der Abschnitt über die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und die zunehmende Polarisierung der Klassen wurde verändert und der Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital klarer herausgestellt. Statt die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise zu beschreiben, wird das Wesentliche festgehalten: die kapitalistische Produktionsweise beruht auf der Warenproduktion.

Die Abschnitte über den Imperialismus wurden neu gegliedert und der Abschnitt über den bürgerlichen Staat wurde erweitert und verbessert, indem der Klassencharakter des bürgerlichen Staates jetzt deutlicher herausgearbeitet und seine Bedeutung für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Produktionsweise besser beschrieben ist.

In den einleitenden Abschnitt über die Aufgaben der Kommunisten in Westdeutschland wurde ein Zusatz aufgenommen, daß diese Aufgaben stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt bestimmt werden müssen. In dem Abschnitt über die Expansionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus wurde der Kampf gegen jede sozialchauvinistische und sozialimperialistische Einflußnahme der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse als besondere Aufgabe der Kommunisten in Westdeutschland hervorgehoben.

In der Auseinandersetzung um den Absatz zur nationalen Frage zeigten sich zwei verschiedene Auffassungen zur Behandlung der Westberlin-Frage. Während der Westberliner Gastdelegierte und Mitglieder der Bremer Delegation sowie ein Teil der Gastdelegierten die Auffassung vertraten, daß die Aufgaben der Kommunisten in Westberlin die gleichen sind wie die Aufgaben der Kommunisten in Westdeutschland, waren die Göttinger und andere Delegierte der Auffassung, daß sich für die Kommunisten in Westberlin besondere Aufgaben stellen, die sich aus dem verschiedenen Charakter der Revolution in Westdeutschland und Westberlin ergeben. Letztlich ging es bei dieser Auseinandersetzung darum, ob in Westdeutschland und Westberlin eine einheitliche kommunistische Organisation arbeiten soll, oder ob es notwendig ist, in Westberlin eine eigene kommunistische Organisation aufzubauen. Die Gründungskonferenz hat diese Frage nicht entschieden. Sie soll der nächsten Delegiertenkonferenz erneut vorgelegt werden. Programmatisch festgelegt wurde jedoch unser prinzipielles Herangehen an die Frage der nationalen Einheit: Das Proletariat in Westdeutschland kann diese Frage erst auf die Tagesordnung setzen, wenn es die politische Macht erobert hat. Es gibt in Westdeutschland keine nationalrevolutionäre Etappe vor der proletarischen Revolution.

Gründlich diskutiert wurden sowohl die einzelnen demokratischen Forderungen wie auch die Forderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Massen. In der Diskussion der demokratischen Forderungen wurde noch einmal deren prinzipieller Charakter herausgearbeitet. Es handelt sich bei ihnen weder im Übergangsforderungen noch um Forderungen eines Minimalprogramms für eine demokratische Zwischenetappe der proletarischen Revolution. Vielmehr handelt es sich um Forderungen, unter denen das Proletariat den revolutionären Kampf entfaltet bis zu dem Punkt, an dem der revolutionäre Massensturm die Herrschaft der Bourgeoisie umstürzt und das Proletariat die politische Macht ergreift, um seine soziale Revolution durchzuführen.

Zu den einzelnen Forderungen lagen viele Änderungsvorschläge vor, die teilweise berücksichtigt wurden. Eine wichtige Änderung wurde in der Forderung nach dem 7-Stundentag und nach Verbot der Überstundenarbeit vorgenommen. Die Forderung nach vollem Lohnausgleich wurde nicht aufgenommen, weil diese nicht gesetzlich geregelt werden kann, sondern eine Frage des täglichen Lohn- und des Tarifkampfes ist. Generell wurde es abgelehnt, Forderungen aufzunehmen, die nur im Lohnkampf selbst verwirklicht werden können, wie die Forderung nach einem Mindestlohn, nach Abschaffung der unteren Lohngruppen oder nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

Mit der einstimmigen Verabschiedung des Programms hat sich der Kommunistische Bund Westdeutschland die wichtigste Voraussetzung geschaffen für ein einheitliches Eingreifen seiner Ortsgruppen und Zellen in alle Fragen des Klassenkampfes, für die systematische Heranbildung neuer Kader und für die Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung auf dem Weg zur Neugründung der Kommunistischen Partei.

Die zweite wichtige Voraussetzung für ein einheitliches Handeln in einer Organisation, das Statut, wurde am dritten Tag der Konferenz behandelt und am nächsten Morgen verabschiedet. Der Konferenz lagen zwei in ihrem Charakter klar unterschiedene Entwürfe vor: ein Entwurf der Freiburger Delegation, der zahlreiche erläuternde und inhaltliche Passagen enthielt und sich am Statut der Kommunistischen Partei Chinas ausrichtete und ein Entwurf von W.Mayer u.a., der sich auf formale Festlegungen beschränkte. Nach kurzer Begründung der beiden Entwürfe entschied die Konferenz, den zweiten Entwurf zur Grundlage der Diskussion zu machen. Die Freiburger Delegation hatte ihren Entwurf damit begründet, daß das Statut auch ein Mittel der Agitation und nach aussen gerichtet sein müsse. Demgegenüber vertrat die Mehrheit die Auffassung, daß ein Statut ausschließlich und in möglichst präziser Form die Kriterien der Mitgliedschaft, die Einheiten der Organisation und die Entscheidungsebenen festlegen und ein Hebel zur Herstellung der Aktionseinheit in der Organisation sein müsse. Nach intensiver Diskussion der einzelnen Absätze des Statuts, das den formalen Rahmen für die Entfaltung des demokratischen Zentralismus festlegt, wurde das Statut bei zwei Gegenstimmen aus der Freiburger Delegation verabschiedet. Die beiden Genossen, die gegen das Statut gestimmt hatten, stellten sofort in Anschluß an die Abstimmung fest, daß sie selbstverständlich das Statut anerkennen. Mit Verabschiedung von Programm und Statut war der Kommunistische Bund Westdeutschland gegründet. Die weiteren Auseinandersetzungen auf der Gründungskonferenz wurden also bereits geführt als innerorganisatorische Auseinandersetzungen um taktische Fragen, über die auf Grundlage von Programm und Statut entschieden werden mußte, um die allgemeine Linie der Organisation für die gegenwärtig entscheidenden politischen Fragen zu konkretisieren. Der Konferenz lagen zu drei Komplexen verschiedene Resolutionsentwürfe vor: zur allgemeinen Lage und zu den Aufgaben der Kommunisten, zur Arbeit in den Gewerkschaften und zur Politik der Aktionseinheit wie auch weitere Resolutionsvorschläge zu anderen Fragen, die am Ende der Konferenz dem neugewählten Zentralen Komitee als Material überwiesen wurden.

Die Auseinandersetzung um die Resolution zur allgemeinen Lage und zu den Aufgaben der Kommunisten war nicht in der gleichen sorgfältigen Weise durch die Diskussion zwischen den Kommuniqueorganisationen vorbereitet wie die Auseinandersetzung um Programm und Statut und um die Resolution zur Arbeit in den Gewerkschaften. Die Diskussion in den Organisationen war an Hand eines Resolutionsentwurfes von Hannes Dopstadt geführt worden, der auf der Konferenz jedoch nicht mehr als Resolutionsantrag eingebracht wurde. Stattdessen lag der Konferenz ein Entwurf zu "Leitsätzen" vor, der auf den Thesen zur Taktik der Kommunisten fusste, die Willfried Mayer und Erik Kühl verfasst und in der letzten Nummer der Wahrheit veröffentlicht hatten. Als Gegenentwurf lag ein neuer Resolutionsvorschlag von Hannes Dopstadt vor, der sich auf den politischen Bericht des ZA der KG (NRF) stützte (abgedruckt in NRF 3/73). Der Entwurf von Hannes Dopstadt war den Delegierten erst mit Beginn der Konferenz zugeleitet worden. Diese Tatsache und die Länge des vorgelegten Entwurfs veranlaßte die Bremer Delegation am 3. Tag der Konferenz einen Antrag auf Vertagung der Diskussion der Resolutionen zu stellen, die Konferenz nach Verabschiedung von Programm und Statut für 14 Tage zu unterbrechen, und dann mit der Behandlung der Resolutionen fortzusetzen. Dieser Vorschlag wurde durch die Mehrheit der Delegierten jedoch abgelehnt. Stattdessen wurde beschlossen, die Verhandlungen dieses Tages schon am Nachmittag zu beenden, um die Debatte zu den Resolutionsvorschlägen in den einzelnen Delegationen besser vorzubereiten. Außerdem wurde beschlossen, die Konferenz um einen Tag zu verlängern.

Die Debatte über die allgemeine Lage und die Aufgaben der Kommunisten wurde zunächst darum geführt, welcher der beiden vorliegenden Entwürfe der Detaildiskussion und der Beschlußfassung zugrunde gelegt werden sollte. In dieser Debatte wurde die entscheidende politische Auseinandersetzung der Konferenz geführt, in der vor allem von Seiten der späteren Mehrheit sehr viele Redner das Wort ergriffen und gegen die "Leitsätze" von W.Mayer Stellung nahmen. Der Nachteil dieser Auseinandersetzung war, daß jene Genossen, die die "Leitsätze" zur Grundlage der Einzeldiskussion machen wollten, den Resolutionsentwurf von Hannes Dopstadt nur formal angriffen als "zu lang", "zu unkonkret", "zu allgemein" usw. und die politischen Angriffe auf die "Leitsätze" kaum zu widerlegen versuchten. Der Kern dieser politischen Angriffe bestand in dem Vorwurf, daß die "Leitsätze" ökonomistische Fehler enthielten. So hieß es in den "Leitsätzen", die gegenwärtige Klassenlage sei **gekennzeichnet** durch die Angriffe auf den Reallohn, die Kommunisten müssten sich an den bewußt gewordenen Interessen breiter Arbeitermassen **orientieren**, und sollten sich jeweils für solche fortschrittliche Forderungen einsetzen, die heute schon Aussicht auf eine Mehrheit in den Belegschaften und gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen haben. Nach Meinung der überwiegenden Anzahl der Delegierten müssen sich die Kommunisten aber an den objektiven Interessen und dem Endziel der Arbeiterklasse orientieren, dürfen sich nicht auf den Kampf für die bewußtgewordenen Interessen beschränken und können sich auch nicht nur für solche Forderungen einsetzen, die schon Mehrheiten erhalten. Sie müssen sich dafür einsetzen, daß die objektiven Interessen bewußt werden, und so Mehrheiten für die richtigen Forderungen gewinnen.

Gemäß den "Leitsätzen" sollten die Betriebszeitungen **unmittelbarer Ausdruck der Bewegung im Betrieb sein,**

die Kader sollten als Propagandisten ausgebildet werden, wobei aber der Begriff des Propagandisten in Gegensatz gestellt wurde zum Begriff des Organisatoren, der rein technisch bestimmt wurde. Der völligen Vernachlässigung der Aufgabe, schon jetzt Massenkämpfe zu organisieren, und der Einschränkung der Agitation auf ökonomische Inhalte, entsprach eine Auffassung der politischen Zeitung als reinem Propagandaorgan. Demgegenüber vertrat die spätere Mehrheit die Auffassung, daß sich die Zeitung auf die gegenwärtigen Kämpfe ausrichten müssen und auch wenn sie vorläufig nur eine geringe Zahl der fortgeschrittensten Arbeiter erreicht, anleitend in die Kämpfe eingreifen müsse. Die Propaganda selbst müsse sich auf die praktischen Kämpfe beziehen und dürfe nicht als losgelöste Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus verstanden werden.

Ein weiterer Punkt der Kritik an den "Leitsätzen" war die Kennzeichnung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation als Situation einer "strategischen Defensive", was nach Auffassung der Thesen "nichts anderes" bedeutet, "als daß in der aktuellen Gesamtsituation des Klassenkampfes in Westdeutschland die Kräfte der Revolution noch weitaus schwächer sind, als die der Konterrevolution" (Beilage zur Wahrheit Nr.5/6 1973,S.1). Dies ist aber keine brauchbare Bestimmung der Aufgaben der Kommunisten, um die es sich bei der Frage von Offensive und Defensive ja handelt. Um festzustellen, ob die Kommunisten in die Offensive gehen können oder die Defensive organisieren müssen, muß sowohl von den bestehenden Kräfteverhältnissen als auch von der Entwicklungstendenz dieser Kräfteverhältnisse ausgegangen werden. Außerdem muß das, was als Gesamtsituation untersucht wird, sowohl räumlich als auch zeitlich genau eingegrenzt und bestimmt werden, wenn nicht ganz falsche Schlußfolgerungen gezogen werden sollen. Untersuchen wir die Gesamtsituation in unserer Epoche und in der Welt, dann haben sich seit der Oktoberrevolution die Kräfteverhältnisse zugunsten der Revolution gewandelt. Untersuchen wir die Situation in der gegenwärtigen Zeitspanne der Epoche des Imperialismus in der Welt, dann haben sich die Kräfteverhältnisse weiterhin zugunsten der Revolution entwickelt. Wenn wir nun innerhalb dieses Rahmens das Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik Deutschland untersuchen, dann stellen wir fest, daß die Kräfte der Revolution heute nicht nur objektiv den Kräften der Konterrevolution weit überlegen sind, sondern wir stellen auch fest, daß sich auf der Ebene der subjektiven Wechselbeziehungen zwischen den Klassen die Kräfteverhältnisse zugunsten der Revolution verändern. Nach einer ganzen Serie von Niederlagen des Proletariats in Westdeutschland und nach einem jahrzehntelangen Abschwung der Arbeiterbewegung nach der erfolgreichen Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie in Westdeutschland ist heute eindeutig ein Aufschwung der Arbeiterbewegung festzustellen, der sich in den nächsten Jahren aufgrund der objektiven Entwicklung der Widersprüche verstärken wird. Wenn wir nun fragen, was müssen die Kommunisten in dieser Situation tun, müssen sie die erreichten Positionen verteidigen, müssen sie den Rückzug organisieren, weil die Revolution eine schwere Niederlage erlitten hat, oder müssen sie nicht vielmehr neue Positionen erringen, den Vormarsch organisieren und einen neuen Generalangriff auf die Herrschaft der Bourgeoisie im gegenwärtigen Aufschwung der Arbeiterbewegung vorbereiten, dann ist zweifellos letzteres der Fall. Wenn dies aber der Fall ist, dann ist es falsch, zu sagen, daß sich die Kräfte der Revolution gegenwärtig in der strategischen Defensive befinden.

Wenn einfach gesagt wird: die Kräfte der Revolution sind noch schwächer als die der Konterrevolution, **deshalb** befinden sich die Kräfte der Revolution an allen Fronten in der strategischen Defensive, dann kann nicht mehr gesagt werden, wie sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Kräfte der Revolution verändern soll. Denn das Kräfteverhältnis kann sich nur verändern, wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Avantgarde nach vorn geht. Dafür aber sind die Bedingungen inzwischen herangereift, auch wenn noch keinerlei revolutionäre Situation besteht. Natürlich können die Kräfte der Revolution noch nicht militärisch in die Offensive gehen, ja sie können gegenwärtig nicht einmal eine militärische Front errichten, weil dies nur in der Situation der Doppelherrschaft möglich ist, aber daraus zu schliessen, daß die Kräfte der Revolution an allen Fronten, der wirtschaftlichen, der politischen und der ideologischen Front in der strategischen Defensive sind, ist falsch. Dies jedenfalls war die Meinung der Mehrheit der Delegierten auf der Gründungskonferenz. Die Tragweite dieser Differenz konnte auf der Gründungskonferenz noch nicht völlig geklärt werden, weil sie sich auf der Grundlage einer gleichen Einschätzung der Klassenkampfsituation als einer Situation des Aufschwungs der Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger relativer Schwäche der Kommunisten entwickelte. In der weiteren Auseinandersetzung vor allem in der theoretischen Zeitschrift des KBW "Kommunismus und Klassenkampf" muß hier theoretische Klarheit und eine einheitliche Auffassung erarbeitet werden.

Die falschen Positionen in den "Leitsätzen" sind aus einer falschen Kritik an sektiererischen und linksopportunistische Postionen entstanden. Der **Vernachlässigung** der Alltagskämpfe wurde die **Orientierung** an den Alltagskämpfen gegenübergestellt, an die Stelle der oft nur verbalradikalen Agitation sollte eine Agitation treten, die unmittelbarer Ausdruck der Arbeiterbewegung ist, an die Stelle der stinklangweiligen "Kampfblätter" der sektiererischen und linksopportunistischen Organisationen sollte ein Propagandaorgan treten, das nicht auf die Massenkämpfe, sondern auf ein falsch verstandenes Bildungsbedürfnis der fortgeschrittensten Arbeiter ausgerichtet sein sollte. Dies waren im Verständnis der späteren Mehrheit der Delegierten die gravierendsten Fehler der "Leitsätze". Außerdem vernachlässigten die "Leitsätze" die Entwicklung der internationalen Widersprüche und beschränkten sich im wesentlichen darauf, allen möglichen linken Fehlern einen Riegel vorschieben zu wollen, ohne die korrekte marxistisch-leninistische Linie für die gegenwärtige Klassenkampfsituation zu entwickeln. Nach mehrstündiger Diskussion, in die auch die Gastdelegierten eingegriffen hatten, nahmen die jeweiligen Antragsteller noch einmal in einem Schlußwort Stellung. In der folgenden Abstimmung stimmten 21 Delegierte für den Resolutionsvorschlag von Hannes Dopstadt als Grundlage der weiteren Diskussion und 13 Delegierte für den Entwurf von W. Maier. Unmittelbar nach der Abstimmung wurde eine Kommission bestimmt, die den Entwurf von H. Dopstadt redaktionell für die Schlußbehandlung überarbeiten sollte.

Nach dieser Klärung ging die Konferenz zur Diskussion der Arbeit in den Gewerkschaften über. Hier lagen drei Resolutionsentwürfe vor: ein Entwurf des Genossen Benno Enker, ein Entwurf von Erik Kühl und ein Entwurf von Joscha Schmierer. Die Resolutionsentwürfe unterschieden sich weniger in ihren prinzipiellen Festlegungen als in der Anlage.

Einheit bestand darin, daß der Kampf um die bestehenden Gewerkschaften geführt werden muß, und daß keine neuen Gewerkschaften angestrebt werden sollen, sowie darin, daß die Entfaltung des wirtschaftlichen Kampfes unerläßliche Grundlage der Entfaltung des Klassenkampfes ist.

Während sich die Entwürfe von B.E. und E.K. auf die Festlegung von Prinzipien beschränkten, wandte der Entwurf von J.S. diese Prinzipien auf die entscheidenden Fragen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Kampfes und der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung an und kam so zu konkreten taktischen Festlegungen. Nach einer kurzen Begründung dieses Entwurfs durch J.S. zogen sowohl B.E. als auch E.K. ihre Entwürfe zurück, so daß die Konferenz sehr schnell zur Behandlung der einzelnen Abschnitte des Entwurfs von J.S. übergehen konnte. Bei der Behandlung der einzelnen Abschnitte kam es zu zwei entscheidenden Auseinandersetzungen. Bei Punkt zwei der Resolution stellte W. Maier einen Zusatzantrag, der folgenden Wortlaut hatte:

"Der ökonomische Kampf des Proletariats ist immer Kampf um einen bestmöglichen Kompromiß zwischen Arbeiter und Kapitalist zugunsten der Arbeiter. Es geht darum, daß die weitestgehende Forderung, die von der Mehrheit der Arbeiter unterstützt wird, im Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt wird."

In einer längeren Diskussion, in der zahlreiche Genossen das Wort ergriffen, wurden schwerwiegende Einwände gegen diesen Zusatzantrag erhoben. Es wurde gezeigt, daß in diesem Zusatzantrag ein falsches Verständnis des Lohnkampfes vorliegt, denn selbstverständlich stellt sich in jedem konkreten Lohnkampf die Frage von Sieg und Niederlage und setzt sich das Wertgesetz über solche Siege oder Niederlagen oder auch Kompromisse durch. Damit ist aber nicht gesagt, daß der Lohnkampf ständig ein Kampf für Kompromisse sei. Bezüglich der Forderungen wurde festgestellt, daß diese Frage jeweils konkret unter genauer Analyse der Kräfteverhältnisse entschieden werden muß und nicht durch eine prinzipielle Festlegung, unter der sich in Wirklichkeit nachher jeder denken kann, was er will. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß durch diesen Zusatzantrag die Politik des KBB während der letzten Tarifrunden gerechtfertigt werden sollte, durch die mechanisch die Taktik aus der Metalltarifrunde von 1971 auf sämtliche Tarifrunden des Jahres 1973 übertragen worden war. In der Abstimmung über den Zusatzantrag stimmte die große Mehrheit der Delegierten gegen seine Aufnahme in die Resolution. Auch mehrere Delegierte der Bremer Delegation stimmten mit der Mehrheit.

Eine andere wichtige Auseinandersetzung gab es über die Frage der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften. Gegen die Einrichtung von Fraktionen wurden im wesentlichen zwei Einwände erhoben. Einige Genossen meinten, die Fraktionen müßten sich notwendig gegenüber der Organisation verselbständigen. Außerdem, so wurde gesagt, erleichtere der Aufbau von Fraktionen in der Gewerkschaft die Ausschlußtaktik der SPD-Gewerkschaftsführer. Die übergroße Mehrheit der Delegierten war jedoch der Auffassung, daß der Aufbau von kommunistischen Fraktionen der wichtigste organisatorische Hebel ist für eine einheitliche kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften, und daß demgegenüber die Tatsache, daß die SPD-Gewerkschaftsführer die Arbeit der kommunistischen Fraktionen zum Anlaß für weitere antikommunistische Hetze nehmen werden, keine entscheidende Bedeutung haben kann. Ausdrücklich festgehalten wurde in der Resolution, daß die Fraktionen keine selbständigen Einheiten der Organisation sind, und daß die Politik der Fraktionen durch die Organisation festgelegt wird.

Nach gründlicher Diskussion aller Absätze der Resolution wurde diese an einzelnen Stellen redaktionell überarbeitet und am letzten Tag der Konferenz in der Schlußabstimmung einstimmig verabschiedet.

Ebenfalls am Dienstag fand die Schlußbehandlung der Resolution zur allgemeinen Lage und zu den Aufgaben der Kommunisten statt. Die Resolution wurde noch einmal an einzelnen Punkten geändert und schließlich mit 21 gegen 12 bei 1 Enthaltung verabschiedet.

Nachdem diese inhaltlichen Fragen entschieden waren und auch die Namen des Zentralorgans und der theoretischen Zeitung festgelegt worden waren, stand als letzter Punkt die Wahl des Zentralen Komitees auf der Tagesordnung. Das ZK hat laut Statut 11 Mitglieder. Für das ZK kandidierten 13 Genossen. Nach gründlicher Personaldebatte wurde das Zentralkomitee gewählt. Sofort nach Schluß der Konferenz hielt das ZK seine erste Sitzung ab, auf der es seinen Ständigen Ausschuß und seinen Sekretär wählte. Auf der zweiten Sitzung des ZK wurde beschlossen, die Namen der Mitglieder des Ständigen Ausschusses zu veröffentlichen.

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses sind

Hannes Dopstadt
Martin Fochler
Willfried Maier
Edmund Riethmüller
Joscha Schmierer

Eine der wichtigsten Aufgaben des ZK und seines Ständigen Ausschusses wird es sein, in den nächsten Wochen die ganze Organisation auf den beschlossenen Positionen zu vereinheitlichen und die befreundeten Organisationen, die sich im Kommunistischen Bund Westdeutschland auflösen wollen, in die Arbeit einzubeziehen und in Ortsgruppen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland umzuwandeln.

Ständiger Ausschuß des Zentralkomitees

SPENDENAUFRUF

Die erfolgreiche Arbeit des Kommunistischen Bunds Westdeutschland ist jetzt unter anderem davon abhängig, daß es schnell gelingt, Arbeitsmöglichkeiten für die Zentrale zu schaffen. Anmietung von Räumen, Unterhalt für die ständig in der Zentrale arbeitenden Genossen, die Herausgabe eines zunächst 14-täglich erscheinenden Zentralorgans und einer theoretischen Zeitung, der Ausbau von Verbindungen zu den verschiedenen Ortsgruppen in Westdeutschland und zu den befreundeten Organisationen – all dies verlangt Aufwendungen, die der Kommunistische Bund Westdeutschland aus den Mitgliedsbeiträgen der bisherigen Ortsgruppen kaum wird aufbringen können.

Wir fordern deshalb die mit uns befreundeten Organisationen, aber auch einzelne Genossen, die unsere Anschauungen teilen, auf, den KBW namentlich in den Anfangsmonaten seiner Arbeit durch Spenden zu unterstützen.

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Mannheim, den 16.Juni 1973

Konto KBW
Commerzbank Mannheim, Zweigstelle Neckarstadt 32 58 589 / 00

Gründungserklärung des KBW

Delegierte des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg, des Kommunistischen Bundes Bremen, Göttingen, Osnabrück und Wolfsburg sowie der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg haben mit Verabschiedung von Programm und Statut, der Beschlußfassung über die wichtigsten taktischen Fragen und der Wahl einer zentralen Leitung den **Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)** *gegründet. Der Gründungskonferenz war eine mehr als einjährige praktische Zusammenarbeit und eine intensive politisch-programmatische Auseinandersetzung vorangegangen, in der die Grundlagen der neuen Organisation geschaffen wurden.*

Anwesend waren auf der Konferenz als Gastdelegierte die Vertreter der folgenden Organisationen und Gruppen:

des Kommunistischen Bundes Braunschweig, der Kommunistischen Gruppen Eschwege, Frankfurt/Offenbach, Hamburg, des Kommunistischen Bundes/Aufbaukollektiv Hameln, der Proletarischen Linken Hamm, des Kommunistischen Bundes/Aufbaukollektiv Hannover, des Kommunistischen Bundes Hildesheim, der Roten Zellen Kiel, der Kommunistischen Gruppen Köln und Oldenburg (Aufbaugruppe), der Kommunistischen Fraktion Ruhrgebiet, des Arbeiter- und Jugendvereins Waiblingen, der Kommunistischen Gruppe Wetzlar, der Kommunistischen Gruppe Wiesbaden (Initiative), des Kommunistischen Bundes Wiesbaden (Aufbaugruppe), des Kommunistischen Bundes Wilhelmshaven, der Sozialistischen Arbeitgemeinschaft/Marxisten Leninisten Worms, sowie die Initiative zur Kommunistischen Gruppe Westberlin. Als ausländische Gäste waren anwesend Vertreter des Kommunistischen Bundes Luxemburg und des Kommunistischen Bundes Wien.

Der **Kommunistische Bund Westdeutschland** *sieht seine Aufgabe darin, die klassenbewußten Arbeiter und Revolutionäre aus anderen Teilen des Volkes zusammenzuschließen und so die Voraussetzungen für die Neugründung der Kommunistischen Partei in Westdeutschland zu schaffen. In den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes setzt er seine ganze Kraft daran, sie zu organisieren, über ihren Inhalt aufzuklären und zum Sieg über die Bourgeoisie und ihren Staat zu führen.*

Der **Kommunistische Bund Westdeutschland** *ist sich der Tatsache bewußt, daß er nur einen Teil der westdeutschen kommunistischen Bewegung umfaßt. Neben ihm gibt es weitere kommunistische Organisationen – solche mit lokalem, regionalem und gesamtstaatlichem Arbeitsbereich. Innerhalb dieser Bewegung verfolgt der* **Kommunistische Bund Westdeutschland** *das Ziel, das von ihm beschlossene Programm und die von ihm für richtig erkannte Linie durchzusetzen, um alle Kommunisten auf dieser Grundlage zur einheitlichen Partei zusammenzuschließen. Dabei steht dem* **Kommunistischen Bund Westdeutschland** *die auf klarer Grundlage hergestellte Einheit in der Kommunistischen Partei höher, als die Beibehaltung seines Organisationsrahmens. Er erklärt deshalb seine Bereitschaft, sich in die einheitliche Partei der westdeutschen Kommunisten aufzulösen, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen sind.*

Der **Kommunistische Bund Westdeutschland** *gibt ein Zentralorgan heraus, das den Namen "Kommunistische Volkszeitung" trägt, sowie eine theoretische Zeitschrift unter dem Namen "Kommunismus und Klassenkampf".*

Bremen, den 12. 6. 1973

ERGEBNISSE der GRÜNDUNGSKONFERENZ des KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND

INHALT

Gründungserklärung
Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Resolution: Die Entwicklung des Klassenkampfes und die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten
Leitsätze zur Arbeit in den Gewerkschaften

Preis: 2 DM.

Zu beziehen über alle politischen Buchhandlungen oder direkt über:

Ernst Ehlert
68 Mannheim
Obere Clignetstraße 25

Bei Einzelbestellungen Vorwegüberweisung von DM 2,30 auf Konto: Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 57 34 18

Fortsetzung von Seite 1
BRESCHNEW IN WASHINGTON

schen Lager ein sozialistisches Lager unter Führung der Sowjetunion entgegenstand. Die entscheidenden Änderungen im internationalen Kräfteverhältnis bestehen darin, daß die USA ihre unbestrittene Vorherrschaft über die kapitalistische Welt verloren haben, daß die Sowjetunion "die Farbe gewechselt" hat, und sich von einem Feind des Imperialismus in einen imperialistischen Konkurrenten verwandelt hat, sowie darin, daß der Kampf der unterdrückten Völker und der in Abhängigkeit gehaltenen Staaten gegen den Imperialismus ständig an Stärke gewinnt. Letzteres drückt sich auf diplomatischer Ebene darin aus, daß die Vereinigten Staaten in ihrer ureigensten Schöpfung, der UNO, heute Abstimmungsniederlagen erleiden müssen, Niederlagen, die ihnen zugefügt wurden von Ländern, die sie gewohnt waren, als ihre sichere Vasallen zu betrachten. Was noch in den 60er Jahren im Kongo möglich war: Der direkte Einsatz von UNO-Truppen für die Verfolgung imperialistischer Interessen der USA und ohne daß diese dabei selbst offen auftreten mußten, das ist heute in der UNO unmöglich. Die in neokolonialer Abhängigkeit gehaltenen Staaten in der Dritten Welt haben unter dem Druck sozialrevolutionärer Bewegungen ein starkes Streben nach Selbständigkeit entwickelt, das sich notwendig gegen den vorherrschenden US-Imperialismus richtet.

DIE KRISE DES US–IMPERIALISMUS

Am fühlbarsten wird für den amerikanischen Imperialismus die Verschlechterung seiner Lage am Schwinden seines ökonomischen Übergewichts. Besaßen die Vereinigten Staaten 1990 einen Anteil von 54,6 % an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt, so machte 1970 dieser Anteil nur noch 40,9 % aus (ohne die von der SU kontrollierten RWG–Länder). Damit ist der seit Anfang des 20. Jahrhunderts beständig vor sich gehende Aufstieg des US-Imperialismus erstmals gestoppt und die Tendenz hat sich umgekehrt. Zwar bleiben die USA nach wie vor absolut stärkste imperialistische Macht im Westen, aber ihr ökonomisches Gewicht ist eher der Zeit vor dem 1. Weltkrieg (35,6 % der Weltindustrieproduktion) als dem Höhepunkt nach dem 2. Weltkrieg vergleichbar.

Am deutlichsten wird der Rückgang der USA greifbar an der Tatsache, daß sie 1972 trotz aller Gegenmaßnahmen der amerikanischen Regierung eine negative Handelsbilanz von 6,4 Milliarden Dollar hinnehmen mußte. Es drückt sich darin aus, daß die amerikanische Industrie auf dem Weltmarkt an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt hat. Die gleichzeitig bestehende negative Zahlungsbilanz der USA bringt dagegen vor allem zum Ausdruck, daß die USA bis heute in der Lage waren, ihre imperialistische Politik in allen Teilen der Welt durch einfache Aufblähung des Geldumlaufs zu finanzieren. Sowohl die amerikanischen Investitionen in anderen Ländern wurden weitgehend mit diesen Dollars bezahlt als auch die Unterhaltskosten für amerikanische Truppen im Ausland und vor allem der Krieg in Vietnam. Dabei hat allerdings das Operieren mit ungedeckten Dollars inzwischen solche Ausmaße angenommen, daß darüber das gesamte auf dem Dollar aufgebaute westliche Währungssystem zusammengebrochen ist.

ZUSAMMENARBEIT UND KONKURRENZ ZWISCHEN DEN SUPERMÄCHTEN

Breschnews Besuch in den Vereinigten Staaten muß vor dem Hintergrund dieser Lage gesehen werden. Er ist dorthin gefahren als Vertreter einer jungen imperialistischen Macht, die es erreicht hat, daß die USA sie als gleichrangigen Partner und Konkurrenten beim Kampf um die Weltherrschaft anerkennen müssen. Insbesondere militärisch kann sich heute die Sowjetunion mit den USA messen. Breschnews Interesse ist gegenwärtig darauf gerichtet, mit den USA zu einer Übereinkunft über die Anerkennung des jeweiligen Besitzstandes zu kommen. Da eine Entscheidung zugunsten einer der beiden Mächten momentan nicht herbeigeführt werden kann, müssen sie miteinander koexistieren. Die beiden Supermächte tun das auf der Basis einer geteilten Weltherrschaft. Die Garantien, die sie sich vorübergehend geben, liegen auf dem Gebiet der strategischen Rüstungen und sind im SALT-Abkommen festgelegt worden. Die Anzahl der Trägerraketen für Atombomben wurde festgelegt ebenso wie die Anzahl der Raketenabwehrsysteme, die beide Seiten bauen wollen. In den gegenwärtig laufenden SALT II Gesprächen versucht vor allem die amerikanische Regierung eine Festlegung des Typs der Interkontinal-Raketen zu erreichen, um damit die waffentechnischen Vorteile der USA zu verteidigen. Die Verhandlungen zu diesem Thema sind ein Kernpunkt bei den Gesprächen zwischen Nixon und Breschnew und diese Verhandlungen sind naturgemäß äußerst schwierig, weil es für beide Seiten darum geht, möglichst günstige Startlöcher zu erwischen für den Überfall auf den Partner.

Gemeinsame Interessen haben beide Mächte, wo es darum geht, anderen Mächten gegenüber ihre Anerkennung als Supermächte durchzusetzen. Dementsprechend war das erste zwischen den USA und der SU ausgehandelte Abkommen in der "Entspannungsperiode" der Atomwaffensperrvertrag. Dieser Vertrag verbietet alle Atomwaffenversuche in der Erdatmosphäre. Er wurde ausgearbeitet, nachdem die USA und die SU ihre Versuchsserien abgeschlossen hatten und dann allen anderen Mächten zur Unterschrift vorgelegt – vor allem denen, die entweder überhaupt keine Atomwaffen besitzen oder erst dabei sind, welche zu entwickeln, die aber als mögliche Konkurrenten ausgeschaltet werden sollten. Der sowjetische Chefdelegierte bei den SALT Gesprächen ging dabei so weit, den Amerikanern am 10.7.1970 in aller Form vorzuschlagen, "eine gemeinsame Vergeltungsaktion gegen jede Macht zu unternehmen, welche sich einer provokatorischen Aktion oder eines Angriffs schuldig machen würde. Die Sowjets umschrieben den Begriff der Provokation nicht näher. Daß sie an China dachten und nicht an Frankreich und Großbritannien ging aus dem Zusammenhang klar hervor" (Neue Zürcher Zeitung vom 14.6.73; dort zitiert nach dem Buch von John Newhouse: "Cold Dawn: The Story of SALT", New York 1973).

Auch das neue von Breschnew und Nixon unterzeichnete "Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen" stellt nichts anderes dar als die vertragliche Bekundung des Weltherrschaftsanspruchs der beiden Supermächte. In bescheidenen Formulierungen erklären sich die beiden Supermächte verantwortlich für den Weltfrieden und verabreden Zusammenarbeit, wann immer ihnen dieser Friede gefährdet erscheint. Diese Zusammenarbeit gilt auch und vor allem, wenn ihnen der Friede durch "andere Staaten" gefährdet erscheint. Mit anderen Worten: die USA und die SU verabreden sich, die atomare Weltpolizei zu spielen und garantieren sich dabei Gleichberechtigung. Ein Abkommen zwischen Gewalttätern, um ihre Gewaltherrschaft gemeinsam zu verteidigen, darum handelt es sich bei dem Gipfelabkommen. Und es ist verständlich, wenn die jeweiligen Machthaber der Meinung sind, ihr Treffen sei "ein Akt von großer historischer Bedeutung".

Bei allen Bestrebungen, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten voranzutreiben, hört der Kampf zwischen ihnen keineswegs auf. Vielmehr ist 'Zusammenarbeit' die Form, welche der Kampf zwischen ihnen in der aktuellen Situation annimmt. So versucht etwa die Sowjetunion die Hilfe des US-Kapitals für ihre ökonomische Stärkung zu erlangen, zweifellos zu dem Zweck, nach Überwindung der niedrigen Arbeitsproduktivität in Rußland dem US–Imperialismus die entscheidende Auseinandersetzung liefern zu können. Und die USA lassen keine Gelegenheit verstreichen, um z. B. die Forderung nach Freizügigkeit, nach freiem Austausch der Ideen und Meinungen gegen die Sowjetunion zu kehren. Ihren materiellen Hintergrund haben diese Forderungen des US-Imperialismus nicht in dessen humanitären Neigungen, sondern darin, daß die Freiheit und Freizügigkeit des Kapitals in der Sowjetunion noch zahlreichen Beschränkungen unterliegt – vom staatlichen Außenhandelsmonopol bis zur Kontrolle ausländischer Kapitalanlagen. Der US-Imperialismus benutzt hier die Propagierung bürgerlicher Freiheiten als Waffe zur Unterhöhlung eines Staates bzw. eines Staatenblocks, in dem Herrschaft der Bourgeoisie existiert, ohne freie Konkurrenz der Kapitalisten und ohne daß es formelle Freiheiten für die Bürger gibt.
Die Gipfeldiplomatie zwischen den Supermächten hat aber nicht nur Auswirkungen auf deren unmittelbares Verhältnis zueinander. Vielmehr verschärft sie zugleich die Widersprüche im Lager der jeweiligen Bundesgenossen und Vasallen. Besonders die USA müssen auf diesen Umstand Rücksicht nehmen. Denn die Verbündeten der USA, die zugleich immer mehr zu ihren ökonomischen Rivalen heranwachsen, hegen mit Recht den Verdacht, daß auch über ihre Interessen bei den bilateralen Verhandlungen zwischen den Supermächten entschieden wird – und zwar ohne daß sie selbst ernsthaft dabei gehört würden. Das war der Fall beim Atomwaffensperrvertrag. Das SALT-Abkommen hat Auswirkungen auf die militärische Konzeption der USA und berührt damit die Bedeutung der NATO, der die westlichen Mächte allesamt angehören. Und die von Amerikanern und Russen vorbereitete europäische Sicherheitskonferenz betrifft unmittelbar die Gestaltung der europäischen Verhältnisse. Die USA sehen sich deshalb gezwungen, äußerst vorsichtig vorzugehen bei ihren Absprachen mit der Sowjetunion, um ihre Partner/Konkurrenten nicht vor den Kopf zu stoßen. Während der Washingtoner Gespräche zwischen Breschnew und Nixon wurde jede Bekanntgabe einer Übereinkunft zwischen beiden begleitet von Versicherungen amerikanischer Regierungssprecher, daß keine Abkommen abgeschlossen würden, welche "die Sicherheitsinteressen der USA von denen ihrer Alliierten abtrennen" würden (Weser-Kurier vom 22.6.73).


Die große Schau der Verbrüderung: Nixon versteht kein Wort russisch, Breschnew kein englisches Wort. Das zarte Verhältnis, das hier den Massen Friedfertigkeit vorgaukeln soll, beruht auf harten Geschäftsinteressen und dem Schacher mit den Lebensinteressen der Völker.

DIE WIDERSPRÜCHE ZWISCHEN DEN USA UND WESTEUROPA WACHSEN

Trotz des vorsichtigen Auftretens der USA mehren sich indes die Risse und Widersprüche im westlichen Lager, ein Vorgang, der sich in Osteuropa weniger deutlich beobachten läßt, weil die unmittelbare Unterordnung unter russische Botmäßigkeit diesen Ländern weniger Möglichkeiten läßt, selbständig aufzutreten.

Am offenbarsten entfaltet sich das Eigeninteresse der westeuropäischen Länder auf der ökonomischen Ebene. Der außenpolitische Jahresbericht der amerikanischen Regierung beklagt, daß "fundamentale Probleme die wirtschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft" belasteten und wirft den Europäern "Egoismus" und "wirtschaftlichen Regionalismus" vor. Zwei Punkte sind es besonders, die von den USA hervorgehoben werden: Zum einen die Abgeschlossenheit des europäischen Agrarmarktes durch hohe Schutzzölle, wodurch die Exportmöglichkeiten der amerikanischen Landwirtschaft beschnitten werden und zum anderen das System von Zollpräferenzen, das zwischen der Europäischen Gemeinschaft und fast allen anderen europäischen Ländern, vielen Ländern im Mittelmeerraum, in Afrika und jetzt sogar in Lateinamerika geschaffen worden ist. Durch dieses System gewähren die EG-Länder bestimmten Rohstoffen, Halbfabrikaten und landwirtschaftlichen Produkten aus weniger entwickelten Ländern Zollvorteile, um sich dafür selbst Erleichterungen bei den Einfuhrzöllen für Industrieprodukte herauszuhandeln. Für die amerikanischen Warenexporteure verschlechtern sich dadurch erheblich die Konkurrenzbedingungen. Die amerikanische Regierung wirft deshalb der Europäischen Gemeinschaft vor, sie entwickle sich "zu einem regionalautonomen Wirtschaftsblock, während sich die Vereinigten Staaten weiterhin der Integrität eines offenen internationalen System verpflichtet fühlten" (FAZ vom 4.5.73). Gleichzeitig hat die US-Regierung sich die gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen, den Zugang zum amerikanischen Markt durch eine gezielte Zollpolitik zu regulieren.

Es entwickeln sich in dieser Auseinandersetzung alle Voraussetzungen für einen handfesten Handelskrieg zwischen den USA und Westeuropa. Wenn beide Seiten heute noch zögern, ihn mit aller Schärfe zu eröffnen und die im Herbst anlaufenden Weltzollverhandlungen abwarten, um dort noch einmal einen Kompromiß auszuhandeln, so hat das seinen Grund hauptsächlich darin, daß die USA davon ausgehen, die westeuropäischen Länder zum Nachgeben zwingen zu können. Mit einem Außenhandelsanteil von 20 % am Sozialprodukt sind die EG-Länder viel empfindlicher gegenüber Störungen im internationalen Austausch als die USA, die über einen riesigen Binnenmarkt verfügen und deren Außenhandelsanteil nur 4 % beträgt.

WESTDEUTSCHE OSTPOLITIK IM KONZERT DER SUPERMÄCHTE

Aber auch politisch entwickelt sich die Selbständigkeit der europäischen Länder gegenüber den USA. Die Voraussetzungen dazu sind zu einem erheblichen Teil sogar durch die enge Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion geschaffen worden. Die Initiative der Sowjetunion, eine europäische Sicherheitskonferenz vorzuschlagen, an der neben den europäischen Mächten auch die USA teilnehmen soll, hat eine solche Wirkung ausgeübt. Von der Sowjetunion war dieser Vorschlag eingebracht worden in der Absicht, sich den eigenen Besitzstand garantieren zu lassen und unter der Garantie der USA alle europäischen Mächte zur formellen Anerkennung der gegebenen Grenz- und Machtverhältnisse zu veranlassen. Diese Absicht wird vor allem darin deutlich, daß die russischen Vorschläge sich ausdrücklich dagegen wandten, auf der europäischen Sicherheitskonferenz über die Reduzierung der Truppen oder wenigstens über den Abzug ausländischer Truppen aus allen europäischen Ländern zu verhandeln.

Die Vereinigten Staaten standen diesen russischen Absichten, in Europa zu einer Absteckung der Einflußbereiche zwischen den beiden Supermächten zu kommen, lange Zeit zögernd gegenüber. Vor allem deshalb, weil sie Rücksicht nehmen mußten auf ihren wichtigsten europäischen Bündnispartner, die Bundesrepublik Deutschland. Diese war Jahrzehnte hindurch Hauptgegner einer Anerkennung der nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Grenzen in Europa. Erst mit dem Abschluß der Ostverträge durch die BRD ist dieses Problem vorläufig aus der Welt geschafft worden: Die BRD hat zwar nicht die Nachkriegsgrenzen anerkannt, aber mit der Formel, daß sie keine gewaltsame Grenzänderung anstrebe, ist der gegenwärtig unrealistische Anspruch vorläufig zurückgestellt worden.
Die USA haben diese Brandt'sche Ostpolitik entschieden unterstützt. Ihnen eröffnete sich damit die Möglichkeit, zu einer Übereinkunft mit der Sowjetunion über die Aufteilung Europas zu kommen. Es ist kein Zufall, daß der Eröffnungstermin der europäischen Sicherheitskonferenz am 3. Juli in Helsinki nach der Ratifizierung des Grundvertrages mit der DDR und nach dem Aufnahmeantrag beider deutscher Staaten in die UNO liegt.
Aber die von beiden Supermächten entschieden unterstützte Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel hat zugleich den Bewegungsspielraum der imperialistischen Bundesrepublik erheblich erweitert. Im Ergebnis dieser Politik, in der Westdeutschland von den Supermächten zu einer Art Garantiemacht für den europäischen Frieden erhoben worden ist, steht Brandt da als "Sprecher für Europa" und ist als solcher auch dem amerikanischen Präsidenten gegenübergetreten. Solange Westdeutschland derjenige europäische Staat war, der die entschieden feindseligsten Beziehungen zur Sowjetunion unterhielt, konnte es in einer Phase der Zusammenarbeit zwischen den Supermächten nicht zur Vormacht in Europa werden. Solange war es blockiert durch die Frontbildung zur Sowjetunion und an die engste politische und militärische Unterstützung durch Washington gebunden. Wenn die USA diese Unterstützung nicht mehr ohne weiteres gewährten, sondern Interesse an einem Übereinkommen mit der SU in Europa entwickelten, mußte die alte Bonner Außenpolitik in die Sackgasse führen. Die Brandt'sche Ostpolitik hat den westdeutschen Imperialismus aus der Sackgasse wachsender politischer Isolierung in Europa und der Welt herausgeführt und ihm die Stellung nicht nur der ökonomischen, sondern auch der politischen Vormacht in Westeuropa verschafft, eine Stellung die unter de Gaulle Frankreich innehatte. Resigniert stellt denn auch der französische Außenminister Jobert fest: "Seit Kanzler Brandt regiert, hat sich der Aktionsradius der deutschen Politik zweifellos stark erweitert", und er kritisiert Brandt 's selbstbewußtes Auftreten in Washington mit den Worten: "Beim jetzigen Stand der Dinge hat keiner das Recht, im Namen Europas zu sprechen" (Der Spiegel 11.6.73.,S.92). Auch die Israelis haben erfahren müssen, "daß die durch Breschnews Bonnbesuch gekrönten Ostverträge Brandts Stellung in der Welt verändert haben" (NZZ 19.6.73). Der westdeutsche Bundeskanzler trat ihnen nicht als ein für die faschistischen Verbrechen trauernder Vertreter Deutschlands, sondern als Vertreter der Europäischen Gemeinschaft über. Schon in Bonn hatte Brandt erklärt, er wolle die "Sonderbeziehungen" mit Israel in ein normales Fahrwasser leiten. Das damit verbundene Interesse liegt auf der Hand: Die Beziehungen zu den arabischen Erdöllieferländern sollten entlastet werden.

WIDERSPRÜCHE IN DER NATO

Angesichts der ökonomischen Stärkung Westeuropas und der wachsenden politischen Selbständigkeit, welche die westeuropäischen Staaten gegenüber den Supermächten erlangt haben, wird den westeuropäischen Imperialisten immer drückender ihre militärische Schwäche bewußt. Der entscheidende Punkt dabei ist ihre Abhängigkeit von der Atomwaffengarantie der USA gegenüber der Sowjetunion. Der westdeutsche Kriegsminister Leber führt dazu aus: "Die Sicherheit Westeuropas . . . bleibt ungeachtet der nuklearen Parität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf die nuklearstrategische Abschreckung durch die Vereinigten Staaten gegründet" (FAZ 5.3.73).

Und genau wegen dieser Tatsache machen den westeuropäischen Regierungen die SALT-Gespräche über atomare Rüstungsabsprachen zwischen den USA und der Sowjetunion so großes Kopfzerbrechen. Erkennbar wurden die Differenzen zwischen Washington und den europäischen NATO-Mächten erneut bei der letzten Ministerratstagung der NATO in Kopenhagen. Die Amerikaner – an einer Übereinkunft mit der SU in Hinblick auf die atomare Rüstung interessiert – sind in Hinblick auf das in Europa stationierte Rüstungspotential gegenüber der Sowjetunion konzessionsbereit. Das drückte sich aus in einer vom Pentagon vorgelegten Studie über die militärischen Kräfteverhältnisse in Europa. Während die europäischen NATO-Länder angesichts der forcierten Aufrüstung der Sowjetunion allesamt zu sehr ungünstigen Urteilen über die eigenen Kräfte kamen, beharrte die Pentagonstudie auf einer für die NATO sehr optimistischen Einschätzung der Kräfteverhältnisse, wodurch das Mißtrauen der europäischen Imperialisten gegenüber den USA neue Nahrung erhielt. Innerhalb der NATO hat sich auf der Grundlage dieser Interessenwidersprüche schon



„Verlaß mich nie!"

eine europäische Front herausgebildet, die "Euro Group". Diese "Euro Group" ist kein offizielles NATO-Gremium, sondern ein inoffizieller Zusammenschluß der europäischen NATO-Länder mit Ausnahme Frankreichs. Ungeachtet ihres inoffiziellen Charakters fällt die "Euro Group" aber weitreichende Entscheidungen und bestimmt wesentlich über die Ausgestaltung der europäischen NATO-Streitkräfte. Für das Jahr 1972 hat die "EuroGroup" z. B. die Erhöhung der Militäraufwendungen um 1 Mrd. Dollar beschlossen und zugleich über deren Verteilung verfügt.

All diese Entwicklungen zur Aushöhlung der alten Bündnissysteme auf der Grundlage veränderter Kräfteverhältnisse , zu neuen Blockbildungen innerhalb der alten Blöcke und zur Zusammenarbeit zwischen Mächten, die vor Jahrzehnten noch die erbittertsten Gegner waren, sind noch im Fluß. Feste Blöcke und sich verhärtende Fronten haben sich noch nicht wieder herausgebildet. Die großen imperialistischen Mächte tasten vielmehr einander ab, versuchen neue Bundesgenossen zu gewinnen, aus dem Lager des Gegners einzelne Länder herauszubrechen usw., Es ist die große Zeit der Diplomatie. In den verschiedensten diplomatischen Manövern, bei den gegenseitigen Besuchen, Verhandlungen usw. geht es indes nirgends um Entspannung oder Erhaltung des Friedens, sondern es geht darum, möglichst günstige Ausgangspositionen zu gewinnen für den unausweichlich drohenden Zusammenprall.

Wo sich dieser Zusammenprall ereignen wird, in welchen Formen er vor sich gehen und welche Anlässe er haben wird – all das ist gegenwärtig noch nicht mit Bestimmtheit abzusehen. Mit der drohenden Energiekrise in den USA, der wachsenden Abhängigkeit der gesamten westlichen Welt von den Erdöllieferanten in Nordafrika und im Nahen Osten, tritt gegenwärtig immer mehr der Mittelmeerraum ins Zentrum der internationalen Konflikte.

Die letzten Gipfelgespräche zwischen Breschnew und Nixon, bei denen für die Öffentlichkeit so reichlich Friedenssprüche produziert wurden, hatten nach Auskunft von Präsidentenberater Kissinger eines ihrer heimlichen Zentralthemen in der Diskussion der Situation im Nahen Osten (vgl. Süddt.Zeitung vom 26.6.73).

Die Gipfeldiplomatie zwischen den beiden Supermächten hat das westliche imperialistische Bündnis stark erschüttert. Die für den Herbst geplante Reise Nixons durch die westeuropäischen Hauptstädte soll diesen Auswirkungen entgegentreten. Aber es wird keine leichte Reise sein, die Nixon da antritt. Wie sehr z. B. die westdeutsche Bourgeoisie verärgert ist über die Absprachen zwischen Breschnew und Nixon, das wird in der Bourgeois-Presse deutlich. In der "Deutschen Zeitung" z. B. lamentiert der Leitartikler am 29. Juni darüber, daß "Nixons Pakt mit Breschnew . . . die Allianz" erschüttert habe. Von der "Fassungslosigkeit" im Brüsseler NATO-Hauptquartier ist da die Rede, weil das "bislang gegenseitige Abschreckungssystem" verletzt sei. Und man kann erfahren, daß die ganze von Washington betriebene "Konsultation" der westeuropäischen Länder darin bestanden hat, dem dienstahbenden Diplomaten in der Brüsseler NATO-Zentrale den Wortlaut des Nixon-Breschnew-Paktes am Fernsprecher vorzulesen.

Das westdeutsche Proletariat steht in diesen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Mächten auf keiner der beiden Seiten. Seine Forderungen müssen darauf hinauslaufen, dem Klassenkampf günstige äußere Entwicklungsbedingungen zu verschaffen und die eigene Bourgeoisie zu schwächen. Indem das Proletariat eintritt für den Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und für den Austritt aus dem imperialistischen NATO-Bündnis, erfüllt es diese Aufgaben. Es wendet sich damit gegen den US-Imperialismus und dessen Vorherrschaftsbestrebungen in Westeuropa, und es tritt auf gegen die eigene, westdeutsche Bourgeoisie, die am Nixon-Breschnew-Pakt ja nicht die Absicht zur Aufteilung Europas beklagt, sondern die Tatsache, daß ihr der mächtige Bündnisgenosse bei der Verfolgung ihrer eigenen aggressiven Bestrebungen nicht mehr sicher zur Seite steht.

Willfried Maier

Watergate

DER SUMPF WIRD IMMER BREITER

Die Arbeit der Watergate-Untersuchungsausschüsse ergibt inzwischen ein immer klareres Bild darüber, wie der derzeitige Präsident der USA, der Völkermörder Nixon, sich gegenüber seinen Konkurrenten an der Macht hält. Der gesamte amerikanische Staatsapparat, alle staatlichen Behörden sind in die Watergate-Affäre verstrickt. Überall herrscht das gleiche Prinzip von Bestechung und Bestechlichkeit: "Gibst du mir, geb ich dir", beziehungsweise "verrätst du mich, verrat ich dich". Dabei ist es konsequent und nicht verwunderlich, wenn jeder seine eigene Liste führt, über Personen und Menschen, die ihm gefährlich werden könnten. So bringen die Beweise für die Existenz einer solchen Liste bei Nixon, die dieser Tage der ehemalige Nixon-Berater Dean auf den Tisch des Untersuchungsausschusses legte, auch keine Neuigkeiten. Wen wundert es schon, daß Edward Kennedy, der gerne selber die Fäden in seiner Hand im Weißen Haus zusammenhalten möchte, auf dieser Liste steht? Die Verbrechergangs, die in den USA um die Pfründe des Präsidentensessels miteinander konkurrieren, bewachen sich scharf.

Dem amerikanischen Volk und den Völkern der Welt kann es gleichgültig sein, welche Gang der USA-Bourgeoisie im Weißen Haus das Geschäft der weltweiten Unterdrückung und des Völkermordes für sie besorgt. So lassen sich die Völker der Welt auch nicht durch die Untersuchungsausschüsse und die sogenannten Ermittlungen in der Watergate-Affäre über den imperialistischen Charakter dieser Herrschaft hinwegtäuschen.

Steiner, Wienand und andere. . .

Noch finden sich täglich Spalten über den Watergate-Skandal in der Presse. Die Liste derer, die in den jüngsten Korruptionsskandal der amerikanischen Regierung verwickelt sind, wird immer länger. Und schon breitet sich die Welle der Skandale wie eine ansteckende Krankheit über die parlamentarisch-regierten Länder aus: In Großbritannien ein zweiter call-girl-Fall in der Regierung Heath, in der Bundesrepublik der Fall Steiner, der sich inzwischen zu einem Korruptionsfall ausweitet, in den sämtliche bürgerliche Parteien verstrickt sind. Verstrickt sind nicht nur die CDU/CSU, sondern die Parteien, die sich im April letzten Jahres anläßlich des Mißtrauensvotums gegen die Regierung Brandt noch über die Bestechungspraktiken der CDU/CSU entrüstet hatten; Parteien, die den Abscheu im Volke gegen den Handel mit Abgeordnetenstimmen auf ihre Mühlen zu lenken versucht hatten. Nun steht fest, daß SPD und FDP, ebenso wie die CDU/CSU mit hohen Kaufsummen Abgeordnetenstimmen für die erforderliche Mehrheit gekauft haben. Es steht fest, bestochen wurde auf beiden Seiten, bestechlich sind die Parteigänger beider Seiten. Das Geschäft der Korruption, die Politik mit bezahlten Stimmen, betreiben nicht nur die traditionellen bürgerlichen Parteien, sondern auch die Sozialdemokraten. Für die SPD wird es immer schwerer, mit dem Aushängeschild der Redlichkeit das Vertrauen in der Arbeiterklasse zu erhalten und sich den Massen anzupreisen als Politiker, die "immer geradeaus marschieren und exakt sein wollen" (H. Wehner). Und weiter Herbert Wehner: "Politischer Opportunismus, bezahltes Segeln im jeweils günstigen Wind oder steuerpflichtiges Parlamentariergewissen würden das Parlament zu einem Klub meistbietend bezahlter Honoratioren machen".

Der Bundestagsabgeordnete der CDU, Julius Steiner, den sich die SPD mit 50 000 DM für ihre Stimmenmehrheit kaufte, ist ein solch meistbietend bezahlter Honoratior. Julius Steiner, ohne Beruf, begann seine politische Tätigkeit als Spitzel für den französischen Geheimdienst. 1951/52 bespitzelte er für die damals französische Saar-Regierung Politiker der CDU und FDP, die für den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik eintraten. Von dieser Tätigkeit wechselte er über zu Spitzeldiensten im Stuttgarter Landesamt für Verfassungsschutz und avancierte zum Landesvorsitzenden der Jungen Union und Mitglied der CDU, deren Mitglieder er zuvor bespitzelt hatte. Im Verfassungsschutz und in der CDU machte er dann Karriere, wurde Mitglied des CDU-Landesvorstandes und 1969 Bundestagsabgeordneter, gleichzeitig in Diensten des Bundesnachrichtendienstes und seit 1971 vermutlich gleichzeitig Agent des sowjetischen Geheimdienstes KGB. Julius Steiner, Abgeordneter des Bundestages, zeichnete sich außer durch die Fähigkeit, sich für Spitzeldienste bezahlen zu lassen, im Bundestag dadurch aus, stets betrunken zu sein, sich während der Sitzungen des Bundestages mehr in der Kantine als auf dem Abgeordnetenstuhl aufzuhalten und einen verschwenderischen Lebenswandel zu führen. Dieser Herr, im Amte eines Abgeordneten und Vertreter des Volkes, zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß er seine Tätigkeiten doppelt und dreifach zu verkaufen versteht. Julius Steiner kassierte nicht nur von zwei Geheimdiensten, er beschränkte sich nicht mit der Abgeordnetendiät, die ihm monatlich 3 500,- DM und zusätzliche Spesen einbringt. Julius Steiner verstand es auch noch, seine Funktion als Abgeordneter, seine politische Meinung und sein Gewissen wohlfeil zu verschachern. Wieviel ihm der sowjetische Geheimdienst dafür zahlte, daß der CDU-Abgeordnete seit 1971 der Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung wohlgesonnen war, weiß niemand. Von der SPD erhielt er nach seinen eigenen Aussagen 50 000,- DM. Doch damit nicht genug. Anschließend verkaufte er seine Korruptionsgeschichte für Summen unbekannter Größe an die Illustrierte "Quick".

Ist Julius Steiner ein besonderer Fall? Ist dieser Doppelagent und käufliche Volksvertreter, der seine politische Meinung nach dem meistgebotenen Preis wechselt wie das Hemd, ein schwarzes Schaf unter den Abgeordneten des Bundestages? Nein. Der Fall "Steiner" ist ein Fall der gesamten bürgerlich parlamentarischen Herrschaft. Er bringt den ganzen Sumpf parlamentarischer bürgerlicher Herrschaft ans Licht. Je mehr dieser Fall untersucht und enthüllt wird, um so mehr wird offenkundig, daß nicht nur Steiner ein durch und durch käufliches und korruptes Subjekt ist. Abgeordnete, Vertreter des Bundestages und des Volkes, gewählt, um die Interessen des Volkes zu vertreten, sie alle lassen sich Sitz und Stimme nicht nur durch wohldotierte Abgeordnetendiäten bezahlen. Diese Abgeordneten verschachern ihre Stimme und ihre "politische Standfestigkeit" gegen Posten in Verwaltung und Industrie. Sie nutzen ihren Sitz und ihre Stimme für zusätzliche Bestechungen. Ihre politische Meinung und ihr parlamentarisches Gewissen dienen ihren persönlichen Privilegien, der dicken Brieftasche und einem üppigen Lebenswandel.

"NACH BESTEM WISSEN UND GEWISSEN"

Verbunden mit dem Korruptionsskandal ist z. B. der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand. Dieser Abgeordnete hat sich nicht nur für seine Partei verdient gemacht und selber gut daran verdient, daß er Julius Steiners Stimme für die SPD kaufte. Seine parlamentarische Tätigkeit und enge Beziehung zur SPD/FDP-Regierung verstand er bereits vor zwei Jahren zu nutzen.

Karl Wienand, inzwischen Besitzer einer Villa im Siegerland und eines luxuriösen Hauses am Gardasee, verschaffte für ein monatliches Schmiergeld von 12 500 DM der Münchner Chartergesellschaft Panintern beim Luftfahrt-Bundesamt und beim Bundesverkehrsministerium die Fluglaubnis. Die Chartermaschinen waren nicht flugsicher. Eines stürzte mit 22 Menschen ab, die dabei getötet wurden. Das Wissen und Gewissen dieses Abgeordneten reichte über seine Brieftasche nicht hinaus.

Hans Joachim Baeuchle, SPD, Mitglied des Bundestages bis September 1972, Bürgermeister aus Schelkingen in Schwaben, stellte die Verbindungen zwischen Steiner und Wienand her. Diese Tat zur Rettung seiner Regierung, der SPD/FDP-Koalition, vollbrachte dieser SPD-Abgeordnete jedoch ebenfalls keineswegs aus politischer Überzeugung, sondern weil er sich, wie Steiner und Wienand, ebenfalls persönliche Vorteile erhoffte.

FAMILIENSINN

Der im Herbst neugewählte Bundestag hat auch ein neues Präsidium bekommen. Dieses fünfköpfige Präsidium bewilligte sich als erstes 5 neue Mercedes-Limousinen. Glück hatte damit allerdings nur die Parlamentspräsidentin Annemarie Renger (SPD). Die 4 Vizepräsidenten müssen auf einen Einspruch des Haushaltsausschusses weiterhin Mercedes-Limousinen des vergangenen Bautyps benutzen. Bei der Präsidentin Renger war der Ausschuß großzügiger. Er bewilligte neben dem neuen Mercedes 194 000 DM für den Umbau der Dienstvilla, genehmigte einen "Anschaffungstitel" von 100 000 DM und gewährte weitere 40 000 DM für zusätzliche Hilfskräfte in der Dienstwohnung und eine festangestellte "Hausdame". Die ausgewählte "Hausdame" ist eine Schwester von Frau Renger. Als Parlamentspräsidentin ist Frau Renger im übrigen für die Sauberkeit des "Hohen Hauses" verantwortlich

Hans Joachim Baeuchle forderte als Gegenleistung für seine "Dienste" einen sicheren Listenplatz bei den Bundestagswahlen; er versuchte mit Hinweis auf seine "Verdienste" im Fall Steiner, eine ererbte aber unverkäufliche Villa in Wien zu einem Preis von 220 000 bis 260 000 DM an das Auswärtige Amt zu verkaufen. Seine Frau versuchte mit der Drohung, an die Öffentlichkeit zu gehen, einen Aufsichtsratsposten für ihren Mann herauszuholen. Die politische Überzeugung des Hans Joachim Baeuchle, die Ergebenheit an seine Partei, endeten, als die Belohnung ausblieb. Um seine persönlichen Vorteile geprellt rächte sich und verriet den Bestechungsskandal an die Presse.

Bestochen wurde der Abgeordnete der FDP, der Bauer Helms, nicht nur von der CDU. Die FDP-Abgeordneten Heinz Stehr und Walter Peters bemühten sich um die politische Standfestigkeit des verschuldeten Bauern mit einem gut dotierten "Forschungsauftrag" und mit 100 000 DM.

In Kreisen des Finanzkapitals ist die Käuflichkeit und Bestechlichkeit von Abgeordneten und gewählten Vertretern des Volkes ein offenes Geheimnis. Der Preis eines Abgeordneten liegt fest, bei einer Viertelmillion. Allerdings soll ein Abgeordneter, der es zu einem Ministerposten gebracht hat, teurer sein. Der Innenminister Genscher etwa wird mit 1 1/2 bis 2 Millionen taxiert (lt. Spiegel vom 18.6.73).

Die Bestechung mit Posten in der Staatsverwaltung und Industrie wie Aufsichtsräte und Arbeitsdirektoren gelten ohnehin als selbstverständliche Praxis der Beeinflussung und indirekten Form der Herrschaft über Parlamentarier und Regierungsmitglieder. In der Tat, die Korruptionsskandale der letzten Zeit, in Washington, London und Bonn gehören zum parlamentarischen Alltag. Die Wahl der Vertreter des Volkes, der Herren Abgeordneten gibt diesem Parlament den Schein des Einflusses der Wähler auf die Herrschaft im Staate, auf die Ausübung der Staatsgewalt. In Wahrheit ist die Form der bürgerlichen Herrschaft über das Parlament die geschickteste, weil verschleierteste und zugleich schmierigste Form der Herrschaft der Bourgeoisie über das Volk. Denn diese beherrscht über den verschiedensten Formen der Bestechung diesen scheinbar demokratischen Staat bis zum unscheinbarsten Abgeordneten. Im Besitz der gesamten ökonomischen Macht, besitzt sie zugleich allein die gesamte politische Macht. Ein Skandal, wie der Fall "Steiner", ist der Skandal der Herrschaft dieser reaktionären und parasitären Klasse. An dieser Wahrheit wird auch der inzwischen eingesetzte Untersuchungsausschuß nichts ändern, der die Aufgabe hat, das Vertrauen der Wähler in ein korruptes Schmierenparlament wiederherzustellen.

C.Bucher

BEFREIUNGSKAMPF DER UNTERDRÜCKTEN VÖLKER

UNTER DEM DECKMANTEL DES RÜCKZUGES:

US-Imperialisten bereiten 3. Indochinakrieg vor

Zwei Meldungen haben in letzter Zeit das Hauptinteresse in der Frage des Indochinakrieges auf sich gelenkt. Am 13. Juni unterzeichneten die USA und ihr Marionettenregime in Saigon auf der einen Seite und die Regierungen der Demokratischen Republik Vietnam und der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams ein Zusatzabkommen zum Waffenstillstandsvertrag vom Januar 1973. Die zweite Meldung war, daß der US-Kongress am 30. Juni Nixon jegliche weiteren Bombardierungen in Indochina und sonstige Kampfhandlungen ab Mitte August 1973 verbot.

Beide Meldungen scheinen zunächst den Eindruck zu verstärken, daß es in der Sache des Friedens in Indochina wirklich vorangeht und die USA tatsächlich ihren Rückzug aus Indochina angetreten haben. Der sei zwar mit Schwierigkeiten und Hindernissen gepflastert, aber er laufe letztlich doch darauf hinaus, daß die USA ihre Einmischung in Indochina aufgeben, die nationalen Rechte respektieren und die Selbstbestimmung der Völker zulassen.

Die noch stattfindenden Kriegshandlungen und sonstige Einmischung wie auch die Bombardierung Kambodschas erscheinen als Ausdruck dessen, was Nixon einen "ehrenvollen Rückzug und Frieden" nennt, ähnlich der Knallerei eines Cowboys, der nach einer verlorenen Schlägerei beim Rückzug aus dem Saloon noch wild um sich schießt.

Als Folge ist ein zunehmender Verfall des Bewußtseins der Solidaritätsbewegung mit den Völkern Indochinas festzustellen, das davon ausgeht, daß "die Sache ohnehin gelaufen" sei.

Tatsächlich zeigt jedoch schon die Analyse der beiden oben erwähnten Meldungen, daß das falsch ist. Die Tatsache, daß der US-Kongress die Einstellung der Bombardierungen erst für Mitte August fordert, soll demagogisch als Ablehnung der Bombardierungen erscheinen. Tatsächlich drückt er jedoch dadurch, daß er sie sechs Wochen lang fortsetzen läßt, sein grundsätzliches Einverständnis aus. Und Nixon hat genug Möglichkeiten und Mittel, auch danach den weiteren Angriff des US-Imperialismus zu organisieren.

Was das Zusatzabkommen betrifft, so haben Nixon, Kissinger, der neue Kriegsminister Schlesinger und Thieu schon einen Tag nach der Unterzeichnung erklärt, daß sie sich nicht daran halten werden, daß sie die Angriffe in Kambodscha fortsetzen und notfalls auch in ganz Indochina wieder aufnehmen werden. In Südvietnam würden die demokratischen Rechte nicht hergestellt, solange die Demokratische Republik Vietnam und die Provisorische Revolutionäre Regierung eine Bedrohung für Thieus Regime bedeuten.

Das Zusatzabkommen bekräftigt nochmals die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom Januar 1973, insbesondere die Bestimmungen in bezug auf die Einstellung der Kampfhandlungen und die Herstellung der demokratischen Rechte des Volkes. Es setzt an die Stelle der nicht eingehaltenen Termine neue. Das Abkommen ist insofern ein weiterer Sieg des vietnamesischen Volkes, als durch seine Unterzeichnung die USA und Thieu erneut ihre bisherige Vertragsverletzung bestätigen und die Forderungen des vietnamesischen Volkes als gerecht anerkennen mußten.

Diese und die sonstigen konkreten Maßnahmen der US-Regierung seit Zustandekommen des Waffenstillstandsabkommens vom Januar zeigen in Wirklichkeit gerade, daß der US-Imperialismus sich nicht auf eine neue Verteidigungslinie zurückzieht und Indochina sich selbst überlassen will. Vielmehr versucht er aus der Defensivposition heraus, in die ihn die Siege der Völker im vergangenen Jahr gedrängt haben, wieder eine Offensive zu organisieren.

Wenn in Südvietnam die USA noch ungeheure Mengen Kriegsmaterial vor dem Waffenstillstand einführten und weiter illegal Waffen liefern, wenn sie zu ihrer Bedienung die Marionettenarmee Thieus mit über 10 000 US-Zivilberatern verstärken, wenn sie in allen Militärbezirken Südvietnams zusätzliche US-Konsulate eröffnen und Hunderte von US-Beamten aus dem Auswärtigen Amt nach Südvietnam senden, damit sie den besetzten Teil noch stärker als bisher regieren können, so läuft das nicht auf Rückzug, sondern auf die Vorbereitung eines neuen Angriffs hinaus.

Die Bombardierungen Kambodschas zeigen das am deutlichsten. Die Marionetten sind völlig isoliert, sie regieren nicht einmal mehr die Hauptstadt und stellen weder politisch noch militärisch einen Machtfaktor dar. Ihr Sturz wäre eine Frage von Tagen. Trotzdem versucht die US-Regierung verbissen, die Befreiungsfront durch ihre Bombardierungen aufzuhalten. Diese zielen aber nicht einfach auf eine kurzfristige Verhinderung des Sturzes der Marionetten ab, sondern verfolgen mit der Verwüstung auch des in friedlichem Aufbau befindlichen Hinterlands das langfristige Ziel, in Kambodscha eine ähnliche Situation wie in Südvietnam zu schaffen, wo der größere Teil der Bevölkerung in Lagern zusammengetrieben unter dem faschistischen Polizeiterror der US-Marionetten leben muß.

Festnahme eines südvietnamesischen Demonstranten

Nachdem der verbrecherische Krieg mit der US-Armee nicht nur den Sieg des Neokolonialismus nicht erringen konnte, sondern zum zunehmenden Widerstand in der südvietnamesischen Bevölkerung und in der US-Armee und dem amerikanischen Volk geführt hat, wird nun fieberhaft umgerüstet auf Berufsheere.

Nicht nur in den USA, auch in Südvietnam, Kambodscha und Thailand sollen die jetzigen Volksheere aufgelöst und Berufs-Killertruppen gebildet werden, die ihre Spezialausbildung in den USA und in Thailand erhalten. Mit ihnen soll dann die neue Offensive vorgetragen werden.

Diese neue Feuerwehr gegen den Volkskrieg, die Allianz der Marionettenarmeen, kündigt sich schon an, wenn Thieu verkündet, daß seine Luftwaffe den Bombenkrieg in Kambodscha fortsetzen werde, falls die US-Luftwaffe ihre Angriffe einstellen müssen.

Für diese Umrüstung braucht der US-Imperialismus Zeit. Deswegen muß er auf das Waffenstillstandsabkommen eingehen und zur Zeit wenigstens noch in Worten an ihm festhalten. Damit während dieser Zeit sich das Kräfteverhältnis nicht allzusehr zuungunsten seiner Marionetten verschiebt, verbreitet er die Lüge, das Waffenstillstandsabkommen würde bedeuten, daß die Provisorische Revolutionäre Regierung und die Demokratische Republik Vietnam den 'Status quo' in Indochina akzeptiert haben und sich mit den Marionetten arrangieren müssen.

Davon versucht er für sich das Recht abzuleiten, immer wieder mit der US-Luftwaffe zum Schutz der Marionetten direkt einzugreifen.

Aber von der Akzeptierung des Status quo kann keine Rede sein. Die Völker kämpfen seit Jahrzehnten um nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung, wie sie im Waffenstillstandsabkommen gleichfalls festgehalten sind, und das heißt nicht Koexistenz mit, sondern Ende der Marionettenherrschaft.

Um zu verstehen, wie die Völker Indochinas in der jetzigen Etappe den Kampf gegen die US-Aggression führen, müssen wir von dem engen Zusammenhang zwischen bewaffnetem und politischem Kampf ausgehen. Die Notwendigkeit, den Imperialismus militärisch zu schlagen, ist nur die eine Seite des Kampfes, daneben muß er sowohl in Indochina als auch in der ganzen Welt politisch isoliert werden, muß ihm jegliche Unterstützung geraubt werden von Teilen der Bevölkerung, die er jetzt noch mit seinen Lügen über Frieden, Freiheit und kommunistischen Terror täuschen kann.

Deshalb schließen die Provisorische Revolutionäre Regierung und die Demokratische Republik Vietnam mit ihm Abkommen, obwohl sie wissen, daß er sie nicht einhalten wird. Aber diese Abkommen enthalten die grundlegenden Forderungen der Völker Indochinas und zeigen, daß diese gerecht sind. Im Kampf um ihre Einhaltung in Südvietnam und Laos wird sich der US-Imperialismus und seine Marionetten immer mehr entlarven. Da sie sich nur durch die Fortsetzung ihrer Angriffe und faschistischen Terror halten können und in der politischen Auseinandersetzung unterliegen müssen, tragen sie selbst zur Stärkung und Verbreiterung der Einheitsfront des ganzen Volkes gegen ihre Verbrechen und zu ihrer Isolierung in der Welt bei. Die Abkommen sind also eine unmittelbare Waffe im politischen Kampf in Vietnam und der ganzen Welt zur Entlarvung des US-Imperialismus.

Hierbei ist es unsere Aufgabe, die Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Wir müssen die neuen Machenschaften und Betrugsmanöver entlarven, am Wunsch auch der Bevölkerung in Westdeutschland nach Beendigung des Krieges in Indochina anknüpfen und zeigen, daß die USA und Thieu Pläne verfolgen, die auf einen erneuten, dritten Indochinakrieg hinauslaufen.

Dabei dürfen wir uns nicht durch die Täuschungsmanöver der Imperialisten einschläfern lassen, unsere Wachsamkeit aufgeben und so dem Imperialismus eine Möglichkeit geben, aus seiner bisherigen Niederlage wieder Vorteile zu ziehen.

Die politisch wichtigsten Forderungen, die den Kampf am stärksten weiterbringen, sind zur Zeit die Forderungen nach Einstellung der Bombardierungen in Kambodscha und nach der Freilassung der von der Liquidierung bedrohten politischen Gefangenen.

Die verstärkte Wideraufnahme der Entlarvung des US-Imperialismus ist gleichzeitig die richtige politische Vorbereitung für den zu September/Oktober angekündigten Besuch Nixons in Europa und auch der BRD.

Schluß mit der Bombardierung Kambodschas!
Freiheit für die politischen Gefangenen!
Anerkennung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams und der Demokratischen Republik Vietnam!

H.L.

Vietnam-Zusatzabkommen:

Der südvietnamesische Regierungssprecher Truc "kündigte an, solange Nordvietnamesen und Vietkong eine Bedrohung für Südvietnam darstellten, behalte sich die Saigoner Regierung das Recht auf Beschränkungen der demokratischen Freiheiten vor. Solange sei auch die Waffenruhe schwer einzuhalten." (Süddeutsche Zeitung, 15. 6. 73)

In Artikel 11 des Waffenstillstandsabkommens vom Januar 1973:

Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die zwei südvietnamesischen Vertragsparteien:

- *die nationale Aussöhnung und Eintracht anstreben, Haß und Feindschaft beenden, alle Handlungen der Vergeltung und der Diskriminierung gegen Personen oder Organisationen untersagen, die mit der einen oder anderen Seite kollaboriert haben;*
- *die demokratischen Freiheiten des Volkes gewährleisten: Persönliche Freiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Freiheit für politische Aktivitäten, Glaubensfreiheit, Recht auf freie Bewegung, Recht zur freien Wahl des Wohnsitzes, Recht auf Arbeit, Recht auf Eigentum und das Recht auf freie Berufsausübung.*

Schluß mit der Bombardierung Kambodschas

Kissinger erläuterte, "die USA hätten sich nicht verpflichtet, ihr militärisches Engagement in Kambodscha einzustellen." (Süddeutsche Zeitung vom 15. 6. 73).

Demgegenüber hält das Zusatzabkommen zum Waffenstillstandsabkommen fest:

"Artikel 20 des Abkommens (vom Januar 1973, d.Red.) hinsichtlich Kambodscha und Laos muß genauestens eingehalten werden."

In Artikel 20 des Waffenstillstandsabkommens heißt es:

b) Ausländische Staaten werden jegliche militärische Aktivität in Kambodscha und Laos beenden und Truppen, Militärberater und Militärpersonal, Waffen, Munition und Kriegsmaterial aus diesen beiden Ländern zurückziehen und es nicht wieder dorthin zurücksenden.

c) Die inneren Angelegenheiten von Kambodscha und Laos werden von der Bevölkerung jedes dieser Länder ohne ausländische Einmischung geregelt.

THIEUS 10 PUNKTE

1. Standrechtliche Erschießung derjenigen, die die Bevölkerung zu Demonstrationen und Unruhe anstiften, oder andere dazu ermuntern, sich den Kommunisten anzuschließen.

2. Verhaftung all jener, die Propaganda für die Kommunisten machen, Flugblätter verteilen, Plakate aufhängen oder kommunistische Flaggen hissen.

3. Sofortige Verhaftung derer, die in Zwischenfällen mit der Polizei verwickelt sind, die die Ruhe und Ordnung bewahren.

4. Standrechtliche Erschießung von Soldaten, Beamten und Polizisten, die desertieren oder andere dazu anstiften.

5. Verhaftung aller, die auf offener Straße oder in Wohnungen Überfälle begehen. Sie sind im Falle der Flucht zu erschießen.

6. Verhaftung von Unruhestiftern und Personen, die Einwohner ermuntern, in die von den Kommunisten kontrollierten Gebiete zu flüchten und umgekehrt. Standrechtliche Erschießung bei Widerstand.

7. Strenge Bestrafung derer, die kommunistische Geldscheine benutzen oder in Umlauf bringen, Personen, die Lebensmittel horten, um wirtschaftliche Unzufriedenheit zu erzeugen, sind vors Militärgericht zu stellen und mit dem Tode zu bestrafen.

8. Verhaftung aller Neutralisten oder Pro-Kommunisten, die für die Kommunisten kämpfen. Sie sind auf dem kürzesten Weg vors Militärgericht zu stellen.

9. Schnelle und strikte Anwendung der Presse- und Parteiengesetze zur Verhinderung illegaler Aktivitäten von politischen Aktivisten.

10. Verhaftung von militanten Anhängern von Gruppen und Organisationen, die heimlich handeln oder den Kommunisten ergeben sind, wie die Allianz der Herren Trinh Dinh, Drinh Thao, Lam Van Tet und Professor Le Van Hao. Sollten die genannten Personen in die Städte zurückkehren, sind sie unverzüglich zur Verurteilung vor den Militärgerichtshof zu bringen.

(aus: Südvietnam im Kampf, Zentralorgan der FNL, Nr. 198, S.2)

Gewerkschafter inhaftiert

Vier südvietnamesische Gewerkschaftsführer wurden am 18. April von Thieu ohne Anklage ins Gefängnis geworfen und nicht wieder freigelassen.

Diese Maßnahme soll den Widerstand der Gewerkschaften und Arbeiter Saigons gegen Thieus "Demokratische Partei" brechen.

Die vier Gewerkschafter wurden nach einem Streik für höhere Löhne festgenommen. Streiks sind von Thieu verboten worden. Um ihrer Verhaftung zu entgehen, sind andere Gewerkschaftsführer inzwischen in den Untergrund gegangen.

Lange Zeit konnte die Verhaftung nicht einmal bekanntgegeben werden. Die südvietnamesischen Zeitungen fürchten als Folge der Bekanntgabe das sofortige Erscheinungsverbot und zwei Millionen Piaster Strafe.

INTERNATIONALE KLASSENKÄMPFE

ANTWERPEN

Hafenarbeiter streiken 2 Monate

Unter den sich mehrenden Streikbewegungen, Fabrikbesetzungen und Protestkundgebungen in Belgien nimmt der Streik der Hafenarbeiter von Gent und Antwerpen eine besondere Stellung ein. Zunächst aufgrund der Dauer. Dann weil er mit einer immer größeren Härte durchgeführt wurde. Vor allem aber wegen der Haltung der Gewerkschaftsführer und der Lehren, die sich daraus für die belgische Arbeiterklasse ergeben.

Am 6.April 1973 legen alle 850 Hafenarbeiter von Gent spontan die Arbeit nieder: die steigenden Preise und der damit verbundene Lohnabbau, katastrophale sanitäre Einrichtungen, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen (10 tödliche Unfälle in einem Jahr sind in Gent keine Seltenheit) und die fehlende Initiative der Gewerkschaftsführung zwingen die Kollegen zu diesem Schritt. Sie fordern bessere Arbeitsbedingungen, Sicherheitsvorkehrungen und höhere Löhne.

Gespräche mit Gewerkschaftsvertretern haben keinerlei Erfolg: die Streikbewegung wird nicht anerkannt ("Dieser Konflikt hat keine sozialen Ursachen"). Aus Solidarität mit den Genter Kollegen treten daraufhin auch die Hälfte der Antwerpener Hafenarbeiter in den Streik.

Die Hafenleitung weigert sich, mit den Streikenden zu verhandeln ("Wir reden nur mit den rechtmäßigen Vertretern der Hafenarbeiter"). Die Kollegen organisieren Versammlungen und Demonstrationen, um die Bevölkerung über ihre Forderungen aufzuklären. Immer mehr Arbeiter aus den umliegenden Betrieben, Schüler und Studenten erklären ihre Solidarität, führen Geldsammlungen zur Unterstützung der Kollegen durch und organisieren unzählige Solidaritätskundgebungen.

Im Laufe der Tage verwandelt sich der Solidaritätsstreik der Antwerpener Hafenarbeiter in einen eigenständigen Streik, der die Forderungen der Genter Kollegen teilweise wiederaufnimmt. Der Streik richtet sich auch besonders gegen die in diesem Hafen herrschende Teilung der Arbeiter. Etwa 40 % der Hafenarbeiter kommen noch zur täglichen Ausrufung der offenen Stellen. Da 60 % inzwischen ein festes Arbeitsverhältnis eingegangen sind, gelingt es den übrigen Hafenarbeiter immer weniger wie früher in Zeiten von Hochbetrieb eigene Arbeits- und Zahlungsbedingungen aufzustellen. Sie werden für die Stunde, während der die Arbeit vergeben wird, nicht bezahlt, sie erhalten kein 13. Monatsgehalt – im Gegensatz zu ihren Kollegen –, viele erreichen nicht einmal die 18 Tage gezahlten Urlaub. Hinzu kommt, daß ein Teil der Hafenarbeiter außerhalb der offiziellen Angebotszeiten kommt, in der Hoffnung, Überstunden zu erzielen und oft sogar gegen die inzwischen erkämpften Regelungen zu arbeiten bereit ist. Mit ihnen kann die laufende Arbeit einigermaßen sichergestellt werden. So auch während des Streiks, der bald nur noch von den 40 %, die keine feste Arbeit haben, geführt wird. Die Streikenden scheinen ohne die Unterstützung der Gewerkschaften und der Mehrheit ihrer Kollegen von vorneherein isoliert.

Hafenleitung, Regierung und Gewerkschaftsführung tun alles, um die Versuche, die Isolation zu durchbrechen, zu unterbinden: Streikbrecher werden zu höheren Löhnen angestellt (einem so angestellten 17jährigen Jungen werden bei einem Arbeitsunfall drei Finger zerschmettert), der Zugang zum Hafengebiet wird "fremden Gruppen" verwehrt, das "Zusammenrotten von mehr als 5 Personen im Hafengebiet" wird untersagt, eine Demonstration in Gent wir nur unter der Bedingung gestattet, daß keine Hafenarbeiter aus Antwerpen daran teilnehmen, später wird in Antwerpen ein generelles Demonstrationsverbot erlassen. Die Gewerkschaftsführer übernehmen es ihrerseits, die Arbeiterklasse zu spalten: Sie zeigen sich den Genter Arbeitern gegenüber flexibler, rufen in einem Zeitungsartikel (Die Volksmacht, 19. Mai) den Justizminister auf "die nötigen Anweisungen zu geben, um die Tätigkeit von Unruhestiftern zu unterbinden und denen, die in Gent und Antwerpen arbeiten wollen, die Möglichkeit zu geben, es ohne Gewissensbisse zu tun". Dort, wo ihre Überredungskünste nicht den erwarteten Erfolg zeitigen, drohen sie offen mit Sanktionen: Am 20. Mai veröffentlicht die Leitung der FGTB Zentrale (die größte belgische Gewerkschaft) der Metallarbeiter von Antwerpen–Limburg ein Kommunique, in dem u. a. folgendes steht:

"Die Leitung der FGTB Zentrale der Metallarbeiter ... unterstreicht die Tatsache, daß die Solidaritätsaktionen im Metallbereich den Konflikt in keiner Weise beeinflussen können.n (...) befiehlt allen ihren Mitgliedern **an keiner Solidaritätsaktion** *teilzunehmen (...) verurteilt diejenigen, die mit den (nicht nur aus Hafenarbeitern bestehenden) Gruppen offen gegen uns zusammenarbeiten* **und damit ihre Eigenschaft als Mitglieder verlieren ...".**

Einig sind sich Regierung und Gewerkschaftsführung besonders darin, den gerechten Kampf der Hafenarbeiter als ein von "linksextremen Grüppchen und Kommunisten angezetteltes Abenteuer" zu diffamieren – folgerichtig richten sich die Repressionsmaßnahmen besonders gegen die kommunistischen Gruppen und die in ihnen organisierten Arbeiter, Studenten und Schüler. Auf die Frage eines Radioreporters, ob sie denn tatsächlich mit Kommunisten zusammenarbeiten, antwortet ein Hafenarbeiter "das stimmt; aber nicht weil wir alle Kommunisten sind, sondern weil die Kommunisten die einzigen sind, die uns unterstützen".

Während des Streiks wird der Haß gegen die verräterische Gewerkschaftsführung immer größer. Die Streikkomitees in Antwerpen haben immer größere Mühe, die völlige Zerstörung von Gewerkschaftsbüros zu verhindern. In zahllosen Demonstrationen, die teilweise von den Frauen der Hafenarbeiter organisiert und geführt werden, kommt es zu regelrechten Straßenschlachten, während der in Antwerpen am 14. Mai von einem Beamten in Zivil sogar zwei Schüsse abgegeben werden, die wie durch ein Wunder keinen der 4 000 Demonstranten treffen. Die Demonstranten, auch Frauen und Kinder der Hafenarbeiter, werden in Gent und Antwerpen brutal niedergeknüppelt. Die Zahl der Verletzten und Verhafteten steigt und trifft besonders die engagiertesten Kollegen. Die Empörung der Bevölkerung wächst: Einzelhändler in Antwerpen organisieren Lebensmittelverteilungen, einige Gewerkschafter und Gewerkschaftsbasisgruppen wenden sich offen gegen die Gewerkschaftspolitik und erklären sich mit den Streikenden solidarisch.

Angesichts der sich trotz Spaltungsversuche und Repression zuspitzenden Situation, beschließen die Gewerkschaftsführer ihre Taktik zu ändern. Sie sind allerdings nur bereit, den Kampf der geschlossen streikenden Genter Arbeiter zu unterstützen. Ein Kompromißvorschlag wird ausgehandelt und schließlich angenommen:

- u.a. 80 FB täglich mehr pro Arbeitsgruppe (ca. 5 DM)
- 3 000 FB für die ausgefallenen Arbeitstage (das Streikgeld hätte 4 700 FB betragen).

Versuche der Antwerpener Streikkomitees, Ähnliches zu erreichen, schlagen fehl. Der Ausstand wird weitergeführt, zunächst auch mit Unterstützung der noch streikenden Genter Hafenarbeiter. Nach 2 Monaten bröckelt der Streik jedoch ab: die Genter Kollegen beschließen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Auf einer in Brüssel stattfindenden Solidaritätskundgebung für die Antwerpener Hafenarbeiter spricht ein Genter Kollege von der materiellen Not, die die Arbeiter zwang, die Arbeit wieder aufzunehmen und erklärt: "Der Kampf ist nicht zu Ende – er muß andere Formen annehmen und sich nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Gewerkschaftsführung richten, weil sie die Interessen der Arbeiter nicht mehr vertreten und den Klassenkampf vergessen haben. Doch, Kollegen, begeht nicht den Fehler, eure Mitgliedskarten zurückzugeben: nicht die Gewerkschaftsorganisation an sich dürfen wir bekämpfen, sondern nur um so entschiedener die Klassenverräter in ihr."

Einige Tage später wird in Antwerpen eine Urabstimmung durchgeführt und obwohl 51,4 % für die Fortsetzung des Kampfes stimmen (48,6 % dagegen) wird auch dort die Arbeit wieder aufgenommen. Das Streikkomitee hatte beschlossen, angesichts der immer schwieriger werdenden Situation, den Streik nur dann fortzuführen, wenn 65 % der Hafenarbeiter sich dafür aussprechen. Sie nehmen die Arbeit wieder auf, allerdings "korrekt und in vollster Sicherheit": Die Entladungsmengen liegen noch heute weit unter dem Durchschnitt.

BRD WIRD UNO-RESOLUTION ÜBER SÜDAFRIKA NICHT ANERKENNEN

Die Bundesregierung erklärte vor kurzem:

"Bei UNO-Anträgen über Sanktionen gegen Südafrika und Portugal wird sich die Bonner Delegation der Stimme enthalten." (Heidelberger Tageblatt, 26.6.73)

Im vergangenen Jahr wurden die Vertreter der revolutionären Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien von der UNO eingeladen, über ihren Kampf und ihre wachsenden Erfolge zu berichten. Daraufhin wurde eine Resolution verabschiedet, in der u. a. die Anerkennung dieser Befreiungsbewegungen als einzige, rechtmäßige und wahre Vertreter dieser Völker gefordert wurde.

Derartige Resolutionen zwingen die in der UNO vertretenen Staaten, offen Stellung zu nehmen. Als Auftakt ihres Beitritts zur UNO zeigt die Regierung der Bundesrepublik, wo sie steht: sie unterstützt, wo sie nur kann, die Rassisten und Kolonialisten in Afrika. Denn diese sichern die Ausbeutung der unterdrückten Völker in Afrika und sichern so die Investitionen des westdeutschen Kapitals in Südafrika und den portugiesischen Kolonien.

Diese Erklärung der Bundesregierung zu ihrer UNO-Politik ist nur die andere Seite ihrer Politik, die Kolonialisten bei ihrer Unterdrückung durch Waffenlieferungen zu unterstützen.

BUNDESWEHR IN GRIECHENLAND

Die NATO führt gegenwärtig ein Luftlandemanöver in Nordgriechenland durch, an dem weit über 1 000 Fallschirmjäger sowie Gebirgsartillerie und Versorgungseinheiten der Bundeswehr beteiligt sind.

Unser Bild zeigt einen griechischen Jungen und einen Griechen, die sich mit ihren Eseln für den Transport des Nachschubs der Bundeswehr in dem unwegsamen Gelände zur Verfügung stellen mußten.



Bundeswehrtruppen beim NATO-Manöver in Griechenland

Die Bundeswehr wird mit diesem Manöver trainiert für den Fall, daß das griechische Volk konsequent seinen Befreiungskampf gegen die faschistische Militärherrschaft weiterentwickelt bis hin zum Aufstand.

Die westdeutschen Imperialisten leisten mit dem Einsatz der Bundeswehr unmittelbar einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der faschistischen Herrschaft in Griechenland, die der beste Garant dafür ist, daß die westdeutschen Konzerne weiterhin das griechische Volk ausbeuten können.

CHEMIEARBEITER IN ITALIEN STREIKEN

Am 26. Juni streikten die über 500 000 italienischen Chemiarbeiter vier Stunden lang. Sie zeigten mit dem Streik ihre Solidarität mit den Arbeitern von Pirelli und Michelin, die für eine wirksame Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfen.

Streikkämpfe in Spanien

In den Städten El Ferrol und Vigo im Nordwesten Spaniens entwickelte sich im letzten Jahr aus den Kämpfen und Streiks der Arbeiterklasse in den Fabriken heraus der Kampf der Volksmassen der ganzen Stadt gegen Unterdrückung und Polizeiterror des faschistischen Franco-Regimes. Nur mit brutaler Waffengewalt konnten damals diese Volkskämpfe niedergeschlagen werden. In El Ferrol wurden drei Arbeiter erschossen.

Im Juni streikten in Pamplone während 10 Tage über 2 000 Arbeiter verschiedener Fabriken in solidarischer Unterstützung des Kampfes der 1 800 Arbeiter der Fabrik "Motor Ibrica", die seit Ende Mai für höhere Löhne und für die Wiedereinstellung der 17 als "Rädelsführer" entlassenen Kollegen kämpften. Die gesamte Bevölkerung der Stadt unterstützte den Kampf der Arbeiter. Laden- und Barbesitzer schlossen aus Solidarität ihre Geschäfte. Die Polizei verhaftete Hunderte von streikenden und demonstrierenden Arbeitern.

Die Kämpfe der spanischen Arbeiter und Volksmassen nehmen zu und werden immer stärker. Anfang Mai streikten die 23 000 Arbeiter der größten Fabrik Spaniens, der SEAT-Werke in Barcelona, gegen die Erhöhung der Sozialabgaben bei gleichzeitiger Verschlechterung der Lebensbedingungen. Sie wurden sofort ausgesperrt. Dennoch führten sie den Kampf entschlossen weiter. Die Arbeiter vieler Fabriken in Barcelona, darunter Siemens, Braun und Dual – bei Siemens streikten sogar die deutschen Techniker solidarisch mit – schlossen sich dem Streik an.

Anfang April traten die 2 000 Bauarbeiter einer Großbaustelle in Barcelona für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung in den Streik. Die Polizei ging gegen die streikenden Bauarbeiter mit Waffengewalt vor, ein Bauarbeiter wurde erschossen, mehrere wurden zum Teil schwer verletzt. Anfang Mai gingen die Bauarbeiter erneut in den Streik, da ihre Forderungen noch nicht erfüllt sind.

Allein in der Provinz Guipuzcoa (Baskenland) werden seit mehr als vier Wochen in 9 Städten über 40 Betriebe bestreikt. In Asturien wurden im Mai 1973 die 1500 streikenden Bergleute einer Zeche ausgesperrt. Überall in Spanien kämpfen die Arbeiter für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und für politische Freiheit. Die Kapitalisten antworten auf jeden Streik mit sofortiger Aussperrung, die Arbeiter werden mit Polizeiterror von ihrem Kampfort, der Fabrik, vertrieben.

Gegen die Mitglieder kommunistischer und fortschrittlicher Organisationen wird blindwütig vorgegangen. Am 1. Mai wurden allein in Madrid 150 Menschen festgenommen; ein Großteil von ihnen wurde in der Untersuchungshaft schwer gefoltert und dann ohne Prozeß und Urteil ins Gefängnis Carabanchel überführt. Der Arzt Angel Sopera, der diese Folterungen offen anprangerte, wurde sofort festgenommen.

Im Baskenland wurde im April das Mitglied der baskischen Befreiungsorganisation ETA, Eustagio Mendizabal, von der Polizei bei der Festnahme in einem Restaurant zusammengeschlagen und angeschossen, dann gefesselt und meuchlings durch mehrere Schüsse in Kopf und Nacken ermordet. Arbeiterführer, Studenten und für die Sache des Proletariats kämpfende Priester werden jahrelang ohne Urteil gefangengehalten oder von Militär- und Sondergerichten im Schnellverfahren zu jahrelanger Haft und hohen Geldstrafen verurteilt.

Die antifaschistische Bewegung wird immer breiter, immer größere Teile des Volkes reihen sich kämpfend in diese Bewegung ein. Noch ist die antifaschistische Front nicht geschlossen genug; es gelingt jedoch dem Regime immer weniger, die Kämpfe der Arbeiter und des Volkes aufzuhalten. Die Massen drängen vorwärts.

Die um den Fortbestand ihrer Macht fürchtenden reaktionärsten Teile der spanischen Bourgeoisie, die Finanz- und Großgrundbesitzeroligarchie versucht verstärkt, ihre Kräfte in der faschistischen Falange neu zu sammeln und zu straffen. Ein Ausdruck dafür ist auch die jüngste Regierungsumbildung.

Der Tod eines Polizisten am 1. Mai in Madrid ist willkommener Anlaß, vor den Massen eine neue, noch schlagkräftigere Ausrüstung für Polizei und Militär als notwendig zu fordern. Demonstrationen von Polizei- und Militärkadern in Zivil werden organisiert, um vorzugaukeln, eine breite Massenbewegung unterstütze noch schärferen Terror. Bereits drei Wochen nach dem 1. Mai zeigte Innenminister Goni in einer Ausstellung die neue Ausrüstung der Polizei. Dort, wo der Polizeiarm nicht schlagkräftig genug hinreicht, werden paramilitärische Horden, die 'Guerrilleros de Cristo Rey' (Christkönigskrieger) eingesetzt. So wurde eine Messe, die der Weihbischof von Madrid am Abend des 30. April für Arbeiter zur Unterstützung ihrer Kämpfe las, von den "Christkönigskriegern" brutal auseinandergeknüppelt. Die eingreifende Polizei verhaftete mehrere Arbeiter. Den Schlägern von den "Christkönigskriegern" wurde kein Haar gekrümmt.

Die verschärften Terrormaßnahmen der Oligarchie und die immer stärker betriebene Radikalisierung von Polizei und Militär werden mit dem Ziel verfolgt, bis zum endgültigen Ableben Francos die politischen Bedingungen für eine Militärjunta herzustellen.

BESANCON / FRANKREICH – UHRENKONZERN LIP:

Arbeiter nehmen Fabrik in die Hand

In Besancon/Frankreich kämpfen die 1 300 Arbeiter des schweizerisch-französischen Uhrenkonzerns Lip gegen die drohende Schließung des Werkes Besancon.
Anfang Juni ist der Direktor der Firma zurückgetreten. Das Gericht hat eine vorläufige Leitung daraufhin beauftragt, die Bilanz zu prüfen und einen Rationalisierungsplan auszuarbeiten, auf dessen Grundlage mit anderen, an der Firma interessierten Kapitalisten um eine Beteiligung verhandelt werden soll. Der Plan wurde bekannt. Er enthält Rationalisierungsmaßnahmen, Reduzierung der Produktion, Massenentlassungen. So sollten bis zum 30.Juni 1973 über 200 Kolleginnen und Kollegen entlassen werden, weitere 200 sollten bis zum 30.Juni 1974 folgen. Darüberhinaus wird vorgeschlagen, eine hohe Zahl von Arbeitern innerhalb des Konzerns zu versetzen. Nicht mehr als die Hälfte der ursprünglich 1 300 Arbeiter bleibt nach diesem Plan übrig. Vorgesehen für den Rest der Belegschaft ist ferner: Einfrieren der Löhne, Abbau von sozialen Vergünstigungen, Kurzarbeit.

Die Arbeiter und die 60 Angestellten nahmen gegen diesen Plan sofort den Kampf auf. Sie beschlossen den "aktiven" Streik. An den Bändern wurde nur mit halber Kraft gearbeitet, die fertigen Uhren, die Ergebnisse ihrer Arbeit, beschlagnahmten die Arbeiter. Sie erklärten, zu diesem Schritt seien sie gezwungen, weil angesichts dieser Situation unklar sei, ob man ihnen den Lohn für Juni und das Urlaubsgeld für Juli zahlen würde. Gleichzeitig wurde für den 15.6. eine Demonstration in Besacon für den Erhalt der Arbeitsplätze, gegen die drohenden Entlassungen beschlossen.

POLIZEI ZERSCHLÄGT DIE DEMONSTRATION

An der Demonstration beteiligten sich 8 000 Menschen, darunter geschlossen die gesamte Belegschaft. Solidarität und Sympathie kommt den Arbeitern in der gesamten Bevölkerung entgegen, viele Belegschaften anderer Betriebe in Besancon unterstützen die Lip-Arbeiter in ihrem Kampf. Die Demonstration führte zum Schluß wie alle Demonstrationen in Besancon vor die Polizeipräfektur. Damit wird von den Arbeitern symbolisch zum Ausdruck gebracht: Die Polizei, das ist die Polizei der Kapitalisten.

Als die Demonstranten bereits wieder abzogen und schon gewendet hatten, gingen plötzlich die Tore der Präfektur auf und ein Riesenaufgebot von Polizisten stürzte sich mit brutalstem Schlägerterror und unter Einsatz von Tränengas auf das Ende der Demonstration. Wahllos wurde alles niedergeknüppelt, Männer, Frauen und Kinder, Demonstranten und Zuschauer am Straßenrand und in den Cafes.
Die Arbeiter versuchten, sich zu schützen. Sie errichteten eine Straßenbarrikade. Die Kämpfe dauerten die halbe Nacht. Der Polizeieinsatz sollte die Arbeiter einschüchtern und von weiteren Kampfmaßnahmen abhalten. Dieses Ziel erreichte die Staatsmacht nicht. Zwar schieden die 60 Angestellten aus der Einheitsfront der Belegschaft am nächsten Tag aus. Sie erklärten, sie seien für leistungsfähige Unternehmen und deshalb für die Reform der Struktur der Firma.

DIE ARBEITER VERKAUFEN AUF EIGENE RECHNUNG

Die Arbeiter aber beschlossen, von nun an auch nachts das Werk zu besetzen. Sie erklärten, sie würden mit dem Verkauf der auf Lager produzierten Uhren selbständig beginnen, solange bis ihre Forderungen erfüllt seien. Sie wählten auf einer Streikversammlung verschiedene Kommissionen, die die weitere Produktion und den Verkauf zu organisieren hatten. Diese Kommissionen führen jeden Morgen zu Beginn der Arbeit eine gemeinsame Beratung durch, an der sich jeder Arbeiter beteiligt.

In den anderen Betrieben Besancons beschlossen die Belegschaften zu streiken, wenn die Forderungen ihrer Kollegen von Lip nicht erfüllt würden. Die schweizerischen Gewerkschaften erklärten ihre Solidarität. Geld zur Unterstützung der Kollegen gaben die französischen Gewerkschaften, in der Bevölkerung wurde gesammelt. Um den Verkauf der Uhren auch tatsächlich beginnen zu können, bildeten sich überall Solidaritätskomitees, nicht nur in Besancon, sondern auch in anderen Teilen Frankreichs. Die Belegschaft beschloß, um größtmögliche Wirkung zu erreichen, bei der Tour de France – dem größten Radrennen der Welt –, einen Reklamewagen mitfahren zu lassen. Bis zum 28.6. wurden Uhren für 1,5 Millionen Francs verkauft.
Inzwischen stellten die Kapitalisten und ihre Geschäftsleitung Strafantrag wegen Diebstahls gegen die Belegschaft. Die französische Nationalversammlung hatte den Fall Lip auf der Tagesordnung und die Regierung hat sich eingeschaltet. Inzwischen wurde von Seiten der Gerichte auch die Bilanzüberprüfung der Firma abgeschlossen. Ob der Konkurs einzuleiten ist, oder ob ein Vergleichsverfahren eröffnet werden kann, sollte am 29.6. entschieden werden. Die Entscheidung darüber war bis Redaktionsschluß nicht bekannt.

D.T.

AUFBAU DES SOZIALISMUS

In chinesischen Betrieben

GESPRÄCH MIT EINEM ARBEITER,DER IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA WAR

Frage: Wieviel Zeit verbringen die chinesischen Arbeiter in der Fabrik?
Antwort: Wenn man alles zusammen nimmt, dann bleiben die chinesischen Arbeiter weit über 8 Stunden im Bereich ihrer Fabrik.
F.: Wielange sind sie in der Produktion tätig?
A.: In 2 oder 3 Schichten arbeiten sie 8 Stunden lang. Das hängt im einzelnen von den Fabriken ab. Von den 8 Stunden ist eine für das Essen reserviert. Darüberhinaus bleibt Zeit für die Entspannung der Muskeln und für Gymnastik.
F.: Wofür ist die restliche Zeit, die die Arbeiter über 8 Stunden in den Fabriken bleiben?
A.: Vor der Befreiung haben die Arbeiter bis zu 16 Stunden in den Fabriken der Imperialisten gearbeitet. Immer wenn die Glocke zur Beendigung der Arbeit läutete, sind sie aus den Fabriken geflohen wie aus der Hölle. Heute bleiben sie nach Beendigung der Arbeit in der Fabrik. Das mag unnatürlich erscheinen. Sie verwenden diese Zeit zum Studium, zur politischen Erziehung, zur beruflichen Ausbildung, für Dikusssionen über technische Verbesserungen, über die politische Führung und Leitung. Seit 1949 arbeiten sie nicht mehr, um die Taschen der Kapitalisten zu füllen.
F.: Worin besteht die politische Betätigung in der Fabrik?
A.: Die Chinesen sagen, daß die Produktion selber eine politische Tätigkeit ist. Aber daneben und außerhalb der Arbeitszeit kann man 3 Arten von politischen Tätigkeiten in der Fabrik unterscheiden: die politischen Tätigkeiten im eigentlichen Sinne des Wortes, das politische Verständnis der Produktion und die politische Führung und Leitung der Fabrik.
F.: Was verstehst du unter den eigentlichen politischen Tätigkeiten?
A.: Regelmäßig werden Versammlungen organisiert zum "Studium des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen". Sie sollen das politische Bewußtsein der Arbeiter heben. "Die Arbeiter müssen über die Mittel verfügen", um den wahren Marxismus vom Revisionismus zu unterscheiden, "um die Revolution fortzusetzen", sagte mir ein Metallarbeiter aus Schanghai.
F.: Weshalb ist das politische Verstehen der Produktion als eine politische Tätigkeit anzusehen?
A.: Die Arbeiter diskutieren, welche Mittel sie entsprechend den zentralen Anweisungen in der konkreten Situation der Fabrik anwenden müssen. Sie diskutieren die Regeln und Verordnungen. Sie schlagen die Verdammung jener vor, die irrational oder bürokratisch sind. Sie diskutieren die Planvorschläge, beschließen darüber und diskutieren schließlich die konkrete Anwendung und Durchführung (Verteilung der Aufgaben pro Arbeitseinheit/Schicht).
F.: Wie nehmen die Arbeiter teil an der politischen Führung und Leitung der Fabrik?
A.: Sie wählen Revolutionskomitees, deren Mitglieder einzeln von ihnen abgewählt werden können. Sie erarbeiten Vorschläge, Empfehlungen und Kritik bezüglich der Entwicklung der Fabrik und ihrer Leitung.
F.: Welchen Platz nimmt die Partei im Fabrikleben ein?
A.: Die Chinesen sagen: "Die Partei muß überall die Führung ausüben" und sie bestätigen, daß die Kommunistische Partei die Partei des Proletariats ist. Außerdem ist die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) stark vertreten in den Fabriken: Etwa 50 % der Mitglieder der Revolutionskomitees sind Parteimitglieder. In der Fabrik, der Abteilung, der Werkstatt steht die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) an der Spitze, führt und leitet die politische Erziehung der Arbeiter und "den Kampf für die Produktion".
F.: Wie wird man Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh)?
A.: Zwischen 1/6 und 1/3 der Arbeiter sind Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Der Nachwuchs wird außerordentlich scharf ausgewählt. Um Mitglied zu werden, muß man unter Beweis stellen, daß man ein höheres politisches Bewußtsein hat, daß man gewillt ist, "dem Volk zu dienen" und daß man die Forderungen der Massen versteht (mit den Massen verbunden ist). Wenn ein Arbeiter seine Mitgliedschaft beantragt, geben die Genossen in der Werkstatt dazu ihre Auffassung ab und die Parteiinstanz entscheidet darüber.
F.: Welche Stellung hat das Revolutionskomitee?
A.: Das Revolutionskomitee ist das Organ der staatlichen Macht in der Fabrik. Es organisiert die Diskussionen über die zentralen Anweisungen (Plan, Kampagne etc.). Im Bewußtsein der Auffassung der Massen faßt es Beschlüsse für die Fabrik und wacht über die Ausführung. Es ist gewählt.
F.: Wie wird es gewählt?
A.: Alle Mitglieder werden von den Arbeitern gewählt. Als erstes schlägt die Partei Kandidaten vor. Dann diskutieren und kritisieren die Arbeiter die Befähigungen dieser Kandidaten, ihre Arbeit, ihr politisches Bewußtsein, ihre Verbindung mit den Arbeitern. Schließlich finden die Wahlen statt.

F.: Die Revolutionskomitees sind hervorgegangen aus der Großen Proletarischen Kulturrevolution (GPKR). Was hat es davor gegeben?
A.: Vor der Kulturrevolution hatten die Betriebsleiter die Macht. In der Mehrzahl der Fälle setzten sie die Linie von Liu Shao-shi durch (ehemaliger Präsident der Volksrepublik China, kritisiert während der Kulturrevolution). Sie stützten sich auf die leitenden Angestellten und die Techniker. Sie begünstigten eine technische Leitung, sie förderten das Auftreten einer Kategorie von Leitern, die von den Arbeitern abgeschnitten waren, und sie bekämpften die Macht der Arbeiter über ihre Fabrik.

F.: Wie führten sie das durch?
A.: Sie verschärften die Lohnunterschiede, um die Arbeiter zu spalten und sie besser regieren zu können. Sie gaben den Arbeitern, die mehr arbeiteten, Prämien. Die Arbeiter arbeiteten, um mehr zu produzieren. Sie machten keine Politik mehr und vergaßen die Revolution. Die Hierarchie war klar herausgebildet. Die Autorität erschien wieder auf den einzelnen Stufen und Gliedern, die irrationalen Verordnungen (z. B. dreimal um Erlaubnis fragen, bevor man eine technische Verbesserung macht) und die Bürokratie blühten auf, die Angestellten wurden die wahren Funktionäre.
F.: Wie konnte diese Politik beseitigt werden während der Kulturrevolution?
A.: Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution haben sich die mobilisierten Arbeiter von Beginn der Revolte an gegen diese Elemente gewendet. Sie haben die politische Linie kritisiert, die ihnen einen Zusammenhang gab. Sie machten den politischen Kampf zum Herzen des Fabriklebens und kritisierten so die Linie von Liu Schao-shi.

F.: Was ist seitdem geschehen?
A.: Die Aufsplitterung der Löhne hat sich beträchtlich vermindert. Bei allen Arbeitern (nicht bei den Angestellten) sind die Prämien in die Löhne integriert worden. Die Löhne haben sich um etwa 4 % erhöht. Die materiellen Anreize (Prämien) sind ersetzt worden durch ideologische und durch das politische Verstehen der Produktion. Die Zahl der leitenden Angestellten hat sich verringert. Die Hierarchie ist komprimiert. Die Angestellten nehmen teil an der Handarbeit, um sich nicht zu isolieren von den Arbeitern und um deren Forderungen zu verstehen. Die Arbeiter haben die irrationalen Regelungen und Verordnungen verdammt.

F.: Im Zusammenhang mit den vorhergehenden Fragen hast du breit die Arbeitsbedingungen beschrieben. Könntest du das noch ergänzen und etwas sagen zu den Problemen der Bandgeschwindigkeiten und des Arbeitstempos, des Rentenalters, der Autorität und der Abwechselung der Arbeitsplätze?
A.: Frauen hören mit 55 Jahren zu arbeiten auf, Männer mit 60 Jahren. Sie erhalten mindestens 60 % ihres Lohns und können Beihilfen entsprechend ihrer Lebenssituation erhalten.

Die Bandgeschwindigkeiten waren in keiner der Fabriken, die ich besucht habe, höllisch. Ich habe niemals Chefs, Zeitnehmer oder Aufpasser an den Bändern gesehen. Mit anderen Worten, es herrscht eine Atmosphäre der Disziplin, die die Verbundenheit mit der Sorge um die Produktivität ausdrückt. Aus Sorge um die Produktivität lehnen die Chinesen den Wechsel der Arbeitsplätze ab.
Das führt zurück zu dem allgemeineren Problem, der Anwendung des dreifachen Prinzips: "teilnehmen an 3 Kämpfen: dem Klassenkampf, dem Kampf für die Produktion, dem Kampf für wissenschaftliches Experimentieren".



Bei der Projektierung und Herstellung dieser Serie LKW brachte die Arbeiterklasse ihre Führungsrolle zur Geltung. Arbeiter und Techniker dikutieren gemeinsam am LKW-Modell.

Den Kampf gegen die Bourgeoisie auf der richtigen Linie führen!

ZUR KAMPAGNE "HÄNDE WEG VON DER KPD"

Die relative Stärke der westdeutschen Bourgeoisie besteht gegenwärtig darin, daß der spontane Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und die revolutionären Entwicklungen in anderen Teilen des Volkes noch weitgehend getrennt voneinander verlaufen und daß es den Kommunisten noch nicht gelungen ist, eine Vorhutorganisation aufzubauen, die an der Spitze der Arbeiterbewegung alle Kämpfe des Volkes zusammenfaßt und zum Angriff auf die Bourgeoisie führt. In dieser Situation setzt die Bourgeoisie alles daran, den Aufbau einer einheitlichen Front durch die Kommunisten zu verhindern und die Zersplitterung der Kämpfe auszunutzen, um an verschiedenen Fronten Teilsiege zu erringen und die Position der Arbeiterklasse maximal zu schwächen, bevor diese bewußt den Kampf Klasse gegen Klasse aufnimmt. So hat die Bourgeoisie in den letzten Jahren eine ganze Reihe reaktionärer Verfassungsänderungen vorgenommen, Ausnahme- und Unterdrückungsgesetze verabschiedet und eine gewaltige innere Aufrüstung durchgeführt, ohne daß sie dabei auf den massiven Widerstand der Arbeiterklasse gestossen wäre. So ist sie in einer Reihe von Fällen zu bewaffneten Unterdrückungsmaßnahmen übergegangen, ohne daß diese den Massen als Teil einer Unterdrückungsstrategie der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse erkennbar geworden wären. Bei der Verfolgung und Zerschlagung der RAF konnte die Bourgeoisie ihren ganzen Bürgerkriegsapparat einsetzen und erproben, ohne daß es möglich gewesen wäre, dagegen einen breiten Widerstand zu organisieren.

Bei solchen Gelegenheiten rüstet sich die Bourgeoisie für spätere Kämpfe, ohne daß sie schon direkt gegen die Arbeiterklasse und die Masse des Volkes vorgeht.
Ähnlich verhält es sich bei den Verfolgungsmaßnahmen gegen die Gruppe Rote Fahne (KPD), wobei die Bourgeoisie durch den Angriff auf diese Gruppe die legalen Positionen revolutionärer Organisationen und letztenendes der Arbeiterklasse und des Volkes einzuschränken versucht, ohne eine offene Konfrontation mit den Arbeiter- und Volksmassen fürchten zu müssen. Der bürgerliche Staatsapparat nützt die Fehler und die grossmäulige Schwäche der Gruppe Rote Fahne (KPD), um Maßnahmen durchzuführen, die er später beliebig zu wiederholen hofft.

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) versucht seit einigen Jahren mit großem Stimmaufwand und viel Spektakel, die Partei der Arbeiterklasse darzustellen. Auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen ist dieses Schauspiel natürlich ohne Wirkung geblieben. Während z. B. gegen das Verbot des Heidelberger SDS 1970 in Heidelberg über 10 000 Menschen aus allen Teilen des Volkes auf die Strasse gingen, haben gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf die Gruppe Rote Fahne (KPD), obwohl in der ganzen BRD und in Westberlin mobilisiert worden war, in Karlsruhe nur rund 5 000 Menschen demonstriert. Woran liegt das? Die Kampfbereitschaft der Massen ist seit 1970 gewiß nicht zurückgegangen. Im Gegenteil. Für den Heidelberger SDS sind 1970 soviel Menschen auf die Strasse gegangen, weil er jahrelang an der Spitze der damaligen demokratischen Bewegung in Heidelberg gestanden ist. Deshalb hat auch die Hetze in der bürgerlichen Presse, die der Hetze gegen die Gruppe Rote Fahne (KPD) keineswegs nachstand, nichts gefruchtet. Der Heidelberger SDS hatte auch gar nicht versucht, über seine Verhältnisse zu leben. Wenn dagegen eine Organisation im wesentlichen nur sich selbst und ihre engen Sympathisanten repräsentiert, alles darauf anlegt, die eigene Besonderheit hervorzuheben, und zwar indem sie konsequent gegen alle Prinzipien der Massenarbeit und der Politik der Aktionseinheit verstößt, dann ist ihre Verteidigung schwer, weil sich durch die Verfolgung dieser Organisation nur wenige Menschen in ihren eigenen Interessen betroffen fühlen. Wir haben uns an der Demonstration in Karlsruhe nicht beteiligt, weil unsere Beteiligung den sektiererischen Charakter der Kampagne "Hände weg von der KPD", die es gar nicht gibt, nicht ändern könnte. Mit einer solchen Kampagne, die an keiner realen Massenbewegung anknüpft, kommt der Klassenkampf nicht voran und können die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie nicht ernsthaft zum Scheitern gebracht werden. Auch wenn die wichtigsten kommunistischen Organisationen zu dieser Demonstration mobilisiert hätten, wäre diese Demonstration keine wirkliche Massendemonstration geworden, sondern wäre eben bloß das Ziel der Trotzkisten erreicht worden, d. h. die "ganze Linke" wäre unter sich gewesen.

Eine zentrale Demonstration ist eben nur dann sinnvoll, wenn eine Bewegung in der ganzen BRD und in Westberlin nach diesem Ausdruck verlangt. Eine solche Bewegung unter der Parole "Hände weg von der KPD" gibt es aber nicht und kann es auch nicht geben.

Der schwindelhafte Charakter der Gruppe Rote Fahne (KPD) schlägt im Kampf gegen die Verfolgungsmaßnahmen eben nicht nur der Gruppe Rote Fahne (KPD), sondern auch den Kommunisten in den Rücken.

Wie müssen sich die Kommunisten angesichts dieser Lage verhalten und wie müssen sie den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Unterdrückungsmaßnahmen führen?

Die Kommunisten sind keine Idealisten, sondern Materialisten, deshalb gehen sie bei ihrer Politik von der konkreten Analyse der konkreten Situation aus. Diese Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß die Kommunisten heute schon in der Lage sind, die Führung in Massenkämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes zu übernehmen, wenn sie sich in die vorderste Front dieser Kämpfe stellen. Die Kommunisten sind also keineswegs von der Arbeiterklasse und den Volksmassen isoliert, wenn sie sich nicht selbst von den Massen entfernen. Auf der anderen Seite haben die Kämpfe der Arbeiterklasse noch kein so hohes Niveau erreicht, daß es den Kommunisten gelingen könnte, an jedem Punkt, wo die Bourgeoisie Recht der Arbeiterklasse und des Volkes angreift, die Massen in den Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat zu führen. Unter diesen Umständen entfernen sich die Kommunisten von den Massen, wenn sie den Kampf für Rechte losgelöst von den materiellen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes zu führen versuchen. Darauf aber würde jede Kampagne für die abstrakte Demonstrations- und Organisationsfreiheit hinauslaufen. Da aber die Gruppe Rote Fahne (KPD) trotz aller Beteuerungen von niemand ernsthaft für die Partei der Arbeiterklasse gehalten wird, könnte eine Kampagne zu ihrer Verteidigung nur geführt werden als Kampagne für die abstrakte Demonstrations- und Organisationsfreiheit. Das aber ist gleichzeitig zu wenig und zu viel, um neue Kräfte in den politischen Kampf gegen die Bourgeoisie einzubeziehen oder auch nur um die schon gewonnenen Kräfte für zentrale Massendemonstrationen zu mobilisieren.

Die Kommunisten sind nicht sentimental, sondern nüchterne Vorkämpfer der Arbeiterklasse, deshalb bestimmen sie ihre Handlungen nicht nach irgendwelchen Solidaritätsgefühlen in der "ganzen Linken", sondern nach den Notwendigkeiten des Klassenkampfes. Deshalb räumen sie nicht irgendwelchen Solidaritätsaktionen den Vorrang ein, sondern der Entwicklung der Massenkämpfe, dort, wo sie stattfinden. Es ist falsch, sich von der Solidarität der "ganzen Linken" leiten zu lassen, statt von der Solidarität der Massen im Kampf für ihre Interessen.

Die Kommunisten sind keine Liberalen, sondern kompromißlose Verteidiger des Marxismus-Leninismus. Das Recht auf Demonstrations- und Organisationsfreiheit ist von größter Bedeutung für die Arbeiterklasse. Es wird in Kämpfen für konkrete Interessen erobert und verteidigt. Zentrale Demonstrationen und politische Kampagnen, die abstrakt diese Rechte einzuklagen versuchen, lehnt der Kommunistische Bund Westdeutschland ab. Genauso lehnt er es ab, den Kampf gegen die Angriffe auf die Gruppe Rote Fahne (KPD) als Solidaritätskampagne mit dieser Gruppe zu führen. Auch eine solche Kampagne bliebe abstrakt. Außerdem sind wir nicht deshalb gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie, weil wir für die Gruppe Rote Fahne (KPD) sind.

Das hat uns nicht daran gehindert, gegen die Maßnahmen des bürgerlichen Staatsapparates Stellung zu nehmen und diese Maßnahmen als Schlag auf die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zu entlarven. Da aber die Gruppe Rote Fahne (KPD) der Revolution nichts nützt, sagen wir das offen. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) stellt uns als positives Gegenbeispiel die beiden Berliner Universitätsrektoren Wessel und Wittkowski gegenüber, die als Vertreter der bürgerlichen Demokratie natürlich grundsätzlich abstrakt die Frage von Rechten stellen und denen es selbstverständlich egal ist, ob die Gruppe Rote Fahne (KPD) die Interessen der Arbeiterklasse vertritt oder nicht. Wir aber lassen uns nicht von den Maximen des Liberalismus leiten, sondern von den Interessen der Arbeiterklasse. Deshalb führen wir den Kampf gegen die Verfolgungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates, aber nicht so wie es die Gruppe Rote Fahne (KPD) für richtig hält und liberale Professoren es für akzeptabel halten, sondern so wie es den taktischen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus entspricht: d. h. wir stärken die Massenkämpfe gegen die Bourgeoisie und entwickeln in diesen Kämpfen das Klassenbewußtsein, um aus der Zersplitterung der Kämpfe herauszukommen und den Angriff auf die Bourgeoisie vorzubereiten. Dazu ist es nicht notwendig, der Bourgeoisie "klar zu machen", "daß die fortschrittlichen Kräfte in der BRD und in Westberlin nicht gewillt sind, der staatlichen Verfolgungs- und Unterdrückungspolitik kampflos zuzusehen" (Einladung an alle fortschrittlichen und sozialistischen Organisationen zu einer Aktionseinheit HÄNDE WEG VON DER KPD), sondern dazu ist notwendig, Kämpfe zu entfalten, die die Arbeiterklasse der Bourgeoisie gegenüberstellen und nicht einen entschlossenen Trupp dem Bundesgerichtshof. Daß Kommunisten gegen jede Einschränkung der Demonstrations- und Organisationsfreiheit sind, das weiß die Bourgeoisie. Daß die Kommunisten die Führung der wirklichen Massenkämpfe erlangen, das fürchtet die Bourgeoisie.

Wenn die Arbeiterklasse erfolgreich den Kampf gegen die Bourgeoisie führen will, dann muß sie den Rechts- und Linksopportunismus schlagen. Die Angriffe der Bourgeoisie gelten der Arbeiterklasse, auch wenn sie sich nur gegen diese oder jene Gruppe richten. Der Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie muß deshalb auch nicht mit dem Ziel der Verteidigung dieser oder jener Gruppe geführt werden, sondern der Kampf für die Verteidigung dieser oder jener Gruppe muß immer so geführt werden, daß er die Kommunisten als bewußtesten Teil der Arbeiterklasse immer enger mit der Klasse verbindet. Dies ist offensichtlich nicht dadurch möglich, daß die Kommunisten die Arbeiter auffordern, die Gruppe Rote Fahne (KPD) zu unterstützen, sondern nur dadurch, daß die Kommunisten bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, daß auch der Angriff auf die Gruppe Rote Fahne (KPD) letztlich gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist. Die Gelegenheit dazu finden sie jedoch nur, wenn sie die realen Kämpfe führen. Genauso wie die Kommunisten für das Recht der Rechtsopportunisten eintreten, sich offen zu äußern, treten sie auch für das Recht der Linksopportunisten ein, sich offen zu äußern. Deshalb treten sie aber weder für den Rechts- noch für den Linksopportunismus ein, im Gegenteil sie bekämpfen beide. Der Rechtsopportunismus versucht, den Bruch der Arbeiterklasse mit dem Reformismus zu verhindern, der Linksopportunismus versucht, den Bruch der Kommunisten mit allem kleinbürgerlichen Anarchismus und Blanquismus zu verhindern. Beide stellen sich gegen die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung. Deshalb müssen beide Strömungen des Opportunismus bekämpft werden. Davon lassen sich die Kommunisten durch keinerlei Maßnahmen der Bourgeoisie abhalten.

Organisierung des Aufschwungs der Arbeiterbewegung zur Offensive gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, das ist die gegenwärtige Hauptaufgabe der Kommunisten. Um diese Hauptaufgabe erfüllen zu können, müssen die Kommunisten sich immer enger mit der Arbeiterklasse verbinden und sich einheitlich organisieren in der Kommunistischen Partei. Diesen Weg haben wir eingeschlagen und diesen Weg werden wir fortsetzen. Idealismus, Liberalismus und Sentimentalität können auf diesem Weg nur schaden.

Etwa 5 000 Anhänger der Gruppe Rote Fahne (KPD) und der GIM (Trotzkisten) kamen aus der gesamten BRD und Westberlin zur Demonstration in Karlsruhe am 23. 6. angereist unter der Parole "Hände weg von der KPD".

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hat einen anderen Weg eingeschlagen. Es ist nur selbstverständlich, daß sie und wir in jeder Frage des Kampfes gegen die Bourgeoisie unterschiedliche Auffassungen entwickeln. Diese unterschiedlichen Auffassungen schliessen überall dort auch jede punktuelle Zusammenarbeit aus, wo die Gruppe Rote Fahne (KPD) eine Zusammenarbeit auf dem Boden des Sektierertums verlangt. Die ganze Kampagne "Hände weg von der KPD" aber ist der Gipfel des Sektierertums und die logische Konsequenz des bisherigen Spektakels der Gruppe Rote Fahne (KPD). Das geht bis dahin, daß sich das Komitee "Hände weg von der KPD" nur noch an alle "fortschrittlichen und sozialistischen Organisationen" wendet, was zum Ausdruck bringen soll, daß es außerhalb der Gruppe Rote Fahne (KPD) gar keine Kommunisten geben kann. Was soll man dazu noch sagen?

Die Bourgeoisie greift die Gruppe Rote Fahne (KPD) nicht deshalb an, weil diese die Partei der Arbeiterklasse ist. Sie kann sie in dieser Weise nur angreifen, weil die Gruppe Rote Fahne (KPD) nicht die Partei der Arbeiterklasse ist. Bisher jedenfalls hat es die Arbeiterklasse noch stets bemerkt, wenn ihre Partei angegriffen wurde.

Wenn die Kommunisten den Schwindel der Kampagne "Hände weg von der KPD" mitmachen wollten, dann müßten sie all ihre Grundsätze über Bord werfen. Das aber wäre Verrat an den Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung und der Weg in die Isolation von den Massen.

Ständiger Ausschuß

Verbote in Frankreich

LIGUE COMMUNISTE (TROTZKISTEN) UND ORDRE NOUVEAU (NEOFASCHISTEN)

Am 28. Juni hat der französische Ministerrat die trotzkistische Organisation Ligue Communiste und die neofaschistische Organisation Ordre Nouveau (Neue Ordnung) verboten.

Die neofaschistische Organisation Ordre Nouveau hat am 21. Juni in Paris eine Veranstaltung durchgeführt gegen die Beschäftigung von Arbeitern aus den unterentwickelt gehaltenen Ländern in Frankreich. Mit ihrer rassistischen Propagandaveranstaltung richteten sich die Neofaschisten direkt gegen die ausländischen Kollegen bei Renault, die zu den am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Teilen der Belegschaft gehören. Die Neofaschisten versuchen mit ihren rassistischen und nationalistischen Parolen, die sich immer wieder im Kampf für die Verteidigung des Lebensniveaus herstellende Einheit der französischen und ausländischen Arbeiter zu spalten.

Die Ligue Communiste und andere fortschrittliche Organisationen haben eine Gegenveranstaltung und Gegendemonstration gegen die Neofaschisten organisiert. Ihr Ziel war, die Veranstaltung der Neofaschisten zu verhindern. Das gelang nicht, weil starke Polizeikräfte zum Schutz der rassistischen Propagandaveranstaltung eingesetzt waren. Die Polizei griff die Demonstration an, die Auseinandersetzungen dauerten mehrere Stunden lang. Dabei gelang es den Demonstranten, drei Polizeiautos in Brand zu stecken, sowie ein Barrikadenräumgerät. Gut ausgerüstete Schlägertruppen der Neofaschisten griffen auf Seiten der Polizei ein.

Die französische Regierung hat jetzt die Ligue Communiste verboten, um der erstarkenden demokratischen Bewegung in Frankreich einen Schlag zu versetzen. Gerade das Verbot solcher Organisationen wie die Ligue Communiste, die einen Flügel der demokratischen und kommunistischen Bewegung in Frankreich repräsentiert, haben die Neofaschisten immer gefordert. Wenn gleichzeitig die stärkste Organisation der Neofaschisten, Ordre Nouveau, selber auch verboten wurde, so weil die französische Regierung durch die Stärke der demokratischen Bewegung in Frankreich dazu gezwungen war. Das Verbot bleibt wirkungslos und ist ein pures demagogisches Manöver, weil die Neofaschisten mit der sich an der Regierung befindenden gaullistischen Partei und dem gesamten französischen Staatsapparat durch und durch verschmolzen sind.

Streik der Fluglotsen

"Flughafen Hannover durch die Bundesregierung geschlossen. Luftverkehr eingeschränkt. Bonn stellt Fluglotsen ein Ultimatum": Schlagzeilen der letzten Tage.

Seit Himmelfahrt arbeiten die Fluglotsen "Dienst nach Vorschrift". Vor anderthalb Jahren wurden ihnen Erschwerniszulagen von 500 bis 700 Mark zugesagt, und zwar von einer Kommission, die vom Verkehrsministerium eingesetzt worden war. Auch der damalige Verkehrsminister Leber stimmte diesen Zusagen zu. Die jetzigen Forderungen der Lotsen entsprechen diesen Zusagen. Aber seit damals haben die Fluglotsen von diesen Zusagen keinen Pfennig bekommen. Sie wurden anderthalb Jahre hingehalten.

Der Bundesregierung ist klar, unter welcher Belastung die Fluglotsen bei ihrer Arbeit stehen: Im April 1973 wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Altersgrenzen für Fluglotsen auf 52 Jahre festlegt. Hinzu kommt: Die technische Ausrüstung der Flugsicherung ist unzureichend, 40 % der Fluglotsenstellen sind nicht besetzt. Die Fluglotsen sagen: Das ganze ist ein System der permanenten Überlastung. Die Bundesregierung dagegen versucht, die Fluglotsen als Verbrecher abzustempeln, Leber sprach vor zwei Jahren von "Methoden einer Gang". Die Lotsen hätten als Beamte gehorsam ihren Dienst zu machen. Die Bundesregierung geht mit Suspendierungen, Urlaubssperren und Gehaltskürzungen vor.

Die Bundesregierung geht gegen die Forderungen aus zweierlei Gründen scharf vor:

Einmal weiß die Bundesregierung, daß allgemein von breiten Teilen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sofortige Lohnerhöhung gefordert wird als Antwort auf den unzureichenden letzten Tarifabschluß und die Preissteigerungen. Auch wenn die Lage der Fluglotsen ein besonderer Fall ist, wird ein erfolgreicher Kampf der Lotsen gegen die Bundesregierung die anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in ihren Forderungen bestärken. Deshalb verweigert die Regierung jede Verhandlung mit den Lotsen und hofft stattdessen, die wartenden Flugpassagiere und groß aufgemachte Berichte darüber gegen die Lotsenforderungen einsetzen zu können.

Zum anderen will die Bundesregierung zeigen, was sie von Kampfmaßnahmen im öffentlichen Dienst überhaupt hält. SPD-Kanzler Brandt erklärte gegen die Lotsen: *Alle müssen dem Staat dienen, wer es nicht tut, schadet der Gemeinschaft.* Das ist die Grundlage der SPD-Regierung, um gegen jeden Kampf im öffentlichen Dienst vorzugehen.

Die Regierung beruft sich dabei auf das Beamtenrecht. Vor zehn Jahren wurden die Lotsen verbeamtet, so wurde ihnen das Streikrecht genommen. Jede Kampfmaßnahme wird als illegal erklärt. In ihrer Hetze gegen die Forderungen und Aktionen der Lotsen bereitet die Bundesregierung den Boden für weitere Schritte vor. Denn der Bundesinnenminister hat vorgeschlagen, daß allen Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst das Streikrecht genommen werden soll. Jetzt soll ein einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst verhindern, daß durch Streik bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwungen werden können. Künftig soll es heißen: Streik im öffentlichen Dienst? "Schadet der Gemeinschaft! Ist illegal! Muß bekämpft werden, notfalls mit Polizei und Justiz!".

Der Deutsche Beamtenbund, der ebenfalls fordert, daß das Streikrecht für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufgehoben wird, spricht sich öffentlich für die Zerschlagung der Lotsenaktion aus. Der reaktionäre Beamtenbund, die SPD: sie betreiben gemeinsam die Entrechtung im öffentlichen Dienst.

HEIDELBERG: KAMPF GEGEN FAHRPREISERHÖHUNGEN

Heidelberg. Zum 1. August werden in Heidelberg die Fahrpreise erhöht.

Auf einer Großveranstaltung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland in der Heidelberger Stadthalle verabschiedeten die Teilnehmer eine Resolution gegen Fahrpreiserhöhungen, staatliche Preistreiberei und Lohnabbau. Sie beschlossen, die Resolution auf einem sogenannten Bürgerforum über Verkehrsplanung am 29. 6. einzubringen.

Die Veranstalter dieses Bürgerforums, die Stadtverwaltung mit OB Zundel an der Spitze und der Süddeutsche Rundfunk, ließen das Verlesen der Resolution nicht zu.

Doch die Teilnehmer forderten die Verlesung und Abstimmung darüber. In dieser Situation verlor Zundel seine bürgerfreundliche Maske und brach nach knapp einer Stunde die Veranstaltung ab.

Zundel war es nicht gelungen, den Massen Sand in die Augen zu streuen über die volksfeindliche Stadtpolitik. Dieser Politik wurde eine klare Niederlage bereitet durch die Politik des KBW.

Die Empörung über die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg ist groß. Das zeigt sich in den Resolutionen und Unterschriftensammlungen zahlreicher Belegschaften, darunter auch der Belegschaft der Heidelberger Straßenbahngesellschaft (HSB).

Bei der HSB haben daraufhin der Chef Brückner, der Betriebsrat und der ÖTV-Kreisvorsitzende Stein, der sich klar auf die Seite der Geschäftsleitung stellte, die Fahrpreiserhöhungen auf zwei Betriebsversammlungen verteidigt.

LEHRLINGSDEMONSTRATION IN STUTTGART

Am 23. Juni demonstrierten in Stuttgart über 1 700 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Baden-Württemberg gegen die politischen Entlassungen fortschrittlicher Jugendvertreter.

Weit über 600 Jugendvertreter sind in der letzten Zeit entlassen worden. Die 1 700 Kolleginnen und Kollegen, die trotz strömendem Regen in Stuttgart demonstrierten, haben klar erkannt: Die Entlassung der gewählten Vertreter der Arbeiterjugend richten sich gegen die gesamte Arbeiterklasse!

Die Demonstration war vom DGB organisiert worden. Die Bewegung gegen die politischen Entlassungen in ganz Baden-Württemberg wird immer stärker. Dieser Tatsache mußte der DGB zwar Rechnung tragen. Aber mobilisiert unter seinen Mitgliedern hat er in kaum einer Stadt. Daß trotzdem beinah 2 000 Kolleginnen und Kollegen nach Stuttgart gefahren sind, ist ein klares Zeugnis der Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder.

Skandal an Uniklinik

Am 31. Mai 1973 verunglückte ein 62 Jahre alter Mann auf der Schauinslandstrecke in der Nähe von Freiburg. Wahrscheinliche Ursache: Herzversagen. Drei Medizinstudenten und eine Krankenschwester, die zufällig an der Unfallstelle vorbeikamen, leisteten sofort erste Hilfe. Sie fingen sofort an mit Atemspende und Herzmassage. Sieben Minuten später traf der Krankenwagen des DRK ein. Über Funk wurde die Anästhesie der Uni-Kliniken Freiburg (einzige Aufnahmeklinik im südbadischen Bereich) benachrichtigt und ein diensthabender Arzt nahm den Anruf entgegen. Weder wurde die Anästhesie benachrichtigt, noch wurde der Oberarzt der Klinik verständigt. Nach sechs Minuten Fahrt erreichte der Krankenwagen die chirurgische Poliklinik. Die Helfer brachten zusammen mit dem Fahrer des DRK-Wagens den Patienten in den Gipsraum, der in solchen Fällen als Notfallkabine dient. Einen eigenen Raum für Notfälle gibt es nicht! Ein Arzt schaute zur Tür herein und sah, wie die Studenten und die Krankenschwester an dem Patienten arbeiteten. Er verschwand jedoch wieder! Ein weiterer Arzt fühlte den Puls, meinte, daß die Herzmassage fortgeführt werden soll und verschwand ebenfalls. Nach 20 Minuten kam zufällig ein Anästhesist aus einer anderen Klinik vorbei, der dann sofort half und die nötigen Maßnahmen traf. Kein Arzt war im Raum und nur einer übernahm für kurze Zeit die Herzmassage und meinte, daß die Massage sehr anstrengend sei. Keiner der diensthabenden Ärzte stellte die Frage, wer die Helfer seien und ob sie befähigt sind, richtige Hilfe zu leisten. Auf Anweisung des zufällig anwesenden Anästhesisten wurde von den Helfern laufend kreislaufstärkende Mittel gespritzt. Ein EKG-Gerät wurde angeschlossen. Jedoch waren einfache Dinge, wie Kochsalzlösung, nicht vorhanden. Das EKG-Gerät mußte aus einer anderen Klinik geholt werden, da das vorhandene nicht funktionierte. Zwei Stunden nach dem Unfall wurde auf Anweisung des Anästhesisten die Wiederbelebung eingestellt. Der Patient war tot. Die Schwester und die drei Studenten veröffentlichten einige Tage später ein Flugblatt, in dem sie den Fall veröffentlichten und als Konsequenz die Untersuchung der Mißstände in der Klinik forderten.

Im Freiburger Lokalanzeiger (kostenlose Zeitung der Freiburger Geschäftswelt) wurde dann dieser Fall aufgegriffen und als "Skandalfall" geschildert. Doch hagelte den ganzen Tag es bei der Redaktion dieses Blattes Anrufe aus der Bevölkerung, die besagten, daß ihre Angehörigen unter ähnlichen Umständen zu leiden hatten. So ist es völlig falsch, hier von einem "skandalösen Einzelfall" zu reden.

Die Freiburger Professoren haben den Fall inzwischen damit abgetan: "Der Fall ist der Staatsanwaltschaft übergeben und damit ist die Diskussion abgeschlossen." Wie der Badischen Zeitung zu entnehmen war, ermittelt die Staatsanwaltschaft nach beiden (!) Seiten: gegen die diensthabenden Ärzte wegen unterlassener Hilfeleistung und gegen die Studenten und die Krankenschwester wegen falscher Anschuldigung.

Freiburg Klinik-Zelle

Polizei rüstet gegen Streiks



Mit der Anschaffung motorisierter Barrikaden-Räumer und besser schützender Polizeiuniformen rüstet sich die nordrhein-westfälische Polizei auf erwartete Tarifauseinandersetzungen im Herbst. Die Umrüstung der Polizei für die Herbstmanöver kostet rund 17 Millionen Mark. (nach: Wirtschaftswoche)

Hochschulen

KAMPF GEGEN HOCHSCHULGESETZE

In München – die bayrischen Studenten veranstalteten vom 25.–30.6. eine Aktionswoche gegen das bayrische Hochschulgesetz – stürmten, nachdem bereits am Montag gegen 4 Kommilitonen Hausverbot erlassen worden war, 1 000 Polizisten die Universität, prügelten die streikenden Studenten raus und besetzten die Uni. Doch der Münchner Rektor Lobkowitz machte dieselbe Erfahrung wie der Heidelberger Polizeirektor Niederländer: Wo Unterdrückung herrscht, da gibt es Widerstand! Am Donnerstag demonstrierten in München 25 000 Studenten gegen die Polizeiaktion und das Bayrische Hochschulgesetz.

In Baden-Württemberg wie auch in anderen Bundesländern hat der Kultusminister einen Entwurf zur Hochschulgesetz-Novelle in den Landtag eingebracht. Mit diesem Gesetz will sich der kapitalistische Staat ein umfassendes System von Unterdrückungsmechanismen schaffen: so kann jeder Professor, wenn seine volksfeindlichen Lehrmeinungen in seinen Seminaren angegriffen werden, ihm mißliebige Studenten hinauswerfen, er kann Flugblätter und Zeitschriften einziehen und der Rektor kann Studenten bis zu zwei Jahren von der Universität ausschließen. Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) soll kein allgemeinpolitisches Mandat mehr wahrnehmen dürfen, als ob die sozialen Belange der Studenten, die er jetzt nur noch vertreten soll, nicht direkt von den politischen Verhältnissen in diesem Land abhingen! Ebenso wird der Zugang zur Universität auf Dauer eingeschränkt, was vor allem die Kinder aus den breiten Volksmassen trifft. In Studienreformkommissionen, die die Form und die Inhalte des Unterrichts bestimmen, sollen neben Vertretern des Staates und der Professorenschaft in Zukunft auch Vertreter der Kapitalistenverbände sitzen. Die Herren Schleyer, Beitz und Co. wollen direkt überprüfen, daß an den Universitäten nur solche Wissenschaftler ausgebildet werden, die ihnen bei der Profitauspressung der Arbeiterklasse nützlich sind: z. B. Arbeitswissenschaftler, die verfeinerte Methoden zur Steigerung der Arbeitshetze aushecken und Psychologen, die ausüfteln, welche Musik die "Arbeitsfreude" der Fließbandarbeiter "steigere". Aber die Hochschulgesetz-Novelle wird das Gegenteil von dem erreichen, was ihr Ziel ist: die politische Friedhofsruhe an der Universität.

Am 10. Mai, an dem Tag, an dem die Universitäten und verschiedenen Gremien ihre Stellung zum Hochschulgesetz-Entwurf abgeben sollten, manifestierten die Studenten aller Hochschulen Baden-Württembergs ihren Widerstand gegen dieses Gesetz. In Heidelberg und Freiburg demonstrierten je 4 000 Schüler und Studenten, in Karlsruhe 2 000, in Tübingen, Stuttgart und Mannheim fanden ebenfalls Demonstrationen statt. Der breite Widerstand zeigte, daß Kultusminister Hahn wenig Freunde unter den Studenten für seine volksfeindliche Politik findet.

In Tübingen konnten sich die Professoren der Kritik der Studenten nur dadurch entziehen, daß die Polizei die Universität abriegelte. In einem Koffer, den Studenten einem Spitzel, der Demonstranten photographierte, abgenommen hatten, fanden sich: 1 Pistole, Handschellen, 3 Leichenscheine für "widernatürliche" Tode, Auto-Kennzeichen, Fahndungsbilder, Notizen über Versammlungen etc.!

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, in denen die SPD an der Regierung ist, und in denen sie dieselben reaktionären Gesetze verabschiedet, macht die SPD in Baden-Württemberg das Maul groß auf, um die Wellen des Protestes auf ihre Mühlen zu lenken, obwohl sie eh weiß, daß ihr Entwurf nicht durchkommt.

Am 7. Juni, dem ersten Tag der Lesung des Gesetzentwurfes im Landtag, demonstrierten in Stuttgart insgesamt über 10 000 Studenten. Dies war der praktische Beweis, daß die Intention der Novelle, Friedhofsruhe an den Universitäten zu schaffen, von vornherein gescheitert ist. Die Schwäche der Stuttgarter Demonstration lag darin, daß nicht alle Studenten, die gegen den reaktionären Gesetzesentwurf eingestellt sind, von der Notwendigkeit des konsequenten Kampfes überzeugt sind und sich so nicht an der Demonstration beteiligten. Viele neue Studenten sind durch die Aktionen in diesem Semester in den Kampf mit einbezogen worden, aber sie stecken noch voller Illusionen und wollen sich vor der Entscheidung drücken, sich offen auf die Seite der Arbeiterklasse zu stellen und die Führung der Kommunisten anzuerkennen.

Das Auftreten von explizit rechten Studentengruppen, die in Heidelberg z. B. als Schlägertrupps und einer mit einem gezogenen Messer gegen streikende Studenten vorgingen, bewirkte eine Polarisierung innerhalb der Studentenschaft. Auf der einen Seite stehen die rechten Gruppen, die offen die Interessen der Bourgeoisie vertreten, von ihr bezahlt werden und die Hochschulgesetznovelle befürworten, auf der anderen Seite die Kommunisten, die die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Die reformistischen und revisionistischen Gruppen versuchen, an den Illusionen vieler Studenten sich am Klassenkampf vorbeidrücken zu können, anzusetzen, indem sie von einem gesonderten studentischen Interessen ausgehen und einen illusionären dritten Weg des Ausgleichs propagieren. Bei den Heidelberger Studentenparlamentswahlen ist es dem reformistischen HOPOKO gelungen, diese Studenten für sich zu gewinnen und die Wahl für sich zu entscheiden, obwohl die Kommunisten einen Stimmenzuwachs von 10 % hatten. In Bremen, wo die Kommunisten grosse Stimmenzuwachse erzielten, gelang es den Reformisten, den AStA nur zu gewinnen, weil die Pädagogische Hochschule, an der die Kommunisten bisher kaum gearbeitet hatten, neu in die Wahl miteinbezogen wurde.

Der Kampf spitzte sich in diesem Semester zu in der Streikwoche vom 25.-29. Juni. Mehr als 20 000 Studenten hatten sich in Urabstimmungen gegen die Novelle ausgesprochen. In Stuttgart, Freiburg, Tübingen, Karlsruhe und anderen Universitäten wurde mehrere Tage gestreikt, in Heidelberg und Mannheim, wo das Quorum in der Urabstimmung nur knapp verfehlt wurde, wurde der Kampf von den Instituten her organisiert und Veranstaltungen durchgeführt. Aufgrund der Spaltung der Studentenschaft, hatte der landesweite Streik nicht die genügende politische Stoßkraft, um der Bourgeoisie entscheidende Zugeständnisse abzuringen. Es wird jetzt vor allem darauf ankommen, den Kampf gegen die Durchsetzung der Novelle an jedem einzelnen Institut zu führen und die Unentschlossenen, die der offenen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen versuchen, von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Kampf nicht borniert für studentische Interessen zu führen, sondern sich als ein Teil in die demokratischen Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes einzureihen.